

Inhalt

Präambel

1. IN EUROPA LIEGT UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT
2. MIT MUT FÜR EINEN RICHTUNGSWECHSEL IN EUROPA
3. EUROPA ERNEUERN – GRÜN WÄHLEN!

A. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN, GUT LEBEN: ÖKOLOGISCH, GERECHT & ZUKUNFTSORIENTIERT

- A.1. FÜR KLIMASCHUTZ UND EINE ENERGIEWENDE IN EUROPA
- A.2. DIE WIRTSCHAFT AUF EINEN NACHHALTIGEN KURS BRINGEN
- A.3. INNOVATIONSKRAFT STÄRKEN
- A.4. GRENZENLOS MOBIL IN EUROPA
- A.5. EUROPAS VERBRAUCHERINNEN STARK MACHEN!
- A.6. NATÜRLICHEN REICHTUM BEWAHREN

B. ZUSAMMEN AUS DER KRISE

- B.1. DIE KRISE IN DER EUROZONE ÜBERWINDEN
- B.2. ÜBERSCHULDUNG NACHHALTIG ABBAUEN
- B.3. FINANZMÄRKTE AN DIE LEINE NEHMEN
- B.4. FÜR EINE WIRTSCHAFTS- UND FINANZUNION
- B.5. EIN EUROPA FÜR ALLE – SOZIAL UND GERECHT
- B.6. JUGENDLICHEN PERSPEKTIVEN BIETEN

C. MEHR EUROPA BRAUCHT MEHR DEMOKRATIE

- C.1. DIE EUROPÄISCHE UNION DEMOKRATISCH ERNEUERN
- C.2. EUROPA WÄCHST VON UNTEN
- C.3. BÜRGERRECHTE STÄRKEN
- C.4. OFFENHEIT IN EUROPA & EINE SOLIDARISCHE ASYPOLITIK

D. VERANTWORTUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT

- D.1. GEMEINSAM FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT
- D.2. EINE UNION FÜR FRIEDEN & MENSCHENRECHTE

EWP-P-01 Europawahlprogramm Präambel

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 05.11.2013

1 Liebe Wählerin, lieber Wähler,

2 gemeinsam mit Ihnen möchten wir die Europäische Union erneuern.

3 Die europäische Einigung ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Sie hat Frieden,
4 Freiheit und Demokratie geschaffen. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs
5 und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ist Frieden der Normalzustand in
6 Europa. Die Europäische Union ist die erfolgreiche Antwort auf engstirnigen
7 Nationalismus, der in Europa so lange seine zerstörerische Kraft entfaltet hat. Die
8 Osterweiterung vor zehn Jahren war ein weiterer großer Schritt für die europäische
9 Einigung.

10 Gemeinsam kann Europa stark sein, gerade auch für die Bewältigung der wichtigsten
11 Zukunftsaufgaben: Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz
12 der Menschen- und Bürgerrechte, der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und
13 Ungleichheit und die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Je größer der
14 Zusammenhalt in Europa, desto kraftvoller können wir diese Aufgaben anpacken.

15 Dafür brauchen wir eine Erneuerung der Europäischen Union. Die Wirtschafts- und
16 Finanzkrise zeigt Konstruktionsfehler und gefährliche Risse im Fundament und ruft
17 nationale Fliehkräfte hervor. Der Zusammenhalt in der Union steht in Frage, die
18 Möglichkeiten der Mitbestimmung drohen weiter zu erodieren. Statt der Suche nach
19 gemeinsamen Antworten droht ein Rückzug in die jeweils eigenen, nationalen Grenzen.

20 Wir wollen mit unserem Programm ein Angebot für ein anderes, ein besseres Europa
21 machen. Ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger selbst über ihre Zukunft
22 entscheiden können und Lobbyinteressen zurückgedrängt werden. Ein Europa, das
23 seine Wirtschaft und Energieversorgung auf eine umweltfreundliche und nachhaltige
24 Basis stellt. Ein Europa, das gemeinsam, fair und solidarisch vor allem das Gemeinwohl
25 im Auge hat. Ein Europa, das die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger verteidigt
26 und die Rechte und Würde auch von Flüchtlingen schützt.

27 Mit Ihrer Stimme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014
28 bestimmen Sie mit, welchen Kurs die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren
29 einschlägt. Das Europäische Parlament ist in den vergangenen Jahren immer
30 einflussreicher geworden. Daher ist es nicht egal, wer uns in Brüssel vertritt und welche
31 Mehrheiten es im Europäischen Parlament gibt. Darüber entscheiden Sie! Gemeinsam
32 können wir Europäerinnen und Europäer viel erreichen. Gemeinsam kommen wir
33 gestärkt aus der Krise. Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische
34 Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa. Dem anti-europäischen
35 Populismus von Rechts und Links stellen wir eine klare Botschaft entgegen: Europa ist
36 unsere gemeinsame Zukunft.

37 1. IN EUROPA LIEGT UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT

38 Die europäische Integration hat dafür gesorgt, dass wir heute ohne Grenzkontrollen
39 reisen können. Unternehmen sind durch den Binnenmarkt ganz selbstverständlich EU-
40 weit tätig. In vielen Ländern der EU bezahlen wir in derselben Währung. Millionen
41 Studierende der „Generation Erasmus“ stehen für ein europaweites Lernen. Ein riesiger
42 europäischer Arbeitsmarkt eröffnet uns grenzüberschreitende berufliche Chancen. Bei
43 Umwelt- und Naturschutz hat die EU viel bewegt. Sie ist eine Vorreiterin für
44 Gleichberechtigung; Bürgerrechte und Menschenrechte sind in Europa einklagbar.

45 Europa ist Teil unserer Identität geworden, so wie es für viele auch Deutschland, ihre
46 Region, Stadt oder Gemeinde ist. Wir sind in Europa zu Hause.

47 Die Krise und die Politik der letzten Jahre haben viele Menschen verunsichert. Sie
48 lehnen mittlerweile die europäische Idee ab oder zweifeln an ihr. Wir nehmen diese
49 Zweifel ernst, doch der Ablehnung widersprechen wir.

50 Darum treten wir für andere politische Mehrheiten in der Europäischen Union ein und
51 wollen mit Ihnen gemeinsam für die europäische Idee streiten und die gravierenden
52 Missstände in der EU angehen: Menschen sterben an den Grenzen Europas. Der
53 Klimaschutz kommt unter die Räder. Lobbyinteressen haben zu großen Einfluss in
54 Brüssel. All das muss sich ändern. Aber nicht gegen, sondern mit und in Europa. Wir
55 brauchen ein mutiges, innovatives und gerechtes Krisenmanagement und nachhaltige
56 Lösungen. Gemeinsam können wir Europa verändern.

57 2. MIT MUT FÜR EINEN RICHTUNGSWECHSEL IN EUROPA

58 Wir wollen eine starke und handlungsfähige EU, um für die großen Zukunftsaufgaben
59 starke europäische Lösungen zu formulieren. Wir kämpfen für ein grüneres Europa, für
60 einen solidarischen Weg aus der Krise, für mehr Demokratie und eine
61 verantwortungsvolle Rolle der EU in der Welt. Wir geben Europa eine neue Richtung!

62 **2.1 Nachhaltig wirtschaften, gut leben**

63 Wir wollen Nachhaltigkeit zur Grundlage unseres Wirtschaftens machen. Anstatt am
64 schnellen Gewinn und der rücksichtslosen Plünderung endlicher Ressourcen richtet
65 sich grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik am Gemeinwohl und an der Förderung
66 sozialer Gerechtigkeit aus. Wir wollen ein Wirtschaften nicht gegen, sondern im
67 Einklang mit der Natur und stellen den Menschen, das Klima und unsere Umwelt in den
68 Mittelpunkt. Das kann entscheidende Impulse liefern, um eine neue wirtschaftliche
69 Dynamik für die von der Krise besonders hart getroffenen Länder zu erzeugen und
70 Europa aus der Krise zu führen. Mit der Investition in grüne Technologien – und das
71 sind nicht nur Erneuerbare Energien, Elektromobilität und effizientere Gebäudetechnik –
72 schaffen wir neue Jobs und stärken unser Innovationspotenzial überall in der EU.

73 EU-Energiekommissar Günther Oettinger versucht die Energiewende auszubremsen. In
74 der EU wird der Ausbau Erneuerbarer Energien vernachlässigt, klimaschädliche
75 Kohlekraftwerke werden hingegen gefördert und neue Atomkraftwerke gebaut. Die
76 deutsche Kanzlerin schützt in Brüssel einseitig die Interessen der deutschen
77 Automobilindustrie mit ihren großen Spritfressern. Hinter dieser Politik steht eine
78 Haltung, die Ökologie und Ökonomie als Gegensätze behandelt. Das ist nicht unsere
79 Politik, weil sie Probleme verschärft und nicht löst.

80 **2.2 Zusammen aus der Krise**

81 Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch nicht vorbei. Die Schuldenberge in der
82 Eurozone wachsen weiter an. Das Krisenmanagement, das maßgeblich von der
83 deutschen Bundesregierung vorangetrieben wurde, hat mit seinem einseitigen Fokus

84 auf staatliche Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen in den überschuldeten Ländern die
85 Wirtschaftskrise verschärft. Diese unsolidarische Politik wird uns nicht aus der Krise
86 führen. Angela Merkel verfolgt mit dieser Politik nicht einmal wohlverstandene deutsche
87 Interessen, weil Deutschland nur in einem erfolgreichen Europa selbst erfolgreich sein
88 kann. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin gegen eine Politik des einseitigen Sparens ein,
89 die Sozialabbau und Armut befördert und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas
90 in skandalöse Höhen getrieben hat.

91 Wir brauchen eine Politik, die uns solide, solidarisch und nachhaltig aus der Krise führt.
92 Damit es keine Spaltung der EU in Nord und Süd, Ost und West oder Eurozone und
93 Peripherie gibt. Damit nicht auseinanderbricht, was zusammengehört. EU-kritische,
94 teilweise sogar rechtspopulistische oder extreme Parteien erfahren in nahezu allen
95 Mitgliedstaaten starken Zulauf. Wir wollen dem unsere Alternative entgegensetzen.

96 Mit dem Green New Deal setzen wir an den Wurzeln der Krise an: Wir wollen ein
97 europäisches Investitionsprogramm, das gerade in den Krisenstaaten die ökologische
98 Modernisierung und die Energiewende voranbringt und so neue Jobs und
99 Zukunftsperspektiven schafft. Das Problem zu hoher Staats- und Bankschulden wollen
100 wir nachhaltig angehen. Für das Abtragen dieser Schulden darf sich niemand seiner
101 Verantwortung entziehen – die Banken nicht, indem sie ihre Schulden auf die
102 Gemeinschaft abwälzen, und ebenso wenig die Staaten. Wir GRÜNE wollen deshalb im
103 Rahmen einer europäischen Bankenunion die Banken über einen
104 Bankenabwicklungsfonds selbst für die Kosten der Bankenabwicklungen aufkommen
105 lassen, und wir wollen durch einen europäischen Schuldentilgungspakt die Krisenländer
106 überhaupt erst in die Lage versetzen, ihre Schulden abzutragen. Uns geht es also um
107 Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist richtig, von den Ländern, die Kredithilfe bekommen,
108 Reformen einzufordern. Wo es zu lasche Regulierungen des eigenen Bankensektors,
109 sozial unausgewogene Steuersysteme und Klientelwirtschaft gibt, hat das die Krise mit
110 verschärft. Aber gleichzeitig brauchen diese Länder eine zukunftsfeste Perspektive, um
111 einen Ausweg aus der Schuldenspirale zu finden. Denn man kann sich aus einer Krise
112 nicht einfach „heraussparen“. Notwendige Reformen müssen sozial ausgewogen
113 gestaltet werden. Sie dürfen nicht dazu führen, dass die sozialen Sicherungssysteme
114 zusammenbrechen, Wasserversorgung und Bildung privatisiert werden oder die
115 Gesundheitsversorgung leidet. Wir müssen dafür sorgen, dass Banken nicht mehr
116 Milliardenbeträge zu Lasten der Allgemeinheit verzocken. Die Kosten der Krise wollen
117 wir gerecht verteilen. Starke Schultern sollen dabei mehr tragen als schwache.

118 **2.3 Mehr Europa braucht mehr Demokratie**

119 Über die Zukunft der Europäischen Union darf nicht von Regierungschefinnen und
120 Regierungschefs in Hinterzimmern entschieden werden. Der Vertrag von Lissabon war
121 ein Schritt nach vorne für die Demokratie in der EU. Doch die Regierungen nutzen
122 diese neuen Möglichkeiten nicht aus. Statt beispielsweise eine demokratische
123 Auseinandersetzung über die weitreichenden Konsequenzen der Krisenpolitik im
124 Parlament zu führen, muteten sie den Bürgerinnen und Bürgern undurchsichtige
125 Entscheidungen der Staats- und RegierungschefInnen zu. Diesen Kurs wollen wir
126 ändern – für mehr Demokratie in Europa.

127 Wir streiten für mehr Mitbestimmung für die Bürgerinnen und Bürger und mehr Macht
128 für die Parlamente – vor Ort, in den Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene.
129 Mehr Demokratie bezieht die Bürgerinnen und Bürger stärker direkt ein, wie etwa durch
130 die Europäische Bürgerinitiative. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah fallen.
131 Starke Kommunen und Regionen können selbstbewusst ihre Interessen in der EU

132 vertreten, gerade auch bei öffentlichen Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge. Nicht
133 alles muss von der EU entschieden werden, vieles kann vor Ort besser entschieden
134 werden. Deshalb treten wir für Subsidiarität ein.

135 Demokratie und Menschenrechte müssen überall in Europa und für alle durchgesetzt
136 werden. Wir wollen mehr Transparenz durch striktere Lobbykontrollen. Wir kämpfen
137 gegen Datenschnüffelei und für ein starkes Datenschutzrecht in der EU. Wir setzen uns
138 für einen Europäischen Konvent ein, der im Dialog mit Zivilgesellschaft und
139 Sozialpartnern Vorschläge erarbeitet, wie die europäische Demokratie und die
140 Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden sollen.

141 **2.4 Verantwortung für eine solidarische Welt**

142 Globale Probleme wie Klimawandel, Hunger und Armut erfordern eine gemeinsame
143 Antwort Europas. Die EU muss Vorreiterin sein für Demokratie und Menschenrechte.
144 Nur zusammen haben wir die Chance, soziale und ökologische Regeln für die
145 Globalisierung durchzusetzen. Wir stehen für eine Fortsetzung der Erweiterungspolitik,
146 denn davon können die Menschen sowohl in der Europäischen Union als auch in den
147 Beitrittsländern profitieren. Europa muss Flüchtlinge schützen, Migration als Chance
148 begreifen und legale Einwanderungsperspektiven schaffen, statt die Mauern
149 hochzuziehen und sich abzuschotten.

150 Die EU-Außenpolitik ist im Entstehen begriffen. Doch statt sie als Politik einer
151 Wertegemeinschaft zu entwickeln, orientieren sich Europas Regierungen in erster Linie
152 an ihren kurzfristigen Interessen. Sie handeln dabei oftmals verantwortungslos: Statt
153 Frieden zu fördern, exportieren sie immer mehr Waffen in die Konfliktgebiete dieser
154 Welt. Die Entwicklungszusammenarbeit der EU versucht Hunger und Armut zu
155 bekämpfen, während ihre Handels- und Agrarpolitik genau dies durch Dumpingexporte
156 von Lebensmitteln konterkariert. Europa bekennt sich zum Schutz der Menschenrechte,
157 doch an Europas Außengrenzen sterben jährlich tausende Flüchtlinge. Wir wenden uns
158 gegen diese Doppelzüngigkeit: Unser Europa übernimmt Verantwortung für eine
159 solidarische Welt.

160 **3. EUROPA ERNEUERN – GRÜN WÄHLEN!**

161 Ein anderes, ein besseres Europa ist möglich! Dafür bedarf es aber anderer politischer
162 Mehrheiten. GRÜN macht dabei den Unterschied: Wir GRÜNE streiten seit 30 Jahren
163 im Europäischen Parlament für ein demokratisches, nachhaltiges und solidarisches
164 Europa. Viele unserer Positionen haben im Laufe dieser Zeit breite Zustimmung
165 erhalten: Der ökologische Landbau genießt heute eine breite gesellschaftliche
166 Unterstützung, und die grüne Forderung nach einer Verkehrswende wurde zum
167 Leitmotiv der EU-Verkehrspolitik – wir bleiben dran, damit aus dem Umdenken ein
168 Umlenken folgt.

169 Immer wieder haben wir in der vergangenen Legislaturperiode erfolgreich gegen
170 mächtige Industrieinteressen gestritten: Als wir zusammen mit Hunderttausenden auf
171 der Straße das ACTA-Abkommen zu Fall brachten, das eine weitgehende Überwachung
172 des Internetverkehrs ermöglicht hätte. Als wir in der EU den Datenschutz
173 voranbrachten, um staatliche Überwachung zurückzudrängen und die Speicherung
174 unseres Lebens durch Unternehmen zu unterbinden. Als wir uns als VorkämpferInnen
175 der Finanzmarktregulierung gegen eine starke und finanzkräftige Lobby durchsetzten.
176 Als wir uns zusammen mit der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist
177 Menschenrecht“ den Privatisierungsbestrebungen bei der kommunalen
178 Wasserversorgung entgegenstellten und sie vereitelten. Und als wir mit überzeugenden

179 Argumenten im Europäischen Parlament die Einführung einer Quotenregelung für die
180 Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen erwirkten.

181 Sie können mit Ihrer Stimme dafür sorgen, dass diese Erfolge weitergeführt werden und
182 Europa demokratischer, nachhaltiger und solidarischer wird. Grüne Politik ist in der
183 Europäischen Union notwendiger denn je. Wir wollen Mehrheiten gewinnen, um zu
184 verhindern, dass beim Weg aus der Krise Menschen und Umwelt ins Abseits geraten.

185 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Mitglied der Europäischen Grünen Partei (EGP).
186 Europaweit streiten wir als Familie der grünen Parteien für unsere Inhalte. Bereits 2004
187 trat die EGP als erste europäische Partei mit einem gemeinsamen Manifest, einer
188 gemeinsamen Wahlkampagne und einem gemeinsamen Spitzenteam an. Das aktuelle
189 Manifest der EGP finden Sie am Ende dieses Wahlprogramms.

190 Gleichzeitig mit den Wahlen zum Europäischen Parlament finden in zehn
191 Bundesländern Kommunalwahlen statt. Nicht erst der Wahltag bringt die beiden Ebenen
192 zusammen: Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Dort
193 organisieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben im Alltag und die
194 Daseinsvorsorge – wie Wasser- und Stromversorgung – im Rahmen europäischer
195 Vorgaben und Fördermöglichkeiten. Wir GRÜNE machen uns in Europa für die
196 Kommunen und ihre Selbstverwaltung stark. Denn die Kommunen brauchen eine starke
197 Stimme in der EU.

198 Liebe Wählerinnen und Wähler, wir wollen die Europäische Union **grün erneuern**, wir
199 wollen, dass Sie **mitentscheiden**, und wir wollen **zusammenhalten in Europa**.

200 Mit unseren grünen Konzepten und Ideen wollen wir Ihre Stimme und Ihr Vertrauen
201 gewinnen. Packen Sie mit an, setzen Sie ein Zeichen gegen populistisches und
202 nationalistisches Denken. Gemeinsam können wir Europa verändern und unsere
203 Zukunft gestalten. Gehen Sie am 25. Mai 2014 wählen! Wählen Sie die GRÜNEN! Es
204 kommt auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an.

EWP-A-01 Europawahlprogramm Nachhaltig wirtschaften, gut leben

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 05.11.2013

1 **A. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN, GUT LEBEN:-**
2 **ÖKOLOGISCH, GERECHT & ZUKUNFTSORIENTIERT**

3 Für uns GRÜNE ist klar: Europa kann mehr, wenn es seine Chancen nutzt.
4 Nachhaltiger Konsum ist nicht mehr nur ein Anliegen einer Minderheit, und in vielen
5 Unternehmen sind ökologische Innovationsprozesse längst im Gange. Über das
6 Europäische Parlament wollen wir Umwelt- und Klimaschutz und die sozial-ökologische
7 Modernisierung der Wirtschaft voranbringen.

8 Konservative und Sozialdemokraten begegnen den Herausforderungen von morgen mit
9 energie- und wirtschaftspolitischen Konzepten von vorgestern. Zusammen mit
10 mächtigen Wirtschaftslobbys versuchen sie immer noch, Ökologie und Ökonomie
11 gegeneinander auszuspielen. Für den Klimaschutz entscheidende Reformen etwa des
12 EU-Emissionshandels werden systematisch ausgebremst – auch von der deutschen
13 Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel. Der für Energie zuständige EU-Kommissar
14 Günther Oettinger handelt als verlängerter Arm der Atom- und Kohlelobby. Konzepte für
15 eine nachhaltige Energieversorgung werden nicht vorgelegt; stattdessen werden
16 Milliarden in hochriskante Forschungsprojekte wie den Kernfusionsreaktor ITER
17 gesteckt.

18 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und Europas Wirtschaft
19 **grün erneuern**. Denn von ehrgeizigem Klimaschutz, hohen Umweltstandards und einer
20 europaweiten Energiewende profitieren Mensch, Wirtschaft und Natur. Wir wollen einen
21 Wettbewerb um die energieeffizientesten Produkte und die umweltfreundlichsten
22 Mobilitätskonzepte entfachen. So schaffen wir durch Investitionen und Innovation eine
23 grüne industrielle Revolution und neue Jobs mit Zukunft.

24 Wir **halten zusammen**, indem wir wirtschaftliche und soziale Chancen allen in Europa
25 eröffnen. Gerade den Ländern Südeuropas, die tief in der Krise stecken, wollen wir
26 durch Investitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung die Chance geben, ihre
27 Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Entschieden wenden wir
28 uns gegen alle Versuche, europäische Umweltstandards auszuhöhlen und in
29 umweltpolitische Kleinstaaterei zurückzufallen.

30 Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa auf Augenhöhe bringen mit
31 den Unternehmen, damit sie stärker **mitentscheiden** können, was und wie produziert
32 wird. Deshalb setzen wir auf umfassende Verbraucherinformation und starke
33 Verbraucherorganisationen als Gegengewicht zu den Wirtschaftslobbys. Mit der
34 Energiewende ermutigen wir BürgerInnen und Kommunen, ihre Energieversorgung in
35 die eigene Hand zu nehmen und sich unabhängig zu machen von den großen
36 Stromkonzernen.

37 Im Europäischen Parlament sind wir GRÜNE die einzige verlässliche Stimme für eine

38 konsequente Energiewende in der EU. Wir setzen uns für verbindliche und
39 ambitionierte europäische Klima- und Energieziele ein und sagen: Atomkraft, nein
40 danke – in ganz Europa! Als einzige Fraktion im Europäischen Parlament stellen wir uns
41 zudem entschieden gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und die
42 Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel.

43 GRÜN macht den Unterschied: Grüner Umwelt- und Verbraucherschutz hat EU-weit die
44 Luft sauberer, Flüsse gesünder und Produkte sicherer gemacht. Der ökologische
45 Landbau genießt heute breite Unterstützung. Und dank der GRÜNEN im Europäischen
46 Parlament wird nun stärker gegen die Überfischung und Verschmutzung der Meere
47 vorgegangen.

48 A.1. FÜR KLIMASCHUTZ UND EINE ENERGIEWENDE IN EUROPA

49 **A. 1.1 Die europäische Energiewende ist möglich**

50 Unsere Vision ist ein Europa ohne Kohle und Atom. Ein Europa, dessen Wohlstand sich
51 aus umwelt- und klimafreundlichen Energiequellen speist. Seit Jahrzehnten warnt uns
52 die Wissenschaft vor den Folgen des Klimawandels. Wir kennen das menschliche Leid
53 und den wirtschaftlichen Schaden, den Stürme, Dürren und Überflutungen verursachen,
54 und wissen, dass es höchste Zeit ist zu handeln. Doch aller Dringlichkeit zum Trotz
55 steht die europäische Klimapolitik still, es droht sogar eine Rückabwicklung. Innerhalb
56 der EU und auch auf internationaler Ebene fehlt die Entschlossenheit sich auf
57 verbindliche Abkommen zu einigen. Die Abhängigkeit Europas von Importen fossiler
58 Rohstoffe ist bedrohlich hoch und wächst ständig.

59 Wir GRÜNE wollen als einzige Partei ein Europa der Erneuerbaren Energien und der
60 Energieeffizienz. Erneuerbare Energien schonen nicht nur das Klima. Anders als die
61 Atomkraft sind sie sicher und im Gegensatz zu Kohle und Öl umweltfreundlich.
62 Erneuerbare Energien machen uns VerbraucherInnen weniger abhängig von RWE,
63 Vattenfall und Co. und Europa unabhängiger von Russland und den Ölscheichs.
64 Erneuerbare Energien bieten BürgerInnen die Chance, die Stromproduktion selbst in
65 die Hand zu nehmen. So schaffen wir die Grundlage für Versorgungssicherheit,
66 bezahlbare Energie, neue Jobs und nachhaltigen Wohlstand.

67 Deshalb wollen wir den Erneuerbaren Energien Vorfahrt geben vor Kohle und Atomkraft
68 und sie weiter verlässlich und kosteneffizient fördern. Denn das ist eine kluge Investition
69 in die Zukunft. Subventionen für Atom und Kohle erteilen wir dagegen eine klare
70 Absage. Auch andere klima- und umweltschädliche Subventionen wollen wir
71 schrittweise abbauen.

72 Wir wollen ein intelligentes Stromnetz, das die erneuerbaren Energiequellen dezentral
73 verknüpft und überregional verbindet.

74 Wir wollen Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
75 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Dieses Prinzip
76 muss Leitschnur für die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir
77 wollen die Erzeugungspotentiale in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten
78 zwischen zentralen und dezentralen Strukturen.

79 Neue Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und die
80 Förderung von unkonventionellem Erdgas durch Fracking lehnen wir wegen der
81 unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab.

82 **A.1.2 Klimaschutz verbindlich und ambitioniert gestalten**

83 Wir GRÜNE fordern ambitionierte, verbindliche und vor allem langfristige Ziele.
84 Verlässliche Klimaschutzziele geben der Energiewende einen Rahmen, schaffen
85 Planungssicherheit für Unternehmen und konkretisieren den europäischen Beitrag zur
86 internationalen Klimapolitik.

87 Unser Ziel ist es, einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern und den globalen
88 Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das setzt voraus,
89 dass die Europäische Union ihre klimaschädlichen Emissionen bis 2050 um 90 Prozent
90 gegenüber dem Jahr 1990 reduziert. Auf dem Weg dahin setzen wir uns für eine
91 Emissionsminderung um mindestens 30 Prozent bis 2020 und um mindestens die
92 Hälfte bis 2030 ein.

93 Flankierend zu diesen Klimaschutzzielen sind eigenständige Ziele für Erneuerbare
94 Energien und Energieeffizienz unverzichtbar, um die Energiewende voranzubringen und
95 klare Investitions- und Innovationssignale für die Wirtschaft zu setzen. Wir fordern für
96 2030 ein Ausbauziel für Erneuerbare Energien von 45 Prozent und eine
97 Energieeinsparung um mindestens 30 Prozent verglichen mit 2010. Das bereits
98 beschlossene Ziel von 20 Prozent Effizienzsteigerung bis 2020 muss endlich verbindlich
99 gemacht und umgesetzt werden.

100 **A.1.3 Emissionshandel zum Klimaschutzinstrument machen**

101 Damit sich grünes Wirtschaften lohnt, müssen sich die gesellschaftlichen Kosten, die
102 durch Verschmutzung und Ressourcenverbrauch entstehen, in den Preisen
103 widerspiegeln. Aufgrund eines Überangebots an Zertifikaten im EU-Emissionshandel ist
104 der Zertifikatpreis so stark eingebrochen, dass er keinen Anreiz mehr für
105 Klimaschutzinvestitionen bietet. Alle Versuche, den Emissionshandel effektiv
106 auszugestalten, wurden von der Bundesregierung und von der konservativen Mehrheit
107 im Europäischen Parlament blockiert.

108 Wir GRÜNE wollen, dass Klimaschutz sich wieder auszahlt. Wer das Klima schädigt,
109 darf nicht billig davonkommen. Deshalb wollen wir den Emissionshandel grundlegend
110 reformieren und einen Mindestpreis für Emissionszertifikate einführen. Überschüssige
111 Zertifikate müssen dauerhaft vom Markt genommen werden. Die Möglichkeit,
112 europäische Klimaschutzvorgaben durch ökologisch fragwürdige Projekte in China oder
113 Indien zu erfüllen, wollen wir deutlich zurückdrängen.

114 Die Einbeziehung des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel muss vollständig
115 umgesetzt werden. Auch der Schiffsverkehr darf nicht weiter bevorteilt werden. Er trägt
116 erheblich zum CO₂-Ausstoß bei. Wir wollen eine grüne Schifffahrt – d.h. eine
117 Verbesserung der Effizienz, eine Reduzierung der Emissionen und einen
118 umweltfreundlichen Betrieb.

119 **A.1.4 Energieeffizienz: Endlich Ernst machen!**

120 Energieeffizienz erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit und mindert die
121 Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Sie bietet wirtschaftliches Potenzial für Anbieter
122 von Effizienztechnologie sowie Einsparpotenzial für die EnergieverbraucherInnen. Die
123 EU-Kommission bestätigt: 20 Prozent mehr Energieeffizienz würden fast 200 Mrd. Euro
124 einsparen und Hunderte Kohlekraftwerke überflüssig machen. Trotzdem hat die
125 Bundesregierung die Energieeffizienz-Richtlinie der EU verwässert und ausgebremst.

126 Wir GRÜNE wollen dagegen Ernst machen mit Energieeinsparung und
127 Energieeffizienz. Wir wollen einen Wettbewerb um die besten Lösungen entfachen, bei
128 dem die effizientesten Geräte den Standard setzen und Stromfresser nach und nach

129 aus den Regalen verschwinden (Top-Runner-Ansatz). Dazu bedarf es eines
130 verbindlichen Effizienzziels für die EU, das den Energieverbrauch insgesamt senkt, und
131 ehrgeiziger Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte. Außerdem muss eine
132 verständliche Kennzeichnung es VerbraucherInnen möglichst leicht machen,
133 Energieverbrauch und Folgekosten von Produkten zu vergleichen. Die großen
134 Energiesparpotentiale in Gebäuden wollen wir nutzen. Dazu muss die
135 Gebäudeeffizienz-Richtlinie konsequent umgesetzt werden. Bei den notwendigen
136 Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen wollen wir die Mitgliedstaaten
137 unterstützen.

138 **A.1.5 Strukturen erneuern: Nachhaltige Energie statt Atom**

139 Wir wollen einen Atomausstieg in ganz Europa. Der Euratom-Vertrag ist ein Relikt aus
140 einer anderen Zeit. Seine Präambel fordert seit über 60 Jahren, dass die „Entwicklung
141 einer mächtigen Kernindustrie“ gefördert werden solle. Eine solche Forderung ist nicht
142 mehr tragbar! Es kann nicht sein, dass nach den Katastrophen von Tschernobyl und
143 Fukushima der Atomkraft als Hochrisikotechnologie immer noch strukturell und finanziell
144 eine Sonderstellung eingeräumt wird. Atomkraft ist gefährlich und teuer. Daher gehört
145 der Euratom-Vertrag abgeschafft.

146 Solange hierfür die politischen Mehrheiten fehlen, setzen wir uns dafür ein, Euratom
147 grundlegend zu reformieren und zu demokratisieren. Es muss Schluss sein mit
148 Forschungsförderung, Genehmigungsprivilegien und der Begünstigung von
149 Investitionen für Atomkraft. Stattdessen wollen wir in die sicheren und sauberen
150 erneuerbaren Energieträger und Effizienztechnologien investieren. Die Forschung zur
151 Kernspaltung muss auf Gesundheits-, Sicherheits- und Entsorgungsfragen begrenzt
152 werden. Es müssen gemeinsame Sicherheitsstandards auf dem Stand von
153 Wissenschaft und Technik eingeführt und Kontrollen verbessert werden. Für den Fall
154 von Atomunfällen fordern wir EU-weit eine unbeschränkte Haftung der Betreiber. Der
155 Export von Atommüll und abgebrannten Kernbrennstoffen über die Grenzen der EU
156 hinaus soll verboten werden. Nukleare Proliferation muss konsequent verhindert
157 werden.

158 Wir fordern, dass europäische Atomkraftwerke endlich angemessen versichert werden.
159 Denn die absolut unzureichende Vorsorge europäischer Atomkraftwerksbetreiber stellt
160 eine substanzielle und inakzeptable Subvention aus öffentlichen Kassen dar.

161 Darüber hinaus brauchen wir einen Antriebsmotor für eine europäische Energiewende.
162 Deswegen setzen wir uns für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien
163 (ERENE) ein. Sie soll den effizienten Ausbau Erneuerbarer Energien innerhalb der EU
164 fördern und Europa so zum Vorreiter der Energieversorgung des 21. Jahrhunderts
165 machen.

166 **A.1.6 Die Energiewende gemeinsam vor Ort anpacken**

167 BürgerInnen, Kommunen und Regionen sind entscheidende Akteure der Energiewende.
168 Für eine erfolgreiche und bürgernahe europäische Energie- und Klimapolitik ist ihr
169 Engagement unerlässlich. Sowohl Ballungszentren wie das Ruhrgebiet und die Rhein-
170 Main-Region, Metropolregionen wie London und Paris, als auch der ländliche Raum
171 leisten an der Schnittstelle von Stadtentwicklung, Regionalplanung und Energiepolitik
172 entscheidende Beiträge für eine „Energiewende von unten“.

173 Um kommunales Handeln und Engagement zu fördern, muss die EU die regionalen und
174 lokalen Potentiale durch kluge und unbürokratische Förderpolitik unterstützen.
175 Technologien zur Kraft-Wärme-Kopplung einschließlich der Fernwärmeinfrastruktur

176 wollen wir durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung fördern.

177 Positive Beispiele zeigen, was möglich ist; so etwa der „Konvent der Bürgermeister“, in
178 dem die EU einen Zusammenschluss von fast 5.000 europäischen Kommunen in ihren
179 Klimaschutzbestrebungen unterstützt. Das ist auch ein grüner Erfolg.

180 A.2. DIE WIRTSCHAFT AUF EINEN NACHHALTIGEN KURS BRINGEN

181 **A.2.1 Grüner Wirtschaften**

182 Ein dramatisches Anwachsen des Verbrauchs von Rohstoffen und Naturressourcen
183 zeichnet sich in den nächsten Jahrzehnten ab. Wenn wir so weitermachen wie bisher,
184 überfordern wir die ökologische Leistungsfähigkeit unseres Planeten. Recycling und der
185 Einsatz nachwachsender Rohstoffe sind zentral für ein zukunftsfähiges
186 Wirtschaftssystem. Produkte müssen von vornherein recyclingfreundlich entwickelt
187 werden. Deshalb wollen wir die europäische Ökodesign-Gesetzgebung um die Kriterien
188 Wiederverwertung und Ressourceneffizienz erweitern. Wir sind überzeugt, dass ein
189 effizienterer Verbrauch von Rohstoffen in Zeiten der Wirtschaftskrise wie ein
190 Konjunkturprogramm wirken kann. Schließlich wird alleine für Deutschland von einem
191 Einsparpotential von bis zu 100 Milliarden Euro jährlich ausgegangen, Geld, das an
192 anderer Stelle investiert werden kann. Eine effiziente Rohstoffpolitik vermindert
193 außerdem unsere Abhängigkeit von Importen. Die von uns GRÜNEN durchgesetzten
194 neuen Regeln für Elektroschrott zeigen, wie es geht: Sie verringern unsere Müllberge,
195 sparen wertvolle Ressourcen und machen die Rückgabe alter Geräte leichter.

196 Europa braucht den Aufbau grüner Wirtschaftszweige und eine grundlegende
197 Neuausrichtung ressourcenintensiver Industrien. Diese grüne industrielle Revolution
198 fördert gleichermaßen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Mit ihr setzen wir auf
199 Europas technologische, unternehmerische und soziale Innovationskraft. Dies gelingt
200 mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Zulieferern, Dienstleistern
201 und Forschungszentren in der EU. Es bedarf aber auch eines lebenszyklus- und
202 kreislauforientierten Wirtschaftsansatzes, d.h. der Förderung von Recycling und
203 Ressourceneffizienz. Es gibt immer noch zu viele Wirtschaftssektoren, die nicht unter
204 den Emissionshandel fallen. Für diese Wirtschaftssektoren brauchen wir eine Reform
205 der Besteuerung von Energie. Damit der Umbau der Wirtschaft gelingen kann, ist die
206 Mobilisierung von öffentlichem und privatem Kapital zentral.

207 Im Rahmen unserer grünen Politik soll die Europäische Investitionsbank zur
208 Krisenbewältigung und als Instrument für Anreize zum nachhaltigen Wirtschaften
209 genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt Projektbonds für Investitionen
210 eingesetzt werden. Diese Projektbonds können Investoren für große,
211 grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte wie Stromnetze, Straßen oder Schienen
212 mobilisieren. Den größten Teil des Geldes sollen dabei private Investoren wie Banken
213 und Pensionsfonds übernehmen. Nur mit einer klaren Investitionsstrategie kann die
214 Europäische Investitionsbank ihrer Rolle als Motor einer ökologischen Modernisierung
215 gerecht werden. Wir müssen Investitionen in nicht-nachhaltige Projekte stoppen und
216 Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur
217 Vorrang bei Investitionsentscheidungen geben.

218 **A.2.2 Wirtschaftlichen Fortschritt neu denken**

219 Europa braucht dringend andere Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung jenseits
220 des Bruttoinlandsprodukts. Die soziale und ökologische Dimension darf nicht länger bei
221 der Beurteilung unseres Wirtschaftens ausgespart werden. Wir wollen hierfür durch die
222 europäische Statistikbehörde alternative Indikatoren weiterentwickeln lassen, um die

223 konventionelle Erfassung unserer Wirtschaftsdaten zu erweitern. Unser Entscheiden
224 und Handeln auf europäischer Ebene muss konsequent an diesen Indikatoren
225 ausgerichtet werden.

226 Unternehmen aus der EU nehmen ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung oft nur
227 ungenügend wahr. Die kurzfristige Sicherung von Aktionärsinteressen und
228 Profitmaximierung stehen oft an erster Stelle. Hier wollen wir durch Reformen des EU-
229 Unternehmensrechts Anreize zu nachhaltigen und sozial ausgewogenen
230 Unternehmensentscheidungen setzen: Geschlechtergerechtigkeit durch die Sicherung
231 des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Quotenregelungen, Steuertransparenz,
232 sowie verbindliche ökologische und soziale Ziele für Unternehmen.

233 Wir wollen Unternehmen solidarischer Ökonomie besonders unterstützen, weil sie eine
234 wichtige Rolle in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft spielen.
235 Unternehmen solidarischer Ökonomie setzen mit unternehmerischen Mitteln soziale
236 und ökologische Ziele um. Stadtteilgenossenschaften, die arme Quartiere mit neuem
237 Leben erfüllen. Sozialunternehmen, die nicht einfach den Unternehmenswert
238 maximieren wollen, sondern auf den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Produkte und
239 Dienstleistungen abzielen. Bürgerenergieinitiativen, die sich mit dezentraler
240 Energieerzeugung die Macht von den Energiekonzernen zurückholen und die
241 Produktionsprozesse demokratisch gestalten. Vereine und Stiftungen brauchen eigene
242 europäische Rechtsformen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen brauchen einen
243 besseren Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe und zu unbürokratischer Hilfe und
244 Darlehen.

245 A.3. INNOVATIONSKRAFT STÄRKEN

246 **A.3.1 Europa braucht Forschung!**

247 Wir brauchen innovative Lösungen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit, wie
248 soziale Ungleichheit, den Klimawandel, die Energiewende oder auch den
249 demografischen Wandel, bewältigen zu können. Es war unverantwortlich, dass
250 konservative und sozialdemokratische Mehrheiten die notwendigen Investitionen in
251 Forschung und Entwicklung im EU-Haushalt ihrem kurzsichtigen Sparkurs geopfert
252 haben. Das gesetzte Ziel der EU-Mitgliedstaaten, 3 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts
253 für Forschung und Entwicklung auszugeben, wird damit nicht erreicht. Wir GRÜNE
254 wollen nicht nur an diesem Ziel festhalten, sondern die Mittel für diesen Bereich weiter
255 erhöhen – trotz und gerade wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Forschungsstarke
256 Mitgliedstaaten sollen ihre Mittel an die Ausgaben der globalen Spitzenreiter anpassen
257 und auf mindestens 3,5 Prozent des BIP erhöhen.

258 Zusätzlich wollen wir GRÜNE den Europäischen Forschungsrat, der
259 grundlagenorientierte Forschung finanziert, weiter stärken. Außerdem wollen wir die
260 europäische Projektforschung deutlicher an den großen gesellschaftlichen
261 Herausforderungen ausrichten und sozialwissenschaftliche Fragestellungen mehr in
262 den Fokus rücken.

263 **A.3.2 Für eine nachhaltige und transparente EU-Forschungspolitik**

264 Der europäische Forschungsraum lebt auch vom Austausch und der Mobilität seiner
265 Forschenden. Wir setzen uns für die Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses
266 ein, und außerdem wollen wir, auch mithilfe verbindlicher Zielvorgaben für das
267 Forschungsrahmenprogramm, den Anteil von Frauen in der Forschung erhöhen.
268 Forschung in umwelt- oder klimaschädlichen Bereichen soll nicht weiter gefördert
269 werden. Die frei werdenden Gelder sollen in die Erforschung nachhaltiger Lösungen

270 investiert werden.

271 Eine moderne Forschungspolitik ermöglicht Beteiligung. Grüne Forschungspolitik will
272 inhaltliche Forschungsschwerpunkte in einem transparenten und öffentlichen Prozess
273 erarbeiten und Debatten über die Chancen und ethischen Grenzen von Forschung
274 ermöglichen.

275 Der sogenannten "Sicherheitsforschung" stehen wir kritisch gegenüber. Dies gilt dort,
276 wo mit europäischen Mitteln Forschung finanziert wird, die Überwachung und
277 Ausspähung perfektionieren oder die "Festung Europa" abschotten helfen soll. Dies gilt
278 umso mehr für alle Versuche, militärische Forschung mit europäischen Mitteln zu
279 finanzieren.

280 Das von der EU geförderte Forschungsprojekt um den Kernfusions-Versuchsreaktor
281 ITER ist ein Milliardengrab. Bis 2020 sollen weitere 2,7 Milliarden für ITER ausgegeben
282 werden. Geld, das im knappen EU-Haushalt für sinnvollere Investitionen fehlt.
283 Deutschland sollte seine Beteiligung an ITER aufkündigen. Moderne Energieforschung
284 muss dafür da sein, Wege in eine klimaverträgliche und ressourcenschonende
285 Energieversorgung aufzuzeigen.

286 Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Förderung entstanden sind, müssen der
287 Öffentlichkeit auch zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir freien Zugang zu
288 Veröffentlichungen EU-geförderter Forschung gewährleisten und fordern eine Open-
289 Access-Pflicht für entsprechende Forschungsergebnisse.

290 Im Sinne des Open-Data-Prinzips wollen wir zudem leicht zugänglich Informationen
291 über die EU-Forschungsförderung bereitstellen. Das Potenzial der Digitalisierung und
292 des Internets muss für Forschung, Bildung und Wissens- und Technologietransfer noch
293 nutzbarer werden. Hierzu gehören der Ausbau digitaler Infrastrukturen, die Anpassung
294 der Immaterialgüterrechte und der Transfer von Forschungsergebnissen in die Aus- und
295 Weiterbildung.

296 **A.3.3 Kleine und mittelständische Unternehmen stärker fördern**

297 Kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) bilden das Rückgrat der
298 europäischen Wirtschaft. Wir wollen sie stärken und dafür im
299 Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 neue und transparente Förderinstrumente
300 ohne zu hohen administrativen Aufwand bereitstellen.

301 Auch bei der Formulierung konkreter Programmlinien im Rahmen von Horizont 2020
302 müssen die Forschungs- und Entwicklungsbedürfnisse von KMUs stärker berücksichtigt
303 werden. Zugleich sollten bestehende KMU-Finanzierungsprogramme aufgestockt und
304 die Interessen der KMUs besser bei der Entwicklung europäischer Industrienormen
305 berücksichtigt werden.

306 **A.4. GRENZENLOS MOBIL IN EUROPA**

307 **A. 4.1 Umweltfreundlich unterwegs**

308 Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens, Voraussetzung für
309 gesellschaftliche Teilhabe und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Zugleich
310 ist Mobilität ein wichtiger Baustein für das Zusammenwachsen Europas. Gerade für die
311 junge Generation wird das Reisen und Leben jenseits nationaler Grenzen immer
312 selbstverständlicher. Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilität, die umwelt- und
313 klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich effizient ist. Das gelingt durch einen Dreiklang
314 aus Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung von Verkehr.

315 Wir GRÜNE setzen Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs und einer
316 intelligenten Verknüpfung der Verkehrsträger. Das ist für die tägliche Mobilität der
317 BürgerInnen wichtiger als teure Prestigeprojekte. Deshalb wollen wir den
318 Umweltverbund von Bus, Bahn, Fahrrad und Zufußgehen stärken und um innovative
319 Mobilitätsdienstleistungen wie Car Sharing oder Bike Sharing ergänzen. Europas
320 Radwegenetz wollen wir weiter ausbauen und die Fahrradmitnahme in allen Zügen EU-
321 weit zur Selbstverständlichkeit machen.

322 Das europäische Eisenbahnnetz ist ein Flickenteppich, dessen Lücken oft exakt an den
323 Staatsgrenzen zu finden sind. Das wollen wir ändern und das Schienennetz ausbauen!
324 Damit Europa auch auf der Schiene zusammenwächst, wollen wir
325 grenzüberschreitenden Abschnitten Vorrang einräumen und die EU-Finanzmittel dort
326 entsprechend konzentrieren.

327 Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf Schiene und
328 Wasserwege. Das schont das Klima, senkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe
329 und ist effektiver und sinnvoller als Steuergeld in Milliardenhöhe in den Bau und Erhalt
330 nicht ausgelasteter und unrentabler Kleinstflughäfen oder Tunnelprojekte zu stecken.

331 **A.4.2 Mehr Klimaschutz im Verkehr**

332 Hauptverursacher für die hohen CO₂-Emissionen des Verkehrssektors ist mit mehr als
333 70 Prozent der Straßenverkehr. Deshalb erfordert Klimaschutz im Verkehr neben neuen
334 Mobilitätskonzepten auch einen Wandel in der Autoindustrie hin zu Elektromobilität und
335 sparsameren Fahrzeugen.

336 Trotzdem setzen viele Autobauer noch immer vor allem auf große, sprithungrige
337 Limousinen. Sie bekämpfen wirkungsvolle CO₂-Grenzwerte, statt sie als Chance für
338 technologische Innovation und wettbewerbsfähige Produkte zu begreifen. Das ist
339 ökologisch falsch und wirtschaftlich kurzsichtig. Mit ihrer Blockade von ehrgeizigen CO₂-
340 Grenzwerten hat sich Angela Merkel in Brüssel zum Sprachrohr dieser verfehlten
341 Lobbypolitik gemacht. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass strengere Emissionsgrenzen
342 trotz aller vorherigen Klagen nach Einführung umgesetzt wurden, ja teils sogar
343 übertroffen werden.

344 Wir GRÜNE sehen ambitionierte CO₂-Grenzwerte als Chance für Wirtschaft und Klima:
345 Wir wollen in der Europäischen Union bis 2025 einen Grenzwert von 60g CO₂ pro
346 Kilometer für den Flottendurchschnitt von Neuwagen erreichen. Die Privilegien für
347 große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir streichen und Anreize zur Nutzung
348 besonders sparsamer Autos schaffen.

349 **A.4.3 Für faire Rahmenbedingungen**

350 Nachhaltige Mobilität braucht faire Wettbewerbsbedingungen. Wir dürfen nicht länger
351 den Verkehr auf der Straße und in der Luft im Vergleich zur Schiene bevorteilen.
352 Während Bahnfahren durch die Besteuerung der Kraftstoffe und die Mehrwertsteuer
353 ständig teurer wird, wird der Luftverkehr in der EU mit Steuersubventionen in Höhe von
354 mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Denn Fluggesellschaften sind von der
355 Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen auch von der Mehrwertsteuer befreit. Hier
356 müssen die Anreize nach ökologischen Gesichtspunkten gesetzt werden.

357 Fairness fordern wir auch bei den EU-Passagierrechten, die für die Reisenden zu den
358 spürbaren Erfolgen der EU-Verkehrspolitik zählen. Auch hier müssen gleiche Vorgaben
359 für alle Verkehrsmittel gelten und bestehende Rechtslücken geschlossen werden. Wir
360 stellen uns gegen den Versuch der Kommission, die Rechte der BürgerInnen zugunsten

361 der Fluggesellschaften aufzuweichen.

362 A.5. EUROPAS VERBRAUCHERINNEN STARK MACHEN!

363 **A.5.1 Verbraucherschutz für das 21. Jahrhundert**

364 Wir GRÜNE wollen bessere Verbraucherpolitik. Es geht dabei um mehr als nur den
365 Schutz vor gesundheitlichen oder finanziellen Schäden. Wir wollen den
366 VerbraucherInnen eine Stimme geben und sie auf Augenhöhe mit den Unternehmen
367 bringen. VerbraucherInnen benötigen gute und umfassende Informationen, um
368 bewusste Kaufentscheidungen treffen zu können. Der EU-Ebene kommt hierbei eine
369 Schlüsselrolle zu. Was europäische Verbraucherschutzpolitik erreichen kann, zeigen die
370 drastisch gesenkten Roaming-Gebühren innerhalb der EU.

371 Wir wollen starke, unabhängige Verbraucherorganisationen sowie neue Formen der
372 Beteiligung und Mitbestimmung schaffen. Eine moderne und gut ausgestaltete
373 Verbraucherpolitik ist ein essentieller Faktor für einen gut funktionierenden EU-
374 Binnenmarkt.

375 **A.5.2 Gesunde Ernährung statt Etikettenschwindel**

376 Wir wollen eine Lebensmittelproduktion, die sich an der Qualität und nicht nur am Preis
377 ausrichtet. Aus Noroviren in Tiefkühlbeeren und Pferdefleisch in der Lasagne müssen
378 Konsequenzen gezogen und die Lebensmittelsicherheit EU-weit verbessert werden.
379 Dafür sind unabhängige und unangekündigte Lebensmittelkontrollen erforderlich. Deren
380 Ergebnisse wollen wir veröffentlichen lassen.

381 Wir wollen Lebensmittel frei von Gentechnik und Antibiotika. Wir brauchen eine leicht
382 verständliche Kennzeichnung. Deshalb fordern wir eine EU-weit verpflichtende
383 Herkunftsangabe für Lebensmittel sowie eine Kennzeichnung der Tierhaltungsform. Die
384 Kennzeichnungslücke für Lebensmittel, für deren Erzeugung Genfutter genutzt wurde,
385 wollen wir schließen. Außerdem wollen wir klare Angaben zu tierischen Erzeugnissen in
386 Lebensmitteln und deren Verwendung bei der Lebensmittelproduktion. Täuschende
387 Angaben und Etikettenschwindel bei Lebensmitteln wollen wir unterbinden. Wir werden
388 uns weiter für eine verständliche Nährwertkennzeichnung in Form einer Ampel
389 starkmachen.

390 **A.5.3 Produkte sicher machen!**

391 Ausbeuterische, unwürdige oder gefährdende Produktions- und
392 Herstellungsbedingungen sind nicht akzeptabel. Wir setzen uns deshalb für eine
393 transparente Kennzeichnung und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards
394 ein. Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen
395 Produktionsbedingungen einschließlich der Lieferketten zu dokumentieren und
396 offenzulegen.

397 Gegen den geplanten Verschleiß, bei dem Produkte so konstruiert werden, dass sie
398 frühzeitig kaputt gehen oder sich kaum reparieren lassen, wollen wir vorgehen und
399 durch europäische Standards erreichen, dass Geräte besser reparierbar und recyclebar
400 sind.

401 Um die Sicherheit von Produkten zu stärken, setzen wir uns für ein EU-
402 Sicherheitssiegel sowie für strengere Grenzwerte bis hin zu Verboten für
403 krebserregende oder erbgutschädigende Stoffe wie Weichmacher und Schwermetalle in
404 Kinderspielzeug ein. Auch bei der Entwicklung der Nanotechnologie muss das
405 Vorsorgeprinzip gelten. Solange die Unbedenklichkeit von Nanoprodukten nicht

406 eindeutig festgestellt ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Partikeln nicht
407 auf den Markt kommen. Durch die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen
408 Nanoproduktregisters und eine Kennzeichnungspflicht wollen wir Transparenz für
409 VerbraucherInnen schaffen.

410 **A.5.4 Vor Abzocke schützen**

411 Kurzfristig vom Anbieter stornierte Urlaubsreisen oder hohe Handyrechnungen bei
412 Reisen außerhalb der EU sind ein häufiges Ärgernis für VerbraucherInnen.
413 Unternehmen mit unlauteren Geschäftspraktiken müssen aber trotzdem selten
414 rechtliche Schritte ihrer KundInnen fürchten, da Aufwand und Risiko für
415 VerbraucherInnen bei einer Klage unverhältnismäßig hoch sind. Wir wollen, dass die
416 EU verbindliche Vorgaben zur Einführung einer Gruppenklage macht. So können sich
417 Geschädigte vor Gericht zusammenschließen und ihr Recht gemeinsam durchsetzen.
418 Rückzahlungs- oder Entschädigungsforderungen können so mit einem geringeren
419 individuellen Risiko für VerbraucherInnen vorgebracht werden. Wir wollen den EU-
420 Binnenmarkt und den Schutz der VerbraucherInnen stärken. Daher wollen wir die
421 unterschiedlichen Regelungen in der EU zur Gewährleistung überarbeiten und
422 verbessern. Ein optionales Gemeinsames Europäisches Kaufrecht ist allerdings weder
423 für die VerbraucherInnen noch für die Wirtschaft sinnvoll, da es zu Verwirrung und
424 Unsicherheit führen würde.

425 **A.6. NATÜRLICHEN REICHTUM BEWAHREN**

426 **A.6.1 Für eine bessere Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik**

427 Uns GRÜNEN ist es gelungen, den Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik eine
428 grüne Handschrift zu geben – auch wenn wir von einer nachhaltigen Lebensmittelpolitik
429 noch weit entfernt sind. Wir sind überzeugt: Der ökologische Landbau ist eine
430 wirtschaftliche und politische Erfolgsstory. Nach zahlreichen Lebensmittelskandalen
431 wird das von uns geforderte Vorsorgeprinzip im EU-Verbraucherschutz wie im
432 Umweltschutz heute konsequenter angewandt denn je. Das Hormonverbot in der
433 Tierhaltung und das faktische Aus für den Anbau von Gentechnik auf dem Acker in den
434 meisten europäischen Ländern können wir dabei als grüne Erfolge verbuchen. Die
435 europäische Agrarreform 2013 hat neue, verpflichtende Rahmenbedingungen
436 geschaffen: Beim sogenannten “Greening” wird Grünland nicht einfach in Ackerland
437 umgewandelt, und Fruchtarten sollen sich auf den Flächen abwechseln, um
438 Monokulturen zu verhindern, die den Boden auslaugen. Auf “ökologischen
439 Vorrangflächen” sollen ohne den Einsatz von Chemie natürliche Landschaften
440 entstehen.

441 Dennoch ist die Gemeinsame Agrarpolitik noch nicht auf dem richtigen Kurs. Weiterhin
442 fördert sie die Industrialisierung der Landwirtschaft, wodurch Millionen von
443 LandwirtInnen ihre Höfe aufgeben müssen. Diese Industrialisierung der Agrarwirtschaft
444 beschert uns Giftstoffe, die in unsere Umwelt und in unsere Lebensmittel gelangen, sie
445 führt zu einer fatalen Klimabilanz, fördert die Erosion der Böden und einen
446 dramatischen Verlust der Artenvielfalt.

447 **A.6.2 Für eine ökologische und soziale Förderpolitik**

448 Europäische Subventionen von jährlich über 40 Milliarden Euro haben Bäuerinnen und
449 Bauern abhängig gemacht und verzerren den Markt. Den Löwenanteil dieser Mittel
450 kassiert jedoch die vor- und nachgelagerte Industrie, z.B. Schlachthöfe und einige
451 wenige industrielle Agrarbetriebe. Der Effekt: Unsere Ernährung beruht heute auf dem
452 Einsatz von Öl, Chemie, Pestiziden, Kunstdünger und Antibiotika.

453 Europas Ernährungsindustrie importiert riesige Mengen an billigen Futtermitteln aus
454 Monokulturen in Lateinamerika und Asien. So kann sie Fleischprodukte zu
455 Dumpingpreisen produzieren und vermarkten. Das führt in Europa zu Fehlernährung
456 und verdrängt weltweit Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vom Markt.

457 Wir GRÜNE wollen eine ökologische und soziale Lebensmittelpolitik ohne jegliche
458 Exportsubventionen. Alle Subventionen müssen so gestaltet werden, dass sie weder
459 innerhalb noch außerhalb der EU Anreize dafür setzen, Schaden anzurichten. Mit seiner
460 industrialisierten Landwirtschaft ernährt Europa nicht die Welt, sondern betreibt
461 Raubbau an den natürlichen Ressourcen anderer Länder. Damit muss Schluss sein.

462 Bäuerinnen und Bauern in der EU sollen mit nachhaltigen Lebensmitteln ein faires
463 Einkommen erwirtschaften können. Auch und gerade wenn sie umweltgerecht oder in
464 benachteiligten Gebieten und kleineren Betrieben arbeiten. Direktzahlungen auf der
465 Grundlage von Grundbesitz sind überholt; stattdessen wollen wir alle Agrarzahlungen
466 an die Erbringung ökologischer und sozialer Leistungen knüpfen – Klima- und
467 Umweltschutz, Tierschutz oder die Stärkung regionaler Wertschöpfung. Skandalöse
468 Dumpinglöhne und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen für ArbeiterInnen zum
469 Beispiel in der Fleischverarbeitung sollen EU-weit unterbunden werden.

470 **A.6.3 Nachhaltige Landwirtschaft statt industrieller Agrarproduktion**

471 Wir GRÜNE wollen den Monokulturen und der tierquälerischen Massentierhaltung
472 konsequent den Kampf ansagen und stattdessen Wirtschaftsweisen und Initiativen
473 fördern, die langfristig Bodenfruchtbarkeit, Tiergesundheit und gesunde Ernährung für
474 die Menschen sichern können. Subventionen für Megaschlachthöfe darf es nicht länger
475 geben. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss im kommenden Jahrzehnt den Ausstieg aus
476 der industriellen Agrarwirtschaft organisieren und in Richtung einer bäuerlichen,
477 ökologischen Landwirtschaft erneuert werden.

478 Wir wollen EU-weit erweiterte Fruchtfolgen und den Schutz von Dauergrünland fördern.
479 Unser Ziel ist weiterhin, Landgrabbing zu beenden, bei dem im großen Stil Land von
480 Großinvestoren aufgekauft und damit zum Spekulationsobjekt wird. Es raubt
481 BäuerInnen ihre Existenzgrundlage und verteuert die lokale Lebensmittelversorgung.
482 Wir wollen Maßnahmen gegen die Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln
483 in der Verarbeitungsindustrie und durch Lebensmittelketten durchsetzen.

484 Die mit der jüngsten Agrarreform beschlossene Renationalisierung der Gemeinsamen
485 Agrarpolitik lehnen wir ab. Damit werden Rahmenbedingungen und Maßnahmen für
486 verbesserten Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz sowie soziale Mindeststandards
487 in das Belieben der Mitgliedstaaten gestellt und ihre Abschaffung oder Schwächung
488 zum Konkurrenzvorteil gemacht. Wir wollen EU-weit Programme, die die Kooperation
489 zwischen BäuerInnen, lokalen und regionalen Verarbeitern und VerbraucherInnen
490 fördern, statt den brutalen Verdrängungswettbewerb weiter zu verschärfen.

491 Die EU braucht eine Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes, die die
492 Entvölkerung ganzer Regionen stoppt und diese Regionen auch für NeueinsteigerInnen
493 und NichtlandwirtInnen attraktiv macht. KleinbäuerInnen in benachteiligten Regionen
494 wollen wir besonders fördern. Die Entwicklung agrarökologischer Systeme, von
495 Kreislaufwirtschaft, dezentraler Energieversorgung und regionalen und lokalen
496 Kooperationspartnerschaften sollen in den neuen EU-Programmen für Innovation,
497 Forschung und Ausbildung Eingang finden.

498 Wir GRÜNE werden weiterhin den ökologischen Landbau als Leitbild für die
499 Landwirtschaft der Zukunft fördern und unterstützen. Dazu sollen europäische

500 Kampagnen zu den Vorteilen des Ökolandbaus finanziert und die Richtlinien für
501 ökologische Betriebe weiterentwickelt werden. Wir sehen vor allem in der
502 Zusammenarbeit von Produzenten und VerbraucherInnen ein Modell, das Zukunft hat.
503 Als VerbraucherInnen sind wir gleichzeitig ErzeugerInnen gesunder Lebensmittel –
504 wenn wir uns bewusst für ökologische und regionale Produkte entscheiden.

505 **A.6.4 Keine Gentechnik in Europa**

506 Gentechnisch veränderte Pflanzen sind nur im Paket mit unkalkulierbaren Risiken für
507 Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft zu haben. Wir setzen uns für eine konsequente
508 Reform des europäischen Zulassungsverfahrens ein, damit diese Risiken endlich ernst
509 genommen werden. Gleichzeitig wollen wir die unabhängige Risikoforschung stärken,
510 damit die Studien für die Zulassung nicht weiter von Monsanto und anderen
511 Agrochemie-Konzernen erstellt werden. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit
512 erhalten, sich rechtssicher und dauerhaft gegen den Gentechnik-Anbau zu entscheiden,
513 um z.B. die gentechnikfreie und ökologische Produktion zu schützen. Die Reinhaltung
514 des Saatguts von gentechnischen Verunreinigungen hat für uns weiterhin höchste
515 Priorität. Um die Abhängigkeit der europäischen Tierproduktion von gentechnisch
516 verändertem Import-Soja zu verringern, wollen wir eine europäische
517 Eiweißpflanzenstrategie auf den Weg bringen. Eine Kennzeichnungspflicht für tierische
518 Produkte wie Milch, Fleisch und Eier, die mit Gentechnik-Futter erzeugt wurden, soll
519 den Verbraucherinnen und Verbrauchern zudem endlich die Möglichkeit geben, beim
520 Einkauf überall in der EU eine informierte Kaufentscheidung zu treffen.

521 **A.6.5 Nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt – Grundlage der** 522 **Ernährungssicherung**

523 Durch eine kontinuierliche Verringerung des Einsatzes von Mineraldünger und des
524 Viehbesatzes pro Hektar wollen wir GRÜNE die Überdüngung unserer Äcker und
525 Gewässer beenden. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag der Landwirtschaft zur
526 Klimastabilisierung und zum Schutz der biologischen Vielfalt. Dazu gehört für uns
527 zudem ein Notprogramm zum Schutz der Bienen und anderer Bestäuber. Wir GRÜNE
528 stehen für umfassenden Tierschutz in Europas Ställen und das Verbot von Käfighaltung
529 und tierquälerischer Haltung und Zucht.

530 Nach der Agrarreform 2014 wollen wir diese Ziele in der kommenden Legislaturperiode
531 in vielen einzelnen Richtlinien und Verordnungen umsetzen, vor allem auch im Umwelt-
532 und Verbraucherschutz. Zugleich werden jetzt bereits die Grundlagen für die
533 Agrarreform 2020 gelegt, die eine echte und integrierte Reform der Gesundheits-,
534 Umwelt-, Entwicklungs-, Handels- und Agrarpolitik werden muss. Wir kämpfen gegen
535 Versuche, durch ein exklusives Abkommen der EU mit den USA (TTIP)
536 Lebensmittelstandards abzusenken und Regeln für Agrarhandel und Agrarinvestitionen
537 ohne Parlamentsmandat festzulegen. Dies würde wichtige Entscheidungen der
538 demokratischen Kontrolle von Staaten, Ländern und Kommunen entziehen.

539 **A. 6.6 Den Tierschutz in Europa stärken**

540 2009 hat die EU den Tierschutz als Wert in den europäischen Verträgen verankert. Das
541 ist ein Meilenstein für den Tierschutz; er muss sich aber auch in der Gesetzgebung der
542 Union wiederfinden.

543 Für alle Tiere in der Landwirtschaft muss es anspruchsvolle und verbindliche
544 Haltungsvorschriften geben, die sich am Tierwohl orientieren und eine artgemäße
545 Haltung sicherstellen. Wir wollen eine Anpassung der Ställe an die Bedürfnisse der
546 Tiere und keine Anpassung der Tiere an den Stall. Die Schlachtung ist möglichst

547 schmerzfrei zu gestalten.

548 Tiertransporte dürfen nur noch zum nächstgelegenen Schlachthof erfolgen und die
549 Transportzeit ist auf acht Stunden für grenzüberschreitende Transporte zu begrenzen.
550 Wir GRÜNE wollen eine klare Kennzeichnung von Produkten mit tierischen
551 Inhaltsstoffen, ihrer Herkunft und der Haltungsform, um bewusste Kaufentscheidungen
552 zu ermöglichen.

553 Wir setzen uns für ein Ende der Tötung von Straßenhunden und Straßenkatzen ein. Wir
554 wollen erreichen, dass Tierversuche durch tierversuchsfreie Methoden ersetzt werden.
555 Deswegen müssen europäische Mittel für die Erforschung und Erprobung von Ersatz-
556 und Ergänzungsmethoden bereitgestellt werden. Das 2013 beschlossene Verbot von
557 Tierversuchen für Haushaltsmittel muss auf Versuche für kosmetische Produkte
558 ausgeweitet werden.

559 Wir wollen erreichen, dass zukünftig keine wild gefangenen Tiere mehr für den Handel
560 oder die Privathaltung importiert werden. Auch der Import von wild gefangenen Tieren,
561 die selbst in zoologischen Gärten nicht artgemäß gehalten werden können, gehört
562 beendet.

563 **A. 6.7 Artenschutz sichern, Naturerbe bewahren**

564 Wir müssen auf europäischer Ebene stärker dafür eintreten, dass der Verlust an
565 biologischer Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosysteme in der EU bis 2020
566 gestoppt werden. Das hat sich die EU zum Ziel gesetzt und auf Ebene der Vereinten
567 Nationen versprochen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen wir dafür
568 sorgen, dass die EU-Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Umsetzungs- und
569 Aktionsplan versehen wird und ressortübergreifend zum Tragen kommt. Das bedeutet
570 nicht nur den Abbau schädlicher Subventionen, sondern auch eine Verankerung der
571 Biodiversität in der Finanzplanung. Mittel aus der Regionalförderung müssen
572 ökologische Mindestauflagen beinhalten.

573 Die EU hat mit Natura 2000 ein hervorragendes Schutzgebietssystem geschaffen, das
574 es zu erhalten und auszubauen gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass ausgewiesene
575 Natura-2000-Schutzgebiete ernsthaft geschützt und gepflegt werden. Dafür braucht es
576 eine ausreichende Finanzierung. Allerdings sind noch große Umsetzungsdefizite in den
577 Mitgliedstaaten zu beheben.

578 Wir brauchen in Europa gemeinsame und bessere Regelungen zum Schutz der Böden
579 gegen Erosion und Kontaminierung. Vorschläge der Kommission, die das Europäische
580 Parlament unterstützt, werden seit Jahren von der Bundesregierung im Rat blockiert.
581 Diese Blockade gehört beendet.

582 Und wir treten dafür ein, dass auf europäischer Ebene unser gemeinsames Naturerbe
583 besser geschützt wird. Außerdem muss die EU ihren Beitrag leisten, die Biodiversität
584 weltweit zu erhalten und ihr internationales Handeln danach auszurichten.

585 **A.6.8 Für eine nachhaltige Wasserwirtschaft**

586 Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Wir wollen sauberes Wasser, doch unsere
587 Gewässer sind in einem schlechten Zustand. In den Meeren schwimmen bald mehr
588 Plastikabfälle als Fische, das Wasser versauert, wird überdüngt und falsch
589 bewirtschaftet. Das muss sich ändern! Wir müssen Wasser als Ressource schützen.
590 Dafür hat Europa sinnvolle Instrumente geschaffen: Die Wasserrahmenrichtlinie, die
591 Nitratrichtlinie und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Doch diese Regeln erfordern
592 eine konsequente Umsetzung und dabei die angemessene Berücksichtigung von

593 Naturschutzbelangen. Wir GRÜNE fordern eine schärfere Kontrolle und konsequente
594 Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die diese europäischen Gesetze
595 systematisch ignorieren.

596 Der „gute ökologische Zustand“ für Gewässer und Grundwasser ist schnellstmöglich
597 herzustellen. Die aus Pestizideinsatz und Überdüngung resultierenden Emissionen und
598 Belastungen des Trinkwassers müssen reduziert werden. Der Wasserverschwendung in
599 der Landwirtschaft muss dringend Einhalt geboten werden. Darüber hinaus wollen wir
600 eine Ausweitung und Vernetzung von Meeresschutzgebieten in Europa und
601 international. Internationale Konventionen und auch das europäische „Natura 2000“-
602 Schutzgebietsnetz sind eine gute Grundlage, dieses Anliegen voranzutreiben. Ob in der
603 Arktis oder in der Ostsee: Meeresschutzgebiete erlauben Rückzugsgebiete für bedrohte
604 Fischarten und Meerestiere.

605 Eine nachhaltige Nutzung von Wasser bedeutet auch, die Überfischung zu beenden.
606 Die neu geschaffenen Verpflichtungen zum Schutz von Meer und Fischbestand – für die
607 wir uns erfolgreich eingesetzt haben – muss die EU nun auch einhalten und transparent
608 machen, damit sie überprüft werden können. Außerdem fordern wir GRÜNE, dass die
609 EU sich auf nachhaltige Fischereipraktiken festlegen muss.

610 Überdimensionierte Wasserautobahnen für die Binnenschifffahrt und die damit
611 verbundene Zerstörung von natürlichen Flusslandschaften wie im Falle der Elbe oder
612 der Donau lehnen wir ab. Wir wollen eine Schifffahrt, die nachhaltig ist, die Artenvielfalt
613 ebenso wie unsere Trinkwasservorräte schützt und die Gebiete für den natürlichen
614 Hochwasserschutz erhält. Jeder Mensch soll Zugang zu frischem und bezahlbarem
615 Trinkwasser haben. Den Bestrebungen, öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren,
616 stellen wir uns entgegen.

EWP-B-01 Europawahlprogramm Zusammen aus der Krise

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 05.11.2013

1 **B. ZUSAMMEN AUS DER KRISE**

2 Die Krise in Europa ist immer noch akut. 2013 war jedeR vierte Jugendliche in der EU
3 arbeitslos. Banken drohen Pleite zu gehen. Kleine und mittelständische Unternehmen in
4 Spanien oder Griechenland erhalten keine Kredite mehr und gehen Bankrott, jeden Tag
5 gehen Arbeitsplätze verloren. Viele notwendige Krisenmaßnahmen wurden umgesetzt,
6 die bisherige Politik blieb jedoch weit hinter dem, was erforderlich ist, zurück und setzte
7 oft auf falsche Lösungen.

8 Wir GRÜNE bieten Alternativen zum bisherigen europäischen Krisenmanagement. Mit
9 unseren Ideen können wir zusammen die Krise überwinden und gleichzeitig Europa
10 grün erneuern und so gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger machen. Die
11 Ursachen dieser Krise sind vielfältig. Daher wollen wir bei der Suche nach Lösungen
12 nicht einseitig auf Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen setzen, sondern fordern eine
13 umfassende Krisenpolitik, die alle Ursachen und Wirkungen der Krise adressiert und
14 mitdenkt.

15 Wir wollen die gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik ausbauen, weil eine
16 gemeinsame Währung mehr Zusammenarbeit erfordert, um krisenfest zu sein. Das darf
17 aber nicht die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle aushöhlen; die Parlamente
18 müssen **mitentscheiden** können.

19 Wir GRÜNE wollen **Europa** mit dem Green New Deal **erneuern**. Der Green New Deal
20 schafft durch Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue
21 Infrastrukturen dringend benötigte Jobs und Zukunftsperspektiven. Er legt die
22 Finanzmärkte an die Leine und sorgt für ein Europa ohne Steuerdumping und
23 Steuerhinterziehung. Er ermöglicht einen neuen sozialen Ausgleich – denn in der Krise
24 ist das soziale Gefüge vieler Länder aus der Balance geraten, weil die Kosten und
25 Lasten der Krise einseitig auf die Schwächsten der Gesellschaft abgewälzt wurden.

26 Wir wollen **Europa zusammenhalten und solidarisch handeln**. Wir liefern einen
27 umfassenden grünen Ansatz, wie die Überschuldung nachhaltig und unter Wahrung
28 strenger Kontrollmechanismen abgebaut werden kann. Wir GRÜNE wollen die
29 Wirtschaftsunion um eine soziale Dimension ergänzen. Denn unser Europa garantiert
30 soziale Grundrechte und gleiche Teilhabechancen. Wir wollen ein Europa der
31 Wissensgesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können.

32 GRÜN macht den Unterschied: Erfolgreich haben wir für mehr Steuertransparenz bei
33 den Banken gesorgt. Unsere Anträge haben die Mehrheit des Europäischen Parlaments
34 hinter der Finanztransaktionssteuer versammelt. Auch das Abkommen über die
35 demokratische Kontrolle der neuen, bei der Europäischen Zentralbank angesiedelten
36 Bankenaufsicht ist auf eine grüne Initiative zurückzuführen. Wir GRÜNE waren es, die
37 erstmals eine europäische Jugendgarantie gefordert und innerhalb der Kohäsionspolitik

38 einen Mindestanteil für die Armutsbekämpfung festgelegt haben.

39 B.1. DIE KRISE IN DER EUROZONE ÜBERWINDEN

40 **B.1.1 Die Ursachen erkennen**

41 Die Europäische Union steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist ein
42 wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist und seine eigene
43 Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Der Zusammenbruch weitgehend deregulierter
44 Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells
45 schonungslos offengelegt. Vereinfachend wurde behauptet, dass die Krisenländer
46 jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Richtig ist, dass wirtschaftliche
47 Fehlentwicklungen, mangelhafte staatliche Institutionen – gerade im Bereich der
48 Steuerverwaltung – und Korruption die Probleme massiv verschärft haben. Doch darf
49 nicht vergessen werden, dass viele Staaten Schulden aufgenommen haben, um ihre
50 Banken zu retten. Davon haben insbesondere auch deutsche Banken,
51 Lebensversicherer und andere Gläubiger profitiert. Einige europäische Länder haben
52 zudem über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den
53 Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch massive Exportüberschüsse in
54 anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem gemeinsamen
55 Währungsraum gefährlich.

56 Verstärkt wurden diese Probleme durch die europaweit gestiegene Ungleichverteilung
57 von Einkommen und Vermögen sowie einen übermäßig großen Finanzsektor. Dies hat
58 in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum geführt.

59 Die Politik der Bundesregierung hat maßgeblich zur Verschärfung der Krise
60 beigetragen. Der einseitige Sparkurs hat einige Länder noch tiefer in die Rezession
61 getrieben. Hochrangige VertreterInnen der Regierungskoalition spekulierten über einen
62 möglichen Austritt der Krisenländer aus dem Euro. Damit wurde die Kapitalflucht aus
63 den Krisenländern befeuert und die Wirtschaft ausgebremst. Investitionen und
64 langfristiger Konsum kamen zum Stillstand. So setzte die Bundesregierung das
65 Vertrauen in Deutschland als starke Stütze für den Zusammenhalt in Europa aufs Spiel
66 und befeuerte all jene, die einzelne Staaten aus der Eurozone treiben wollten.

67 **B.1.2 Für einen stabilen Euro**

68 Wer den Euro-Austritt einzelner Länder herbeireden will, verkennt die europapolitischen
69 und die ökonomischen Realitäten.

70 Der Euro ist der sichtbarste Ausdruck für gelebte europäische Integration. Der Euro
71 trägt zur Zusammengehörigkeit in Europa bei. Von Spanien bis Finnland, von
72 Frankreich bis Malta zahlen die Menschen mit derselben Währung.

73 Die Wirtschaft in Deutschland hat enorm durch den Euro profitiert. Wenn Deutschland
74 jemals aus dem Euro austreten würde, würde die D-Mark so dramatisch gegenüber
75 allen anderen Währungen aufgewertet werden, dass unsere Produkte international nicht
76 mehr wettbewerbsfähig wären. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland würde in die Höhe
77 schnellen. Ein Zusammenbruch des Euro würde eine Wirtschafts- und Finanzkrise
78 auslösen, die die Finanzkrise der letzten Jahre weit in den Schatten stellen würde.
79 Würde ein Krisenstaat aus dem Euro ausscheiden, würde schlagartig jegliches Kapital
80 von dort abgezogen. Die Wirtschaft käme zum Stillstand. Für uns ist deshalb der
81 Zusammenhalt der Eurozone ein zentrales Ziel.

82 Wir standen mehrfach vor der Entscheidung: Wer den Euro nicht scheitern lassen
83 wollte, musste den Rettungspaketen als kurzfristiger Krisenmaßnahme zustimmen.

84 Diesen Weg sind wir gegangen, um den von der Krise am stärksten betroffenen
85 Ländern zu helfen und damit den Euro zu stabilisieren. Europa verfügte zu Beginn der
86 Krise über keinen gemeinsamen Mechanismus zur Stabilisierung der gemeinsamen
87 Währung. Es war daher notwendig, Instrumente wie den Europäischen
88 Stabilitätsmechanismus (ESM) zu schaffen.

89 Wir sehen den Bedarf für Reformen in den Empfängerländern, aber wir kritisieren
90 unsoziale Konditionen von Rettungsmaßnahmen und demokratische Defizite beim
91 Krisenmanagement. Wir sagten nicht „Ja und Amen“, sondern wir sagten „Ja,
92 wenigstens das“ und kämpfen weiterhin für unsere nachhaltigen und sozialen
93 Forderungen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

94 Die kurzfristig dringendste Aufgabe ist es, die Krise zu überwinden. Langfristig
95 benötigen wir Rahmenbedingungen, die verhindern, dass es wieder zu einer Krise
96 dieses Ausmaßes kommen kann. Um die Teufelsspirale in den Krisenländern zu
97 durchbrechen, muss zuerst die Unsicherheit über die Zukunft des Euro ein Ende haben.
98 Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen und Unternehmen dort wieder
99 investieren. Gleichzeitig muss die Nachfrage in den Krisenländern wieder in Gang
100 kommen, damit eine positive Spirale von Investitionen, sinkender Arbeitslosigkeit,
101 steigenden Einkommen und Tragfähigkeit der Schuldenlast einsetzen kann.

102 **B.1.3 Mit dem Green New Deal aus der Krise**

103 Mit dem Green New Deal setzen wir an den Wurzeln der Krise an. Der Green New Deal
104 schafft durch Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue
105 Infrastrukturen dringend benötigte Jobs und Zukunftsperspektiven. So überwinden wir
106 die Rezession in den Krisenländern und legen das Fundament für ein nachhaltigeres
107 Wirtschaftsmodell, das ohne Umweltzerstörung auskommt.

108 Investitionen bringen nicht nur die Wirtschaft auf nachhaltigen Kurs, sondern schaffen
109 auch Perspektiven für wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenländern – denn mit
110 Sparen alleine kommen wir nicht aus der Krise. Zukunftsinvestitionen in nachhaltige
111 Mobilität und Bildung sowie in Energie- und Rohstoffeffizienz in den verschiedensten
112 Branchen zahlen sich für die Gesellschaft aus und schaffen neue Jobs. Finanzieren
113 wollen wir das u.a. aus einer europäischen Verwendung der Einnahmen aus der
114 Finanztransaktionssteuer. So tragen diejenigen, die die Finanzkrise mit verantwortet
115 haben, zu einem nachhaltigen Weg aus der Krise bei.

116 Die günstigen Bedingungen für Solar- und Windenergie in Südeuropa kann man gut zur
117 wirtschaftlichen Wiederbelebung der Krisenregionen nutzen. So gibt es insbesondere in
118 Südeuropa günstige Voraussetzungen, um bei einem gleichzeitigen Aufbau sinnvoller
119 Speichertechniken eine Vollversorgung mit Solar- und Windstrom zu erreichen. Wir
120 wollen die Entwicklung der für Erneuerbare Energien notwendigen Industrie und
121 Dienstleistungsstruktur in den betroffenen Regionen unterstützen.

122 Der Green New Deal bindet die Finanzmärkte in die Wirtschaft ein und sorgt für ein
123 Europa ohne Steuerdumping und Steuerhinterziehung. Er ermöglicht einen neuen
124 sozialen Ausgleich – denn in der Krise ist das soziale Gefüge vieler Länder aus der
125 Balance geraten, weil die Kosten und Lasten der Krise einseitig auf die sozial
126 Schwächsten der Gesellschaft abgewälzt wurden.

127 **B.1.4 Reformen mit sozialer Balance**

128 Es ist richtig, von den Ländern, die Kredithilfen bekommen, im Gegenzug Reformen
129 einzufordern. Wo es zu lasche Regulierungen des eigenen Bankensektors, schlechte

130 und sozial unausgewogene Steuersysteme und – insbesondere in Griechenland – auch
131 Klientelwirtschaft gibt, hat das die Krise mit verschärft. Eine nachhaltige Gesundung der
132 Krisenstaaten setzt deshalb gerade auch funktionierende staatliche Institutionen voraus.
133 Wir halten deshalb insbesondere Reformvorschläge wie die Senkung von
134 Militärausgaben, Korruptionsbekämpfung, Abbau von ineffizienter Verwaltung und
135 schlechtem Justizwesen oder ein effizienteres Steuersystem für sinnvoll.

136 Zentral ist aber für uns eine soziale Ausgestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen und
137 Rettungsbedingungen. Wir haben uns von Anfang an dagegen engagiert, dass die
138 Anpassungslasten vor allem auf die sozial Schwächsten abgewälzt werden und dass
139 Reformpolitik gleichgesetzt wird mit dem Abbau von sozialen Rechten und Leistungen.
140 Wir haben immer deutlich gemacht, dass notwendige Strukturreformen nicht dadurch
141 noch erschwert werden dürfen, dass die Länder durch einen zu harten Sparkurs weiter
142 in die Krise getrieben werden. Hohe Vermögen und Einkommen, die es auch in den
143 Krisenstaaten gibt, müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Dazu
144 wollen wir mit unserem Vorschlag eines europäischen Steuerpakts und den
145 Maßnahmen gegen Steuerflucht die Möglichkeiten schaffen. Wir fordern eine
146 umfassende Auswertung, wie sich die bisherigen Krisenmaßnahmen auf die
147 Sozialsysteme ausgewirkt haben, und wollen Konsolidierungsmaßnahmen in Zukunft
148 soziale Folgeabschätzungen voranstellen. Einseitig auf die Bekämpfung von
149 Ungleichheiten in der Wettbewerbsfähigkeit zu setzen, greift zu kurz.

150 B.2. ÜBERSCHULDUNG NACHHALTIG ABBAUEN

151 **B.2.1 Für einen Altschuldentilgungspakt**

152 Die Euro-Krise wird nur dann zu bewältigen sein, wenn es eine nachhaltige Lösung für
153 das Überschuldungsproblem der Krisenländer und ihre horrenden Zinslasten gibt. Der
154 Sachverständigenrat der Bundesregierung hat mit dem Schuldentilgungspakt den
155 bislang überzeugendsten Vorschlag zur Überwindung der öffentlichen Überschuldung in
156 Europa gemacht.

157 In einem Fonds werden die Altschulden, die 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts
158 überschreiten, zusammengeführt, während die Aufnahme neuer Schulden begrenzt
159 wird. Für die Tilgung ihrer Schulden bleiben die Länder selbst verantwortlich. Die
160 Altschulden müssen innerhalb von 25 Jahren abgetragen werden. Dazu verpflichten
161 sich die Schuldner auf Rückzahlungen und müssen dafür Einnahmen benennen, die bei
162 Nichtbedienung gepfändet würden. Um die Zinslast zu senken, haften für die Schulden
163 alle Länder gemeinsam – es gibt also eine zeitlich strikt begrenzte gemeinsame
164 Garantie für diesen Teil der Schulden.

165 Mit dem Altschuldentilgungsfonds bekennen wir uns zur Stabilität des Euro – und genau
166 dessen bedarf es zur Überwindung der Krise. Sobald ein realistischer Abbaupfad der
167 Schulden feststeht, kann die Wirtschaft wieder in Gang kommen, und neue
168 Arbeitsplätze können entstehen. Doch auch die aktuelle Politik der Bundesregierung
169 führt zu einer gemeinsamen Haftung für europäische Schulden. Denn durch ihre
170 Verweigerungshaltung erzwang die Bundesregierung die unbegrenzte Aufkaufgarantie
171 für Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank. Dies ist nur eine andere Form
172 der Vergemeinschaftung von Staatsschulden – aber eine weitgehend intransparente.
173 Zudem hat dieser Weg eine geringere ökonomische Wirkung und findet ohne
174 demokratische Kontrolle der Parlamente statt. Ein konkreter Abbaupfad zur Tilgung der
175 Schulden ist ebenfalls nicht erkennbar.

176 Eine jüngst veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank über Privatvermögen

177 hat gezeigt, dass in allen Krisenländern trotz der schwierigen Lage enorm große
178 Privatvermögen vorhanden sind. Wir wollen die Tilgung der Altschulden gerecht
179 finanzieren. Dazu sollen auch hohe Vermögen herangezogen werden, so wie wir es in
180 Deutschland mit unserem Konzept für eine Vermögensabgabe vorgeschlagen haben.

181 Unser langfristiges Ziel bleibt neben einer politischen Union eine stabile Fiskalunion.
182 Dazu können gemeinsame Anleihen für unsere gemeinsame Währung sinnvoll sein,
183 damit die Finanzmärkte nicht mehr einzelne Länder gegeneinander ausspielen. Diese
184 europäischen Anleihen, die an strenge Auflagen und eine klar definierte
185 gemeinschaftliche Haftungszusage aller Mitgliedstaaten gebunden sein müssen,
186 können dazu beitragen, die Eurozone auf ein dauerhaft solides Fundament zu stellen.

187 **B.2.2 Für mehr Steuergerechtigkeit**

188 Staaten brauchen Einnahmen, um soziale Maßnahmen und öffentliche Infrastruktur zu
189 finanzieren sowie Schulden abzubauen. Durch Steuerschlupflöcher, unlauteren
190 Wettbewerb und Kriminalität gehen in der EU jährlich 1.000 Milliarden Euro an
191 Steuereinnahmen, also 2.000 Euro je EU-BürgerIn verloren. So genannte Steueroasen
192 innerhalb und außerhalb der EU erlauben großen Unternehmen und den Reichsten der
193 Gesellschaft, keine oder nur sehr geringe Steuern zu zahlen – und das ist in den
194 meisten Fällen sogar legal. Daher vertreten wir GRÜNE ein umfassendes Programm
195 zum Kampf gegen Steuerdumping.

196 Wir brauchen dafür eine europäische Definition und Liste von Steuerdumpingländern
197 und länderbezogene Berichterstattungspflichten für alle international tätigen
198 Unternehmen. In der geltenden EU-Unternehmenssteuergesetzgebung müssen die
199 schlimmsten Schlupflöcher gestopft werden. Eine gemeinsame Bemessungsgrundlage
200 für die Körperschaftssteuer sowie ein Mindeststeuersatz müssen folgen, um zu
201 verhindern, dass sich EU-Länder bei der Unternehmensbesteuerung immer weiter
202 unterbieten. Briefkastenfirmen, ob als Firma, Trust oder Stiftung verkleidet, sollten
203 enttarnt werden. Transparenz über die eigentlichen EigentümerInnen sowie
204 realwirtschaftliche Relevanz sind dazu Kernbedingungen, die wir im EU-Recht
205 verankern wollen.

206 Um Staaten wieder in die Lage zu versetzen, ihre wohlhabenden BürgerInnen gerecht
207 zu besteuern, muss der datenschutzkonforme automatische Informationsaustausch
208 über im Ausland erzielte Vermögenserträge in der EU ausgebaut werden.

209 Zur Verwirklichung all dieser Ziele brauchen wir eine gemeinsame europäische
210 Steuerpolitik auf der Basis von Mehrheitsentscheidungen in den europäischen
211 Institutionen. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass einzelne Staaten Fortschritte bei
212 der Steuerharmonisierung blockieren, um ihren eigenen Status als Steuerdumpingland
213 zu schützen.

214 **B.2.3 Kampf gegen Wirtschaftskriminalität**

215 Geldwäsche, Zoll- und Mehrwertsteuerbetrug haben erhebliche Ausmaße in Europa
216 angenommen – auch hier sind Einnahmeverluste für Staaten die Folge. Während der
217 Krisendiskussion stand deren Bekämpfung weit hinten. Wir GRÜNE wollen
218 sicherstellen, dass die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wieder eine angemessen
219 hohe Priorität in Europa erhält. Nur wenn Europa grenzüberschreitend
220 zusammenarbeitet, können diese Probleme gelöst werden.

221 **B.3. FINANZMÄRKTE AN DIE LEINE NEHMEN**

222 **B.3.1 Für eine Europäische Bankenunion**

223 Wir GRÜNE fordern eine gemeinsame europäische Finanzpolitik, die Schluss macht mit
224 einer Politik der Alibiregulierung. Wir wollen, dass grenzüberschreitende
225 Finanzdienstleister klaren Regeln unterstellt werden und sie sich wieder in den Dienst
226 der Menschen und der Realwirtschaft stellen. Wir streiten für einen Finanzmarkt in der
227 EU, der sich an den Interessen der AnlegerInnen und Unternehmen orientiert, der
228 sicher, stabil und produktiv ist und seinen Teil zum Gemeinwesen beiträgt. Von einer
229 europäischen Finanzarchitektur, die dem Menschen dient, sind wir derzeit weit entfernt

230 Wir streiten für eine europäische Bankenunion als notwendige Ergänzung zu einer
231 gemeinsamen Währung, um endlich den Teufelskreis von Banken- und Schuldenkrise
232 zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass „kranke“ Banken identifiziert und
233 abgewickelt werden. Die von der EU-Kommission vorgesehene Bankenunion sieht
234 neben der gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht auch einen europäischen
235 Abwicklungsmechanismus für Pleitebanken vor und einen Abwicklungsfonds, den die
236 Banken – und nicht die SteuerzahlerInnen – finanzieren. Das ist richtig, denn die
237 Banken müssen ihre Verluste selber tragen. Dazu gehört auch, dass Aktionäre,
238 Gläubiger und Einlagen über 100.000 Euro (in dieser Reihenfolge) als erstes
239 herangezogen werden.

240 Wir begrüßen die neue Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank
241 angesiedelt ist. Das ist ein erster guter Schritt. Die Schaffung einer – unabhängigen –
242 europäischen Abwicklungsbehörde und eines bankenfinanzierten Abwicklungsfonds für
243 „kranke“ Banken ist zentral als zweiter Schritt. Nur so ist garantiert, dass Banken im Fall
244 der Fälle abgewickelt werden. Als dritten Schritt brauchen wir koordinierte
245 Einlagensicherungssysteme, die Einlagen von SparerInnen bis 100.000 Euro absichern.

246 **B.3.2 Banken als Dienstleister für Menschen und Wirtschaft**

247 Sogenannte systemrelevante Institute wie die Deutsche Bank erhalten kostenlos
248 indirekte Rettungsgarantien in Milliardenhöhe von den SteuerzahlerInnen. Besonders
249 konservative und liberale PolitikerInnen stellen sich immer wieder hinter diese
250 hochsubventionierten Finanzmarktakteure. Das ist falsch: Banken dürfen nicht so groß
251 werden, dass ihre Insolvenz ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißt; sie müssen
252 geordnet abgewickelt werden können. Wie in der Realwirtschaft muss es auch auf den
253 Finanzmärkten einen fairen Wettbewerb geben.

254 Wir fordern außerdem ein Trennbankensystem, das eine strikte Trennung von
255 Geschäfts- und Investmentbanken sicherstellt. Gerät eine Bank in finanzielle Probleme,
256 muss das Investmentgeschäft in die Insolvenz gehen können, ohne das Einlagen- und
257 Kreditgeschäft mit in den Abgrund zu ziehen. Denn mit dem Geld der SparerInnen zockt
258 man nicht! Das würde den Finanzsektor zugleich übersichtlicher machen und eine
259 angemessene Regulierung und Verbraucherschutz ermöglichen.

260 Wir wollen eine Schuldenbremse für Banken. Europas Banken haben viel zu wenig
261 Eigenkapital und können sich immer noch übermäßig verschulden. Um das zu
262 beenden, fordern wir GRÜNE als einzige Fraktion im Europäischen Parlament mit
263 Nachdruck eine einfache aber harte Eigenkapitalregel, die nur nach Geschäftsmodellen
264 gestaffelt ist aber den Banken selbst keinen Spielraum für Missbrauch und damit mehr
265 Verschuldung mehr lässt. So würde dem riskanten Verschuldungsspiel der Banken
266 Einhalt geboten.

267 Außerdem brauchen wir harte Regeln für Schattenbanken. Diese Finanzinstitute bauen
268 in einem bislang völlig unregulierten Parallelsystem die nächsten Milliardenrisiken auf.
269 Hier müssen die gleichen Regeln wie für Banken Anwendung finden.

270 **B.3.3 Für eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte**

271 Echter Verbraucherschutz im Finanzmarkt ist unser Ziel. AnlegerInnen zahlen viel zu
272 hohe Prämien an die Finanzbranche. Daher brauchen wir ein Verbot bestimmter
273 Finanzmarktprodukte, strengere Regeln bei der Vergabe von Hypothekenkrediten und
274 ein Ende der provisionsgetriebenen Beratung. Außerdem streiten wir GRÜNE dafür,
275 dass jede Europäerin und jeder Europäer das Recht und die Möglichkeit hat, ein
276 Girokonto zu führen.

277 Ratingagenturen müssen transparenter handeln und sich auf einen neuen,
278 ganzheitlichen Risikobegriff verpflichten, der auch Gefahren wie Nuklearrisiken oder
279 Ölunfälle einschließt. Gleichzeitig müssen Finanzmärkte endlich unabhängiger von
280 ihren Bewertungen werden. Anbieter von Produkten auf dem Finanzmarkt sollten für
281 ihre Ratings nicht mehr selbst zahlen – denn derzeit bezahlen Schüler (Unternehmen)
282 ihre Lehrer (Ratingagenturen) für ihre Noten, was bedeutet, dass Interessenkonflikte im
283 System angelegt sind. Die Gründung einer unabhängigen (europäischen) Rating-
284 Stiftung ist ein erster richtiger Schritt, um den Wettbewerb zu erhöhen.

285 Der Finanzmarkt muss seinen Beitrag zu den Kosten der Krise leisten. Deshalb
286 kämpfen wir für eine EU-weite Finanztransaktionsteuer, die alle Arten von
287 Finanztransaktionen umfasst. Sie würde Spekulation eindämmen, stabilisierend auf die
288 Finanzmärkte wirken und hohe Einnahmen schaffen. Diese Einnahmen sollten neben
289 der Krisenbewältigung auch für die Finanzierung von globalen öffentlichen Gütern, vor
290 allem Armutsbekämpfung und den Kampf gegen den Klimawandel, verwendet werden.
291 Die von Finanzminister Wolfgang Schäuble und Bundeskanzlerin Angela Merkel
292 geforderte Mini-Steuer entfaltet kaum Wirkung.

293 **B.4. FÜR EINE WIRTSCHAFTS- UND FINANZUNION**

294 **B.4.1 Die Gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik weiter entwickeln und** 295 **demokratisieren**

296 Eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Haushaltspolitik
297 funktioniert nicht. Eine gemeinsame Währung auf der einen Seite ist nicht mit
298 wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei auf der anderen Seite zu
299 vereinbaren.

300 Wir wollen, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einer echten
301 Gemeinschaftsinstitution innerhalb der EU-Verträge wird. Erst dann werden wichtige
302 Entscheidungen vom Europäischen Parlament getroffen werden können. Wir GRÜNE
303 warten aber nicht, sondern setzen uns vehement ein für die Ausweitung der Kontrolle
304 durch das Europäische Parlament innerhalb der begrenzten rechtlichen Möglichkeiten.
305 Den ESM einzurichten war und bleibt richtig. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur
306 Stabilisierung der Euro-Zone.

307 Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem
308 Währungsfonds muss gegenüber dem Europäischen Parlament Rechenschaft ablegen.

309 Ein Parallel-Eurozonenparlament, das unweigerlich die Schwächung parlamentarischer
310 Kontrolle in Europa nach sich ziehen würde, lehnen wir entschieden ab. Ebenso
311 sprechen wir uns gegen einen Eurozonen-Haushalt aus. Alle zusätzlichen
312 Finanzierungsmaßnahmen für Krisenstaaten müssen in den EU-Haushalt eingestellt
313 werden. Nur so ist die notwendige parlamentarische Kontrolle garantiert. Wir wehren
314 uns gegen weitere unnötige Parallelstrukturen wie die von Angela Merkel
315 vorgeschlagenen Vertragspartnerschaften. Das Europäische Parlament wird dabei

316 außen vor gelassen. Mehr Europa, mehr wirtschaftspolitische Koordinierung, mehr
317 Verbindlichkeit für Reform kann es aus unserer Sicht nur innerhalb gemeinschaftlicher
318 europäischer Verfahren und Institutionen geben. Die nationalen Haushaltsprozesse
319 müssen besser abgestimmt werden. Verbindliche Regeln für ökologische Nachhaltigkeit
320 und soziale Kohäsion müssen Teil dieses Prozesses werden. Dazu gehören
321 verbindliche Beschäftigungsziele und die (Weiter-)Entwicklung entsprechender
322 Indikatoren.

323 **B.4.2 Wirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen**

324 Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den EU-Mitgliedstaaten und
325 insbesondere den Eurostaaten wollen wir abbauen, da sie sonst immer wieder in die
326 Krise führen. Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sind für Defizit- wie
327 Überschussländer nicht nachhaltig. Beide Seiten profitieren von einer ausgeglichen
328 Bilanz. Die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU haben ihre Ursache sowohl in
329 den Defizit- als auch in den Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische
330 Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der
331 Mitgliedstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den
332 Überschussländern gestärkt werden.

333 Wir wollen das Verfahren des makroökonomischen Dialogs in der EU weiterentwickeln.
334 In diesem Rahmen wollen wir ein Ausgleichsinstrument prüfen, um konjunkturelle
335 Ungleichgewichte abzubauen. Ein solches Instrument wäre notwendig, um den
336 wirtschaftlichen Abschwung in einem Mitgliedstaat abzufedern und zu verhindern, dass
337 eine lokale Krise die gesamte Eurozone mitzieht.

338 **B.4.3 Für einen zukunftsfähigen und starken EU-Haushalt**

339 Mit ihren Fördertöpfen und Programmen stellt die EU die Weichen für die Zukunft und
340 ermöglicht Investitionen, die die EU als Ganzes voranbringen. Mit europäischem Geld
341 werden auch in Deutschland viele große und kleine Maßnahmen und Projekte vor Ort
342 gefördert. Wir GRÜNE stehen für einen gestärkten EU-Haushalt, der den wachsenden
343 Aufgaben der Union Rechnung trägt.

344 Wir wollen in die Zukunft investieren und mit europäischen Geldern für ein nachhaltiges
345 und gerechtes Europa sorgen. Wir wollen Schluss machen mit der falschen
346 Prioritätensetzung, die konservative und liberale Mehrheiten seit Jahren betreiben.
347 Weder der Tabakanbau, noch landwirtschaftliche Großbetriebe oder der
348 Kernfusionsreaktor ITER haben Subventionen nötig oder verdient.

349 Wir GRÜNE sind für einen größeren Eigenmittelanteil des EU-Haushaltes, so wie es die
350 Europäischen Verträge vorschreiben und wie es das Europäische Parlament seit Jahren
351 fordert. Als neue Eigenmittel könnten sowohl die Finanztransaktionssteuer als auch eine
352 reformierte Mehrwertsteuer dienen. Auch eine Abgabe auf Kerosin oder Einnahmen aus
353 dem CO₂-Emissionshandel als Eigenmittelquelle halten wir für denkbar. Dies würde
354 nicht nur den EU-Haushalt stärken, sondern auch wichtige Lenkungseffekte erzielen.

355 Derzeit können bereitgestellte Mittel oft nicht genutzt werden, da die Vorgaben für ihre
356 Verwendung und Abrufung zu starr sind. Ein grüner EU-Haushalt lässt mehr
357 haushaltspolitische Flexibilität zu. Nicht ausgegebene Mittel sollen sowohl in folgende
358 Haushaltsjahre als auch in andere Haushaltsrubriken überführt werden können.
359 Gleichzeitig sollen erfolgreiche Investitionsprogramme weitergeführt werden. Als
360 konkreten ersten Schritt fordern wir eine Überprüfung des siebenjährigen Mehrjährigen
361 Finanzrahmens, sobald sich nach den Europawahlen das neue Europäische Parlament
362 konstituiert hat.

363 In den letzten Jahren drohten der EU mehrmals dramatische Zahlungsausfälle.
364 Ausgelöst wurden sie durch die Weigerung nationaler Regierungen, ihre zugesagten
365 Beiträge an die EU zu überweisen. Dieses Verhalten ist unverantwortlich. Es kann nicht
366 sein, dass die EU am Ende vor unbeglichenen Rechnungen steht und laufenden
367 Programmen mitten in der Förderperiode das Geld ausgeht.

368 **B.4.4 Europäische Kohäsionspolitik grün erneuern**

369 Die Fördermittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds machen rund ein Drittel des
370 Haushalts der EU aus. Sie sind der manifeste Ausdruck europäischer Solidarität
371 innerhalb der EU. Das Hauptziel der Kohäsionspolitik ist die Stärkung des
372 wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa. Mit ihrer Hilfe
373 sollen regionale Unterschiede abgebaut und das erhebliche Wohlstandsgefälle
374 innerhalb der EU gemindert werden.

375 In der Vergangenheit lieferte so manche Investitionsruine aus Beton oder Asphalt
376 Anschauungsmaterial für den verfehlten Einsatz der EU-Strukturfonds. Europa braucht
377 keine überdimensionierten Infrastrukturprojekte, die Natur und Landschaft zerstören
378 und Immobilienblasen anheizen. Auch wird es in der neuen Förderperiode darauf
379 ankommen, über gemeinschaftliche Politiken einen größeren europäischen Mehrwert zu
380 erzielen. Wir GRÜNE haben deshalb die Reform unterstützt, welche die
381 Kohäsionspolitik auf die großen Zukunftsthemen der Strategie Europa 2020
382 ausgerichtet hat: Die Förderung von Beschäftigung und Innovation, Klimaschutz,
383 ressourceneffizientes Wirtschaften, Armutsbekämpfung und soziale Inklusion. Im
384 Zusammenspiel mit zukunftsweisenden gemeinschaftlichen Politiken kann so ein hoher
385 europäischer Mehrwert erzielt werden.

386 Es kommt jetzt darauf, dass die Mitgliedstaaten und in Deutschland vor allem die
387 Bundesländer die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik nutzen und in ihren
388 Programmen einen Ansatz nachhaltiger und klimaschutzfördernder Investitionspolitik
389 wählen.

390 Als Instrument zur Bewältigung der Krise spielen die neuen Ziele der Kohäsionspolitik
391 eine wichtige Rolle, da so durch direkte Investition in krisengeschüttelten Regionen
392 nachhaltige Entwicklung unterstützt werden kann.

393 B.5. EIN EUROPA FÜR ALLE – SOZIAL UND GERECHT

394 **B.5.1 Soziale Grundrechte in Europa stärken**

395 Wir GRÜNE wollen Europa voranbringen – wir wollen ein soziales und gerechtes
396 Europa. Wir wollen Europa als einen Raum der Teilhabe, der sozialen Rechte und
397 Sozialstandards für alle ausbauen.

398 Seit Beginn des europäischen Projekts hinkt die soziale Integration dem Binnenmarkt
399 hinterher. Die Grenzen wurden für Waren, Kapital, Dienstleistungen und
400 ArbeitnehmerInnen geöffnet. Doch die Sozialpolitik und die sozialen Sicherungssysteme
401 blieben unter Obhut der Nationalstaaten, weil diese sich sträubten, Kompetenzen an die
402 europäische Ebene abzugeben und sich über gemeinsame Ziele der Sozialpolitik
403 europäisch zu verständigen. Seit Gründung gibt es deshalb in der EU eine Schieflage
404 zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten.

405 Für uns gilt: Arbeits- und Sozialstandards müssen in der EU gestärkt werden. Wir
406 fordern eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Recht. Unternehmen dürfen dann die
407 Grundfreiheiten des Binnenmarkts nicht mehr so auslegen, dass sie soziale Rechte
408 unterwandern. Es wäre dann nicht mehr möglich, dass der Europäische Gerichtshof wie

409 in der Vergangenheit im Namen der Freizügigkeit das nationale Streikrecht einschränkt.
410 Besonders schützenswerte Bereiche, wie die öffentliche Daseinsvorsorge und
411 Wohnraumversorgung, sollen Priorität gegenüber dem europäischen Wettbewerbsrecht
412 haben – daran wollen wir weiter arbeiten.

413 Wenn in Zukunft die europäische Ebene stärker bei der Haushalts- und
414 Wirtschaftspolitik mitspricht und wir bei steuerpolitischen Fragen enger zusammen
415 arbeiten wollen, dann müssen auch grundlegende soziale Fragen europäisch diskutiert
416 werden – ohne alles zu vereinheitlichen. Auf welche gemeinsamen Ziele einigen wir uns
417 für die soziale Absicherung in Europa? Wie soll die Zukunft der Sozialsysteme in einem
418 zusammenwachsenden Europa aussehen? Solidarität und Zusammenhalt müssen in
419 einer sich vertiefenden Europäischen Union neu gedacht werden; es geht nicht mehr
420 nur um Solidarität mit den Schwächsten der „eigenen“ Gesellschaft, sondern um
421 gegenseitige Verantwortung für die Schwächsten überall in Europa. Wir müssen
422 füreinander eintreten über nationale Grenzen hinaus. Diese Fragen sollen bei dem
423 Europäischen Konvent öffentlich diskutiert werden.

424 **B.5.2 Grenzüberschreitend sozial**

425 Als Folge der harten Sparmaßnahmen haben in vielen Ländern die Sozialausgaben und
426 die Qualität der sozialen Sicherungssysteme abgenommen; die Zahl der Bedürftigen ist
427 hingegen gestiegen. Die von der Troika vorangebrachte Kürzungspolitik wird oftmals für
428 die Schleifung des Streikrechts und der Tarifverträge missbraucht. Dies schädigt das
429 Vertrauen in die EU und die Demokratie.

430 Die Bereiche Armutsbekämpfung, Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung sowie
431 soziale Inklusion in der EU-2020-Strategie stärken wir durch sanktionsbewährte Ziele.

432 Bei der Erarbeitung der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters
433 sollten die Sozialpartner angehört werden; soziale und Beschäftigungsindikatoren
434 müssen in der wirtschaftlichen Steuerung und damit in der Überprüfungsprozedur für
435 makroökonomische Ungleichgewichte verankert werden.

436 Die Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir wieder abbauen und Reiche stärker an der
437 Finanzierung von öffentlichen Leistungen und den Altlasten der Krise beteiligen. Unser
438 europäischer Steuerpakt liefert gute Vorschläge für eine faire Erhöhung der staatlichen
439 Einnahmen zur Finanzierung der sozialen Grundaufgaben.

440 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass mobile ArbeitnehmerInnen über ihre sozialen
441 Rechte umfassend informiert und bei der Durchsetzung dieser Rechte unterstützt
442 werden. Dazu fordern wir den Ausbau der EU-Beratungsstellen. Erworbene Ansprüche
443 – in den Bereichen Gesundheit, Altersversorgung, Erwerbsarbeitslosigkeit sowie
444 Familienleistungen – sollen so überall in der EU leichter zugänglich gemacht werden;
445 administrative Hürden, wenn einE ArbeitnehmerIn den nächsten Job in einem anderen
446 EU-Staat annimmt, sollen abgebaut werden.

447 Für in der EU mobile ArbeitnehmerInnen müssen zudem bessere Lösungen für die
448 Wahrung aller Rechte und die Mitnahme von Zusatzrentenansprüchen gefunden
449 werden. Wir begrüßen die Schritte zu einer vereinfachten Anerkennung von Bildungs-
450 und Berufsabschlüssen – sie ist eine zentrale Voraussetzung für die Mobilität von
451 ArbeitnehmerInnen in Europa. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

452 Ein soziales Europa heißt für uns auch, dass alle Menschen in Würde leben können.
453 Eine Grundsicherung gewährleistet die soziokulturelle Teilhabe an der Gesellschaft.
454 Unser Ziel ist es, dass alle Menschen durch ihren Mitgliedstaat Anspruch auf eine

455 soziale Grundsicherung erhalten. Die Höhe soll angelehnt sein an die wirtschaftliche
456 und soziale Situation im jeweiligen Land. Wir setzen uns deshalb für eine europäische
457 Rahmenrichtlinie für eine Grundsicherung ein, die grundlegende Prinzipien europäisch
458 festschreibt.

459 **B.5.3 Für starke Arbeitnehmerrechte EU-weit**

460 Für alle ArbeitnehmerInnen muss gelten: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige
461 Arbeit am gleichen Ort. Das gilt für ArbeitnehmerInnen, die in einem anderen
462 Mitgliedstaat als Entsendete oder LeiharbeiterInnen arbeiten, aber auch für Frauen und
463 Männer am gleichen Ort in gleicher Position. Wir GRÜNE begrüßen, dass die
464 Europäische Kommission unsere langjährige Forderung nach Mindestlöhnen nun
465 aufgreift. Das bedeutet keinen einheitlichen Mindestlohn in der ganzen EU, aber einen
466 garantierten Mindestlohn in allen EU-Staaten anhand von Kriterien, auf die sich
467 innerhalb der EU verständigt werden muss. Wir unterstützen eine stärkere EU-weite
468 Koordinierung von Tarifverhandlungen. Im Rahmen einer Reform der europäischen
469 Arbeitszeitrichtlinie wollen wir eine Reduzierung der Höchstarbeitszeit von momentan
470 48 Stunden prüfen.

471 Wir GRÜNE konnten den schwachen Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur
472 Arbeitnehmerentsendung in wichtigen Punkten verbessern: Bessere Kontrollen und
473 stärkere Sanktionen sollen helfen, die Rechte der entsandten Beschäftigten tatsächlich
474 umzusetzen. Wir fordern außerdem eine bessere Koordinierung von Entsende- und
475 Empfängerland und eine EU-weite Subunternehmerhaftung, wie sie in Deutschland seit
476 Jahren erfolgreich praktiziert wird.

477 Vom Sozialabbau in Europa sind besonders Frauen strukturell betroffen. Auch wenn die
478 Erwerbstätigenquote von Frauen in Europa in den letzten Jahren gestiegen ist, arbeiten
479 sie immer noch zu einem sehr viel höheren Prozentsatz in prekären und
480 Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie in unterbezahlten Berufen. Es sind nach wie vor
481 überwiegend Frauen, die Fürsorge- und Pflegearbeit übernehmen. Rigide
482 Sparmaßnahmen, die den Abbau staatlicher Infrastruktur bewirken, treffen Frauen
483 daher wesentlich stärker. Gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen, wie dem
484 Pflegesektor, darf die Dienstleistungsfreiheit deshalb nicht dazu missbraucht werden,
485 soziale Rechte oder arbeitsrechtliche Standards zu unterlaufen.

486 **B.5.4 Antidiskriminierung voranbringen**

487 Die europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien waren ein großer Erfolg. Durch Druck
488 aus Brüssel ist die Gleichstellung der Geschlechter inzwischen in allen Mitgliedstaaten
489 festgeschrieben. Diskriminierung aufgrund von Religion, sexueller Identität, ethnischer
490 Herkunft, Geschlecht, Alter und Behinderung wird ein Riegel vorgeschoben.
491 Entscheidend ist nun die fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie, denn sie würde eine Lücke
492 im europäischen Diskriminierungsrecht schließen. International anerkannte
493 Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-
494 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer
495 Ebene rechtlich umgesetzt. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch die
496 deutsche Bundesregierung blockiert. Wir GRÜNE kämpfen weiter gegen die Blockade
497 und für den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des
498 Arbeitsmarktes.

499 **B.6. JUGENDLICHEN PERSPEKTIVEN BIETEN**

500 **B.6.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**

501 Junge Menschen sind besonders stark von der Krise in Europa betroffen. Die
502 Arbeitslosenrate unter Jugendlichen ist in den letzten Jahren in die Höhe geschossen.
503 Unter Mangel an bezahlbarem Wohnraum und fehlenden Teilhabemöglichkeiten leiden
504 sie besonders. Durch falsche Finanzpolitik, Sparmaßnahmen und Krisenpolitik droht die
505 EU eine Generation zu verlieren, die in einem vereinten Europa aufgewachsen und
506 mehrheitlich von der europäischen Idee überzeugt ist.

507 Lange Zeiten der Arbeitslosigkeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen und die damit
508 einhergehende Armut berauben Jugendliche ihrer Autonomie, ihrer
509 Entwicklungspotenziale und ihrer Teilhabemöglichkeiten. Jugendarbeitslosigkeit ist
510 oftmals ein strukturelles Problem, das in vielen EU-Staaten bereits länger auf eine
511 Lösung wartet.

512 Unsere grünen Konzepte zur Überwindung der Krise haben die Situation der
513 Jugendlichen besonders im Blick. Unsere Vorschläge für eine Finanzmarktregulierung
514 und Steuerpolitik, für die sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft sowie für
515 einen Sozialpakt können strukturelle Probleme abbauen und neue Arbeitsplätze
516 insbesondere für junge Menschen schaffen.

517 Auf dem Weg dahin brauchen wir Sofortmaßnahmen. Die von uns GRÜNEN auf den
518 Weg gebrachte Jugendgarantie muss finanziell aufgestockt werden. Mit der
519 Jugendgarantie haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, Jugendlichen spätestens
520 nach vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz
521 anzubieten. Dafür stehen derzeit pro jugendlichem Arbeitslosen nur 137 Euro zur
522 Verfügung. Dies genügt bei weitem nicht. Die wenigen Milliarden, die die siebenjährige
523 Förderperiode bislang vorsieht, sind ein Tropfen auf den heißen Stein und im Vergleich
524 zu den Milliardensummen zur Subventionierung großer industrieller Agrarbetriebe
525 unverhältnismäßig. Ein deutlich besser ausgestatteter Sozialfonds soll Mitgliedstaaten
526 mit hoher Jugendarbeitslosigkeit mehr Mittel für deren Bekämpfung zur Verfügung
527 stellen. Die Altersgrenze der Jugendgarantie wollen wir auf 30 Jahre anheben, um der
528 höheren Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe Rechnung zu tragen. Hochwertige
529 Arbeitsplätze und Qualifizierungsangebote sollen Vorrang vor Praktika haben. Falls ein
530 Praktikum trotzdem sinnvoll sein sollte, muss es den Anforderungen der vom
531 Europäischen Jugendforum entwickelten Qualitätscharta entsprechen.

532 Immer mehr junge Menschen aus den Krisenstaaten verlassen zur Arbeitssuche ihre
533 Heimatländer. Sie brauchen eine ausreichende Unterstützung bei der Eingliederung in
534 ihre neuen Arbeitsmärkte.

535 **B.6.2 Austausch, Bildung, Partizipation**

536 Der europaweite Austausch ist ein erfolgreiches Instrument gegen Intoleranz, nationale
537 Stereotypen und Rassismus. Wir fordern eine angemessene finanzielle Ausstattung für
538 Jugend-Austauschprogramme durch einen Jugend-Fonds als Teil des EU-Haushalts,
539 der existierende Jugendprogramme umfasst und ausweitet. Der Fonds soll
540 „Jugendunternehmertum“, Austauschinstrumente, Training zu sozialen und
541 demokratischen Rechten sowie europäische Freiwilligen- und zivilgesellschaftliche
542 Aktivitäten finanzieren. Ein Europäisches Freiwilliges Jahr für alle kann den
543 europäischen Zusammenhalt, Demokratie und Selbstbestimmung von jungen
544 Menschen fördern. Angehörige bildungsferner und sozial schwacher Schichten müssen
545 als Zielgruppe stärker in den Fokus rücken – europäische Erfahrung sollte für alle
546 erlebbar sein. Europäische Austauschprogramme sollten auch auf andere
547 Altersgruppen ausgeweitet werden.

548 Investitionen in Bildung und Wissensaustausch dürfen weder dem Sparzwang in den
549 Mitgliedstaaten noch einer falschen Prioritätensetzung beim EU-Haushalt zum Opfer
550 fallen. Das Austauschprogramm Erasmus – um nur ein Beispiel zu nennen – ist eine
551 Erfolgsgeschichte. Es stärkt nicht nur die europäische Zusammengehörigkeit, sondern
552 hilft jungen Menschen, den gestiegenen Anforderungen an sie als junge
553 ArbeitnehmerInnen gerecht zu werden, beispielsweise bei Sprachkenntnissen. Daher
554 wollen wir Austauschprogramme stärken und ausbauen, auch für nicht-akademische
555 Bildungszweige und für Auszubildende.

556 Junge Menschen gehören auf allen Entscheidungsebenen stärker beteiligt, vom
557 sozialen Dialog bis hin zur strukturierten Einbindung von Jugendorganisationen im
558 europäischen Politikprozess. Wir fordern einen Jugendkonvent, bei dem junge
559 Menschen Vorschläge über die Zukunft Europas erarbeiten, die in den Europäischen
560 Konvent einfließen, sowie eine angemessene Teilnahme von jungen Menschen am
561 Konvent selbst.

EWP-C-01 Europawahlprogramm Mehr Europa braucht mehr Demokratie

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 05.11.2013

1 **C. MEHR EUROPA BRAUCHT MEHR DEMOKRATIE**

2 Lebendige Demokratie wächst von unten. Wir wollen Kommunen und Regionen
3 stärken, damit sie ihre Interessen selbstbewusst in der EU vertreten, gerade auch bei
4 öffentlichen Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge. Wir wollen die Freiheit und
5 Selbstbestimmung der Menschen in der EU schützen vor Ausspähung, Diskriminierung
6 und der Verletzung ihrer Menschen- und Minderheitenrechte. Freiheit in den
7 Lebensentwürfen, geschlechtergerechtes und gleichberechtigtes Leben, Lieben und
8 Arbeiten – das ist unser Europa. Offene Grenzen und die Reisefreiheit verteidigen wir
9 als wichtige Errungenschaft für die EU-BürgerInnen gegen die nationale
10 Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

11 Der Vertrag von Lissabon hat die Grundlagen der europäischen Demokratie spürbar
12 verbessert: Es gibt seither eine verbindliche Grundrechtecharta, gestärkte Parlamente
13 und erste Schritte zu direkter Bürgerbeteiligung. Dennoch wurde im Krisenmanagement
14 am Europäischen Parlament vorbei regiert; die Schieflage zwischen gemeinschaftlichen
15 Institutionen und nationalen Regierungen war unübersehbar. Statt im Parlament die
16 demokratische Auseinandersetzung über die Krisenpolitik, ihre weitreichenden
17 Konsequenzen und tiefen sozialen Einschnitte zu führen, muteten die Regierungen den
18 BürgerInnen undurchsichtige Entscheidungen der Staats- und RegierungschefInnen zu.
19 Das befeuert anti-europäischen Populismus und EU-kritische Bewegungen. Die Krise
20 der Europäischen Union ist daher auch eine Krise der europäischen Demokratie. Gegen
21 eine entmündigende Politik setzen wir GRÜNE den Dialog über unsere gemeinsame
22 Zukunft in Europa und fordern einen demokratisch legitimierten Europäischen Konvent.

23 Wir treten ein für eine demokratische Erneuerung der Europäischen Union, in der
24 BürgerInnen **mitentscheiden** können. Manche unserer Reformvorschläge sind nur
25 langfristig realisierbar, da sie Änderungen der Europäischen Verträge voraussetzen. Es
26 gibt aber auch substanzielle Verbesserungen, die sofort umsetzbar wären. Gegen die
27 Übermacht der Regierungen in der Europäischen Union setzen wir die Stärkung der
28 Parlamente auf allen Ebenen und ihre enge Zusammenarbeit in einer „Allianz der
29 Parlamente“. Wir wollen mehr Transparenz und Lobbykontrolle durchsetzen.

30 Für uns GRÜNE ist Datenschutz ein elementares, modernes Bürgerrecht. Deshalb
31 wollen wir ihn **erneuern**, denn in den Mitgliedstaaten hinkt er den Anforderungen des
32 21. Jahrhunderts hinterher. Nur mit einem einheitlichen starken EU-Datenschutz können
33 wir die Rechte der BürgerInnen effektiv schützen und hohe internationale Standards
34 durchsetzen. Im digitalen Zeitalter lebt die Demokratie davon, dass BürgerInnen
35 selbstbestimmt über den Umgang mit ihren Daten entscheiden, dass es Raum für
36 Privatheit gibt und gleichberechtigten Zugang zum Internet.

37 Wir wollen die Europäische Union in einen einheitlichen Schutzraum für Flüchtlinge
38 verwandeln. Wir kämpfen für gemeinsame und faire Standards bei Asylverfahren und

39 eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa. Wir wollen
40 **zusammenhalten** und nicht länger hinnehmen, dass sich die Europäische Union als
41 Wertegemeinschaft bezeichnet, aber nicht ausreichend gegen
42 Menschenrechtsverletzungen sowie den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
43 in ihren Mitgliedstaaten vorgeht.

44 GRÜN macht den Unterschied: Bei der Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative
45 haben grüne Abgeordnete für mehr Mitwirkungsrechte der BürgerInnen in der EU
46 gestritten und wichtige Fortschritte erreicht. Beim Datenschutz haben wir maßgeblich
47 und gegen den inhaltenden Widerstand der schwarz-gelben Bundesregierung darauf
48 hingearbeitet, das Grundrecht der BürgerInnen durch eine wirksame EU-
49 Datenschutzgrundverordnung zu schützen. GRÜNE haben erfolgreich für die
50 Einrichtung eines EU-Programms zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger
51 Flüchtlinge gekämpft und erreicht, dass zusätzliche Mittel für humanitäre
52 Notfallmaßnahmen, wie z.B. für syrische Flüchtlingslager, bereitgestellt wurden.

53 C.1. DIE EUROPÄISCHE UNION DEMOKRATISCH ERNEUERN

54 **C.1.1 Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte stärken**

55 Je stärker die Europäische Union den Alltag ihrer BürgerInnen prägt, desto mehr
56 müssen diese Einfluss auf Entscheidungen nehmen und die EU mitgestalten können.
57 Einen wichtigen ersten Schritt zu mehr direkter Demokratie hat der Vertrag von
58 Lissabon eingeführt: Die Europäische Bürgerinitiative. Wir GRÜNE wollen sie zu einem
59 wirksamen Instrument ausbauen, das europäische Fragen auch den BürgerInnen der
60 EU zur Diskussion und Abstimmung vorlegt. Wir stehen für eine lebendige europäische
61 Öffentlichkeit! Deshalb fördern wir mehr Bürgerbeteiligung und die freie Verfügbarkeit
62 und Nutzung öffentlicher Daten (Open Data). Das Wahlrecht ist der Inbegriff politischer
63 Mitbestimmung in demokratischen Staaten. Deswegen wollen wir die Ausübung des
64 Wahlrechts für EU-BürgerInnen erleichtern und auf eine neue Stufe heben: Wir treten
65 dafür ein, dass UnionsbürgerInnen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU
66 mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für
67 Kommunalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen
68 und nationalen Wahlen.

69 **C.1.2 Mehr Transparenz und Lobbykontrolle in EU-Institutionen**

70 Unser Ziel ist ein offenes und transparentes Regieren – von der lokalen bis zur
71 europäischen Ebene. Mehr Transparenz in den Beratungs- und
72 Entscheidungsverfahren macht Politik nachvollziehbar und ermutigt BürgerInnen sich
73 einzumischen. Transparenz hilft den Einfluss von LobbyistInnen zu beschränken und ist
74 das beste Mittel gegen Korruption. Auch die Europäische Union muss transparenter
75 werden, um bestehendes Misstrauen abzubauen. Sie sollte Vorreiterin sein und
76 Informationen und Daten gemäß den Prinzipien von Open Government und Open Data
77 freigeben und lizenzieren. Wir wollen die Arbeitsweise des Europäischen Rats und des
78 Ministerrats transparent gestalten, indem die Sitzungen grundsätzlich öffentlich
79 stattfinden. Der Europäische Rat soll sich wieder auf die Rolle als Impulsgeber
80 beschränken und nicht Gesetzgeber spielen. Das Europäische Parlament soll einen
81 festen Platz bei Ratssitzungen erhalten und die Sitzungen durch eigene Debatten
82 vorbereiten. Darüber hinaus wollen wir mit einem verbindlichen Transparenzregister für
83 mehr Lobbykontrolle sorgen. Der Einsatz von Ressourcen für das Lobbying in Brüssel
84 muss strikt begrenzt werden; entsprechende Veröffentlichungspflichten wollen wir
85 ausbauen. Bevor hohe AmtsinhaberInnen aus EU-Institutionen in die Privatwirtschaft

86 wechseln, fordern wir eine Karenzzeit von mindestens drei Jahren. Darüber hinaus
87 braucht die EU eine umfassende Strategie, um Korruption in der Politik vorzubeugen
88 und an der Wurzel zu bekämpfen. Zwischenstaatliche Verträge sollen ins
89 Gemeinschaftsrecht integriert werden, damit die Kontrolle durch das Europäische
90 Parlament gesichert ist.

91 **C.1.3 Mehr Rechte für das Europäische Parlament**

92 Das Europäische Parlament ist die europäische Institution mit der größten
93 demokratischen Legitimation, da es als einziges direkt gewählt wird. Es ist
94 gleichberechtigter Gesetzgeber in fast allen Politikbereichen, es muss internationalen
95 Abkommen zustimmen und hat ein begrenztes Initiativrecht. Dennoch steht es heute
96 nicht als politischer Gewinner der Vertragsreform da. Es sind vielmehr die nationalen
97 Regierungen, die im Zuge der zwischenstaatlichen Krisenpolitik ihre Machtstellung
98 ausgebaut haben. Das wollen wir ändern. Das Europäische Parlament soll der Ort der
99 maßgeblichen Debatten und europäischen Entscheidungen sein. Im Machtgefüge der
100 Institutionen wollen wir es auf Augenhöhe mit Rat und Kommission bringen: Durch ein
101 eigenes Initiativrecht für Gesetze, durch die volle Beteiligung an der Gesetzgebung in
102 allen Politikbereichen und durch das Recht, selbst über Sitzungsort und -kalender zu
103 entscheiden. Diese Reformen benötigen Vertragsänderungen. Es gibt aber auch
104 substanzielle Verbesserungen, die sofort in Angriff genommen werden können: Das
105 Recht einer Minderheit, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, die Möglichkeit
106 namentlicher Abstimmungen in den Ausschüssen und die individuelle Wahl und Abwahl
107 des/der KommissionspräsidentIn durch das Parlament.

108 Wir wollen daran festhalten, die Kommission zu verkleinern, wie im Lissabon-Vertrag
109 vorgesehen. Die Forderung, dass jeder Mitgliedstaat eine/n KommissarIn benennt,
110 widerspricht dem Charakter der Kommission als Gemeinschaftsinstitution.

111 **C.1.4 Mehr Demokratie durch eine Allianz der Parlamente**

112 Mehr Demokratie in der EU gibt es nur, wenn sie überall gestärkt wird – auch in den
113 Mitgliedstaaten. Starke Parlamente auf allen Ebenen, die gut miteinander
114 zusammenarbeiten, sind der richtige Weg dorthin. Durch eine Klage vor dem
115 Bundesverfassungsgericht haben wir GRÜNE wichtige Mitwirkungsrechte des
116 Deutschen Bundestages in der Europapolitik erstritten. Wir setzen uns dafür ein, dass
117 sich die Abgeordneten der unterschiedlichen Parlamente – Europäisches Parlament,
118 Bundestag und Landtage – besser vernetzen und sich regelmäßig austauschen, zum
119 Beispiel durch eine engere Vernetzung der Ausschüsse oder ein Rederecht für
120 Europaabgeordnete in Landtagen. Wir fordern eine stärkere Mitsprache des
121 Bundestags bei den Beratungen zur wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen
122 des „Europäischen Semesters“ sowie des Bundesrats.

123 **C.1.5 Für einen Europäischen Konvent**

124 Die Krise hat fundamentale Schwächen der europäischen Architektur offengelegt.
125 Entscheidungen werden wieder von Staats- und RegierungschefInnen hinter
126 verschlossenen Türen getroffen. Das schwächt das Europäische Parlament und die
127 Europäische Kommission und stärkt das „Europa der nationalen Regierungen“ und hat
128 damit das Thema Vertragsreform erneut auf die Agenda gebracht.

129 Gegen diese entmündigende Politik setzen wir GRÜNE den Dialog über unsere
130 gemeinsame Zukunft in Europa und fordern einen demokratisch legitimierten
131 Europäischen Konvent. Dieser soll vom Europäischen Parlament geleitet werden,
132 Zivilgesellschaft und Sozialpartner einbeziehen, öffentlich tagen und demokratisch

133 entscheiden. Der Konvent soll die Überarbeitung der Europäischen Verträge vorbereiten
134 und diskutieren, wie die Vertragsänderungsverfahren vereinfacht werden könnten. Die
135 Weiterentwicklung der europäischen Demokratie, wie auch der Wirtschafts-, Finanz-
136 und Sozialpolitik müssen ins Zentrum gerückt werden. Über die Ergebnisse dieses
137 Konvents sollen die BürgerInnen in einem europaweiten Referendum abstimmen
138 können.

139 **C.1.6 Gegen die Verletzung von Grund- und Minderheitenrechten**

140 Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich vertraglich verpflichtet, die Grundwerte zu schützen,
141 die in Artikel 2 des EU-Vertrags niedergelegt sind. Das sind u.a. Demokratie,
142 Menschen- und Minderheitenrechte, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Gegen
143 schwerwiegende Verletzung dieser Grundwerte in einem Mitgliedstaat kann bislang nur
144 das sogenannte „Artikel-7-Verfahren“ genutzt werden. Die dafür notwendigen hohen
145 Mehrheiten in Rat und Parlament sind jedoch fast unüberwindliche Hürden. Die EU kann
146 bisher keine effektiven Maßnahmen ergreifen, wenn in Mitgliedstaaten Grundrechte
147 massiv verletzt werden und die zuständigen Instanzen dem nicht wirksam
148 entgegengetreten; so geschehen bei Verletzungen der Pressefreiheit in Italien unter der
149 Regierung Berlusconi oder beim mangelnden Schutz von Minderheiten unter der
150 Regierung Orbán in Ungarn.

151 Wir GRÜNE fordern deswegen neue Mechanismen und Instrumente, z.B. ein stärkeres
152 Monitoring in allen Mitgliedstaaten sowie ein Frühwarnsystem für
153 Grundrechtsverletzungen. Die politische Entscheidung über das Verfahren soll im
154 Europäischen Parlament und im Rat mit vereinfachten Mehrheiten fallen, die
155 Durchführung bei der Grundrechteagentur angesiedelt sein.

156 Unser besonderes Augenmerk gilt der weitverbreiteten Diskriminierung von Roma in der
157 EU und in Staaten, die der EU beitreten wollen. Die Europäische Kommission muss
158 standhalten gegen populistische Forderungen, die die Freizügigkeit für Roma in der EU
159 einschränken wollen. Die dahingehende Rhetorik der deutschen Bundesregierung ist
160 beschämend. Wir fordern eine klare Linie gegen antiziganistische Parolen und die
161 umfassende Umsetzung der EU-Roma-Strategie in allen Mitgliedstaaten der EU. Dabei
162 sind die Zivilgesellschaft und Roma-Organisationen einzubeziehen. Bei der Abrufung
163 der EU-Gelder für die Integration von Roma müssen die Mitgliedstaaten unterstützt, bei
164 ihrer Verwendung effektiv kontrolliert werden.

165 C.2. EUROPA WÄCHST VON UNTEN

166 **C.2.1 Europa vor Ort**

167 Um Europa zu erleben und zu verstehen, sind persönliche Begegnungen und der
168 direkte Austausch über nationale Grenzen hinweg auf allen Ebenen elementar. Aktive
169 Städtepartnerschaften, in denen sich die Zivilgesellschaft engagiert, Jugendaustausch,
170 kommunale bzw. regionale Netzwerke und grenzüberschreitende Europaregionen
171 bilden den Humus, auf dem eine aktive europäische Bürgerschaft entstehen und sich
172 vernetzen kann. Wir wollen das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“
173 ausbauen, das all diese Aktivitäten fördert. Durch ein „Europäisches Jahr für alle“ wollen
174 wir die Zivilgesellschaft in der EU zusätzlich stärken. Es soll für Freiwillige jeden Alters
175 offen sein, von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und mit öffentlichen
176 Mitteln grundfinanziert werden.

177 Auch dem in einigen Mitgliedstaaten beängstigend starken Rechtsextremismus wollen
178 wir durch Unterstützung der Zivilgesellschaft begegnen. Mehr als das Verbot einer
179 Partei bewirkt die Förderung von Projekten, die durch Aufklärung Präventionsarbeit

180 leisten oder AussteigerInnen eine Chance zur Wiedereingliederung bieten. Dafür
181 müssen auch zukünftig ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE
182 fordern eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe im Europäischen Parlament, um sich
183 über Erkenntnisse und Bedrohungslagen bezüglich rechter Gruppierungen
184 auszutauschen.

185 Wir GRÜNE setzen uns auf allen Ebenen für eine Kultur der Kooperation zwischen
186 Gebietskörperschaften ein. Der Blick über den kommunalen, regionalen oder nationalen
187 Tellerrand hinaus muss in Europa zur Normalität werden. Innovative Ideen und der
188 Austausch von „best practice“-Beispielen stärken die Politik vor Ort und helfen,
189 regionale Potenziale zu entwickeln. Gleichzeitig schärfen sie den Blick für gemeinsame
190 Interessen. Der europäische Mehrwert ist offensichtlich, wenn Grenzregionen ihre
191 Strukturprobleme durch grenzüberschreitende Infrastruktur, Bildungsangebote oder
192 Erleichterungen für GrenzpendlerInnen anpacken. Auch beim Ausbau der sozialen
193 Infrastruktur, z.B. bei der Pflege kann das sinnvoll sein, und das nicht nur in dünn
194 besiedelten Gebieten. Wir unterstützen daher die Europäische Territoriale
195 Zusammenarbeit als eigenständiges Ziel der Kohäsionspolitik.

196 Auch geografisch voneinander weit entfernte Städte und Regionen haben gemeinsame
197 Interessen und Ziele: GRÜNE haben den „Konvent der Bürgermeister“ mit ins Leben
198 gerufen, in dem sich fast 5.000 europäische Kommunen zur Erreichung ambitionierter
199 Klimaziele verpflichtet haben. Wir wollen viel mehr solcher Initiativen fördern.

200 **C.2.2 Die Kirche im Dorf lassen**

201 „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemeinsames Handeln
202 notwendig und sinnvoll ist. Es bedeutet nicht, dass wir möglichst viele Entscheidungen
203 auf die europäische Ebene verlagern wollen. Eine zentralistische EU, die bis ins
204 Kleinste vorschreibt, was andere tun oder lassen sollen, untergräbt die
205 Entscheidungsspielräume der demokratisch legitimierten Räte und Parlamente.

206 Vieles kann besser vor Ort, näher an den BürgerInnen entschieden werden. Nichts
207 anderes besagt das Prinzip der Subsidiarität, dem auch die EU verpflichtet ist. Die
208 Subsidiaritätskontrolle der nationalen Parlamente wollen wir durch bessere Vernetzung
209 stärken. Konkrete Vorschläge für Bereiche, die besser dezentral geregelt werden,
210 wollen wir in einem offenen politischen Prozess unter Beteiligung der Parlamente auf
211 allen Ebenen erarbeiten.

212 **C.2.3 Öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort gestalten**

213 Wir GRÜNE wehren uns entschieden dagegen, dass eine Ausdehnung der
214 Binnenmarktregeln die Handlungsspielräume der Regionen und Kommunen im Bereich
215 der Daseinsvorsorge weiter einschränkt. Die Lebensqualität in Städten und
216 Metropolregionen hängt maßgeblich davon ab, dass qualitativ hochwertige und
217 bezahlbare öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stehen: Zum Beispiel eine gute
218 Wasserversorgung, Abfallentsorgung, ein leistungsfähiger Personennahverkehr, soziale
219 oder kulturelle, Gesundheits- oder Erziehungsdienstleistungen. Um dies gewährleisten
220 zu können, brauchen insbesondere die Kommunen Gestaltungs- und
221 Organisationsspielraum, den das Grundgesetz garantiert und dessen Achtung im
222 Vertrag von Lissabon verankert ist. Die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die
223 interkommunale Zusammenarbeit darf nicht durch EU-Wettbewerbsrecht zur
224 Privatisierungsfalle werden. Auch die Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit
225 lehnen wir ab; diese Zusammenarbeit ist eine rein organisatorische Angelegenheit der
226 beteiligten Kommunen. Gegen den drohenden Privatisierungsdruck im Wasserbereich

227 stand ein breites Bündnis aus Kommunen im engen Schulterschluss mit grünen
228 Abgeordneten aus Landtagen, Bundestag und Europäischem Parlament. Unterstützt
229 von der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ ist
230 es schließlich gelungen, den Rat – einschließlich der schwarz-gelben Bundesregierung
231 – und die Kommission zum Einlenken zu bewegen. Dieser Erfolg darf nicht durch die
232 Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP)
233 gefährdet werden. Auch dieses Abkommen muss die kommunale Organisationshoheit
234 respektieren und darf begründete Ausnahmeregelungen für öffentliche
235 Versorgungseinrichtungen nicht gefährden oder den Druck erhöhen, den öffentlichen
236 Dienstleistungssektor zu liberalisieren.

237 **C.2.4 In Europa zu Hause – Kunst und Kultur**

238 Kunst und Kultur können ein starkes verbindendes Element in Europa sein. Das
239 kulturelle Zusammenwachsen ist eine große europäische Aufgabe – gemessen daran
240 ist das Budget der EU für interkulturellen Austausch und transnationale künstlerische
241 Kooperation zu gering. Wir wollen den Vertrieb europäischer Filme stärker unterstützen,
242 das Informationssystem für EU-Fördermittel verbessern und die Antragsbürokratie
243 verringern. Der internationale Kulturaustausch darf nicht an Visabestimmungen oder
244 bürokratischen Fallstricken scheitern. Mindesthonorare und -sozialstandards für
245 KünstlerInnen sollten bei EU geförderten Programmen eine Selbstverständlichkeit sein.
246 Kunst und Kultur sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Der Doppelcharakter als Kultur-
247 und Wirtschaftsgut wurde von der EU durch die Unterzeichnung der UNESCO-
248 Konvention anerkannt. Sie verpflichtet die EU zum Schutz und zur Förderung der
249 kulturellen Vielfalt – auch bei Verhandlungen mit den USA über das transatlantische
250 Freihandelsabkommen TTIP. Deshalb müssen die Bereiche Kultur und audiovisuelle
251 Medien aus dem Abkommen ausgeschlossen bleiben.

252 C.3. BÜRGERRECHTE STÄRKEN

253 **C.3.1 Rechtsstaatlichkeit voranbringen**

254 Mit dem Vertrag von Lissabon ist die polizeiliche und justizielle Kooperation in der EU
255 zur Gemeinschaftsangelegenheit geworden. Zudem wurden zwei wichtige grüne
256 Forderungen Realität: Die EU-Grundrechtecharta ist nun verbindliches Recht und in der
257 EU-Kommission gibt es eine eigene Generaldirektion für den Bereich Grundrechte und
258 Justiz. Den Weg hin zu einheitlichen Mindeststandards im Strafverfahren, den das
259 Europäische Parlament während der letzten Legislaturperiode in diesem neuen
260 Rechtsrahmen beschritten hat, wollen wir GRÜNE fortführen. Insbesondere im Bereich
261 der Gerichtskostenhilfe und der Untersuchungshaft bedarf es gemeinsamer
262 europäischer Standards. Für uns ist das Grundvoraussetzung für eine verstärkte
263 Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in der EU.

264 Anlässe für polizeiliche Kooperation in der EU nehmen zu, z.B. im Kampf gegen die
265 organisierte Kriminalität. Die grenzübergreifende Kooperation von Polizei- und
266 Justizbehörden in Praxis und Ausbildung ist daher dringend nötig. Für uns ist dabei eine
267 dezentrale Kooperation wichtig, die durch die Agenturen Europol und Eurojust
268 koordiniert und kofinanziert werden soll. Diese Agenturen und ihre Arbeit müssen aber
269 in Zukunft besser durch das Europäische Parlament kontrolliert werden.

270 Gerade bei grenzübergreifenden Ermittlungen und Polizeimaßnahmen, etwa im
271 Rahmen des Europäischen Haftbefehls müssen Verfahrensregeln, Beschuldigtenrechte
272 und rechtsstaatliche Prinzipien wie die Verhältnismäßigkeit klar verankert werden. Wir
273 GRÜNE setzen uns grundsätzlich für einen restriktiven Einsatz des Strafrechts ein;

274 daher sehen wir EU-Regeln zum materiellen Strafrecht nur als *ultima ratio*. Der
275 gerichtliche Grund- und Menschenrechtsschutz in Europa muss lückenlos gewährleistet
276 werden und auch einen effektiven Individualrechtsschutz vorsehen.

277 **C.3.2 Gleichberechtigung schaffen**

278 Für ein geschlechtergerechtes Europa kann und muss auch die EU in ihrem
279 Einflussbereich mehr tun. Das fängt beim Geld an: Wir wollen, dass Frauen und Männer
280 gleichermaßen von europäischen Geldern profitieren. Dafür wollen wir ein Gender
281 Budgeting der jährlichen EU-Haushalte. Das Europäische Institut für
282 Gleichstellungsfragen muss die nötigen Ressourcen bekommen, um verlässliche und
283 EU-weit vergleichbare wissenschaftliche Grundlagen z.B. zu den Themen
284 Menschenhandel, Männerpolitik und Antidiskriminierungspolitik zu liefern. Maßnahmen
285 zum Gender-Mainstreaming sollen Männer und Frauen als AkteurInnen für
286 Gleichberechtigung einschließen.

287 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – da muss die EU dem europäischen
288 Schlusslicht Deutschland endlich Beine machen! Die Richtlinie zur Entgeltgleichheit
289 muss wirksame Maßnahmen zu Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit enthalten und
290 endlich effektiv umgesetzt werden. Das beugt auch der Altersarmut von Frauen vor.

291 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen ist überfällig.
292 Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der EU für eine verbindliche Frauenquote in
293 Aufsichtsräten großer Firmen. Aber auch für die Führungsgremien der EU-Institutionen
294 – wie zum Beispiel der Europäischen Zentralbank – muss eine paritätische Besetzung
295 verpflichtend werden. Parteien und nationale Regierungen sollen Maßnahmen für die
296 gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ergreifen, wie z.B. die
297 Einführung paritätischer Wahllisten für die Europawahl.

298 Wir wollen, dass endlich die Mutterschutz-Richtlinie im Ministerrat verabschiedet wird.
299 Wir unterstützen die Forderung nach 20 Wochen Mutterschutz und EU-weit zwei
300 Wochen Vaterschaftsurlaub bei voller Bezahlung. Dies wäre für viele europäische
301 Länder ein Riesen-Fortschritt und entspricht auch den Empfehlungen der
302 Weltgesundheitsorganisation.

303 Gewalt gegen Frauen und Mädchen gehört immer noch zum europäischen Alltag. Wir
304 brauchen in allen Mitgliedstaaten Mindeststandards für die Anzahl und Qualität von
305 Frauenhäusern, konsequente Strafverfolgung und gezielte Schulungen von Polizei,
306 Justiz und Krankenhauspersonal. Bei den jährlichen Haushaltsverhandlungen des
307 Europäischen Parlaments werden wir dafür streiten, dass genügend Mittel für
308 erfolgreiche Programme zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und zur
309 Unterstützung von Hilfsorganisationen bereitgestellt werden.

310 **C.3.3 Gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und** 311 **Intersexuelle (LSBTI)**

312 Wir kämpfen europaweit gegen jede Art von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität
313 und wollen die vollständige Gleichstellung von LSBTI nicht nur auf dem Papier, sondern
314 in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen. Auch in Deutschland werden Lesben
315 und Schwule beim Adoptionsrecht weiterhin benachteiligt, Transsexuelle werden
316 pathologisiert. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die eine Ehe oder registrierte
317 Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare nicht anerkennen. LebenspartnerInnen
318 werden z.B. in Polen als Ledige behandelt, und in vielen EU-Ländern können
319 lesbischen und schwulen Adoptiveltern ihre Rechte streitig gemacht werden. Das
320 schränkt faktisch das Recht auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ein. Wir

321 fordern deshalb die EU-weite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
322 gleichgeschlechtlicher Ehen. Um Homophobie und Transphobie entgegenzuwirken
323 sollen EU-Programme zur Jugendbegegnung Maßnahmen zum Abbau von Vorurteilen
324 aufgrund sexueller Identität mit einschließen.

325 **C.3.4 Digitaler Aufbruch**

326 Im Februar 2012 sind hunderttausende Menschen in ganz Europa auf die Straße
327 gegangen. Sie demonstrierten gegen das ACTA-Abkommen und die Überwachung des
328 Internets bei der Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen. Dies zeigt: Es gibt längst
329 eine „europäische Öffentlichkeit“ in der Netzpolitik. Zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur
330 als Fundament des digitalen Wandels ist noch immer ungleich in Europa vorhanden.
331 Deutschland ist allenfalls Mittelmaß. Andere Länder setzen auf Glasfaserinfrastruktur
332 als unumgängliche Zukunftsinvestition. Die EU-Fördermittel für den Breitbandausbau
333 wollen wir deshalb stärker an Kriterien des gleichberechtigten Zugangs zu den Netzen
334 koppeln und auf den flächendeckenden Glasfaserausbau fokussieren.
335 Breitbandinternetzugang ist Teil der Daseinsvorsorge. Um finanzschwache Kommunen
336 beim Ausbau zu unterstützen, wollen wir die Eigenanteile der Kommunen unter
337 bestimmten Umständen streichen. Zudem wollen wir EU-weite Standards für die
338 Klassifizierung von Breitbandgeschwindigkeiten wie auch der Netzneutralität festlegen.
339 Die Netzneutralität, d.h. die gleichberechtigte Übertragung von Daten im Internet ohne
340 Diskriminierung, gehört europarechtlich verankert. Bestehende Hürden bei Frequenzen,
341 wie auch Rechtsunsicherheiten und Haftungsrisiken im Zusammenhang mit offenen
342 Funknetzwerken, wollen wir beenden.

343 Um Europa als Standort besonders für Start-Ups attraktiver zu machen, wollen wir den
344 digitalen Binnenmarkt ausbauen und neue Businessmodelle besser unterstützen.

345 Bei der anstehenden Überarbeitung des Urheberrechts in der EU wollen wir die
346 notwendigen Reformen anstoßen, um einen fairen Interessenausgleich zwischen allen
347 Beteiligten zu erreichen. Unser Ziel ist es, Monopole aufzubrechen und bei den
348 Verwertungsgesellschaften europaweit transparentere und demokratischere Strukturen
349 durchzusetzen. Wir streben eine Regelung zum Recht auf Remix an. Dies wollen wir
350 durch eine zusätzliche Ausnahme in Form einer Urheberrechtsschranke für nicht-
351 kommerzielle Formen der transformatorischen Nutzung gesetzlich absichern, die auf die
352 Weiterentwicklung und Bearbeitung vorhandener und urheberrechtlich geschützter
353 Werke zielt. Eine weitere Ausnahme soll die nicht-kommerzielle Vervielfältigung (offline
354 wie online) gegen angemessene Vergütung erlauben. Kompensationsmöglichkeiten
355 hierfür müssen ausgearbeitet werden. Neue legale Angebote müssen unterstützt und
356 weiter ausgebaut werden. Zudem braucht es sowohl eine Verbesserung des Status für
357 verwaiste Werke als auch eine umfassende Schrankenregelung im Zusammenhang von
358 Werken für Blinde wie auch zu Bildungszwecken.

359 Für die Offenheit und Freiheit des Internets tragen wir auch eine globale Verantwortung.
360 Im Einsatz für die Menschenrechte sind wir gegen den Export von
361 Überwachungstechnik und -software in autoritäre und diktatorische Staaten. Beim
362 Dialog über Internet-Governance wollen wir verbindliche Beteiligungsverfahren für die
363 Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung einführen.

364 **C.3.5 Moderner Datenschutz für alle**

365 Die schockierenden Erkenntnisse über das massenhafte Ausspähen unserer
366 Kommunikation durch Geheimdienste sind noch sehr frisch. Zur Aufklärung dieser
367 Ausspähpraktiken wollen wir einen Untersuchungsausschuss im Europäischen

368 Parlament einsetzen. Edward Snowden hat durch seine Enthüllungen die notwendige
369 Debatte über die Arbeit von Geheimdiensten angestoßen. Wir treten für eine sichere
370 Unterkunft von Edward Snowden in Deutschland oder einem anderen europäischen
371 Land ein. Um rechtsstaatliche Verfahren wieder zu ermöglichen, wollen wir bestehende
372 Verträge, wie zum Austausch von Fluggastdaten oder Bankdaten (PNR und SWIFT),
373 aussetzen. Die geheimdienstliche Ausspähung von EU-Institutionen, auch durch EU-
374 Mitgliedstaaten, verurteilen wir. Wir fordern eine grundsätzliche Neuauflistung der
375 Geheimdienstarbeit von allen Mitgliedstaaten und Verpflichtungen, um gegenseitige
376 Spionageaktionen zu beenden. Wir GRÜNE treten für einen modernen und starken
377 Datenschutz in Europa ein. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen der EU können wir
378 international hohe Standards durchsetzen. Die zukünftige Datenschutzpolitik in Europa
379 muss auf der wissentlichen und expliziten Zustimmung zur Datenverarbeitung sowie
380 umfassenden Informations- und Lösungsansprüchen gegenüber allen
381 DatenverarbeiterInnen basieren. Unternehmen muss es verboten sein, Daten von
382 EuropäerInnen an Drittstaaten weiterzugeben, wenn es dafür keine Grundlage im
383 europäischen Recht gibt. Wir wollen das Safe-Harbor-Abkommen aufkündigen und neu
384 verhandeln, um den europäischen Datenschutz im transatlantischen Austausch zu
385 gewährleisten. Gleiches gilt auch für die Fluggast- und Bankdatenabkommen, deren
386 anlasslose Datensammlung mit den Grundrechten der EU-BürgerInnen nicht vereinbar
387 ist. Wir treten für eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten ein, deren Unabhängigkeit
388 EU-vertraglich festgelegt ist. Wir wollen Bürgerrechte europaweit stärken und kämpfen
389 daher für das Ende der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa.

390 Zur Abwehr von Spionage gegenüber Staat, Wirtschaft und EU-BürgerInnen sind
391 verbindliche europäische Regelungen auf Grundlage der EU-Grundrechtecharta nötig.
392 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne EU-Staaten andere EU-Staaten und EU-
393 BürgerInnen ausspionieren. Geheimdienstkontrolle und Spionageabwehr müssen auch
394 auf europäischer Ebene stattfinden, um unsere gemeinsame Infrastruktur zu schützen.
395 Forschungsprojekte zur unverhältnismäßigen Ausweitung staatlicher Überwachung
396 unter dem Programm INDECT dürfen nicht länger gefördert werden. Für die Zulassung
397 von zivilen Drohnen in Europa bedarf es klarer grundrechtsschützender Bedingungen.

398 **C.3.6 Drogenpolitik: Regulieren statt kriminalisieren**

399 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität und
400 trägt zur Destabilisierung von Staaten bei. Die Europäische Union sollte deshalb eine
401 Reform der Drogenpolitik in den Mitgliedstaaten unterstützen, die auf Prävention, Hilfe,
402 Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung Priorität setzt – und nicht auf
403 Verbote und Repression. Cannabis sollte legal an Erwachsene abgegeben werden. Die
404 Europäische Union soll dazu beitragen, dass erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-
405 Analysen illegaler Drogen (Drugchecking), Substitutionsprogramme, Konsumräume und
406 Programme zur Originalstoffabgabe in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht
407 werden.

408 C.4. OFFENHEIT IN EUROPA UND EINE SOLIDARISCHE ASYPOLITIK

409 **C.4.1 Für mehr Reisefreiheit**

410 Freizügigkeit ist eine der größten Errungenschaften der EU. Die Reise- wie auch die
411 Visumsfreiheit sind unverzichtbar für Europas BürgerInnen. Sie wirken integrativ und
412 tragen zur Identifikation mit Europa bei. Wir lehnen eine Schleifung des Grundrechts auf
413 Freizügigkeit daher entschieden ab. Forderungen nach Ausweisung und
414 Wiedereinreisesperren für UnionsbürgerInnen wegen des Bezugs von Sozialleistungen

415 sind ebenso populistisch wie europarechtswidrig. EU-Länder dürfen künftig an den
416 innereuropäischen Grenzen kontrollieren, wenn sie die massenhafte Ankunft von
417 Flüchtlingen befürchten. Das hat das Europäische Parlament im Sommer 2013 gegen
418 die Stimmen von uns GRÜNEN beschlossen. Das Reisen ohne Passkontrollen
419 innerhalb der EU ist aber keine nationale Angelegenheit, sondern Sache aller in der EU.
420 Deshalb haben wir GRÜNE immer gefordert, dass Grenzkontrollen im Schengen-Raum
421 nur wiedereingeführt werden dürfen, wenn es aus gesamteuropäischer und nicht nur
422 aus einzelstaatlicher Sicht gute Gründe dafür gibt.

423 Auch an den Außengrenzen wollen wir keine Systeme wie „smart borders“, durch die
424 alle Angehörigen von Drittstaaten künftig mit Fingerabdrücken bei der Einreise in die EU
425 kontrolliert werden sollen – enormen Kosten und schwerwiegenden Eingriffen in die
426 Datenschutzrechte von Reisenden zum Trotz. Wir wollen einen Neuanfang in der
427 europäischen Grenzpolitik. Anstelle von mehr Überwachung und Abschottung wollen wir
428 eine Politik, die die Offenheit Europas in den Mittelpunkt stellt. Diese soll gewährleisten,
429 dass Angehörige von Drittstaaten ohne unverhältnismäßige Visarestriktionen, lange
430 Warteschlangen und erniedrigende Prozeduren in die EU reisen können.

431 Wir wollen die europäischen Botschaften zu zentralen Stellen für
432 Konsularangelegenheiten für alle EU-BürgerInnen machen. So verbessern wir den
433 Service, sparen unnötige Strukturen ein und erhöhen die Sichtbarkeit der EU im
434 Ausland.

435 **C.4.2 Einwanderung gerecht und menschenwürdig gestalten**

436 Europa ist ein Einwanderungskontinent. Auch deswegen ist die Migrationspolitik der
437 Europäischen Union dringend reformbedürftig. Wir wollen eine liberale und humane
438 Migrations- und Integrationspolitik in Europa, die den Bedürfnissen der MigrantInnen
439 genügt und gleichzeitig auf die Interessen der EU-Mitgliedstaaten sowie der
440 Herkunftsländer eingeht. Um dies zu gewährleisten, muss die EU neue Wege für eine
441 legale und dauerhafte Einwanderung schaffen, nicht nur für Hochqualifizierte.

442 Wir unterstützen eine Integrationspolitik, die die Rechte von MigrantInnen und ihre
443 Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der EU stärkt. Europa muss
444 zeigen, dass es aus den Fehlern der „Gastarbeiterpolitik“ gelernt hat. Alle
445 EinwanderInnen, deren Aufenthalt nicht von vornherein auf einen kurzen Aufenthalt
446 begrenzt ist, wie z.B. bei Saisonarbeitskräften, müssen Zugang zu
447 Integrationsmaßnahmen haben.

448 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen auch ohne Aufenthaltsrecht in allen EU-
449 Mitgliedstaaten Zugang zu einer medizinischen Grund- bzw. Notfallversorgung erhalten
450 und dass ihre Kinder Schulen und Kitas besuchen können, ohne durch Meldepflichten
451 bei Ausländerbehörden abgehalten zu werden.

452 **C.4.3 EU in einen einheitlichen Schutzraum für Flüchtlinge verwandeln**

453 Unzählige Flüchtlinge sterben an den EU-Außengrenzen. Wer es bis in die EU schafft,
454 muss selbst dort befürchten, inhaftiert zu werden bzw. in unzumutbare Lebensumstände
455 zu geraten. Wer nach einem oft langen, beschwerlichen und gefährlichen Weg
456 tatsächlich die Möglichkeit bekommt, einen Asylantrag in der EU zu stellen, muss sich
457 bereits glücklich schätzen. Die Chancen, als Flüchtling letztlich anerkannt zu werden
458 und ein Aufenthaltsrecht zu bekommen, klaffen zwischen den verschiedenen EU-
459 Ländern weit auseinander. Die Zustände für Flüchtlinge wurden 2011 sogar vom
460 Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in einem EU-Mitgliedstaat als
461 menschenrechtswidrig eingestuft.

462 Statt die „Festung Europa“ auszubauen, wollen wir einen einheitlichen Schutz für
463 Flüchtlinge. Wir setzen uns für gemeinsame und faire Praktiken bei Asylverfahren und
464 eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa ein. Das
465 Europäische Asylunterstützungsbüro (EASO) wollen wir mit mehr Kompetenzen und
466 Ressourcen ausstatten. Dabei soll das EASO nicht nur einen reibungslosen Ablauf der
467 Asylverfahren in und zwischen den EU-Staaten gewährleisten, sondern auch für eine
468 zügige und faire Bearbeitung sorgen. Ergänzend zu einem regulären Asylsystem setzen
469 wir GRÜNE uns dafür ein, dass eine festgelegte Zahl besonders schutzbedürftiger
470 Flüchtlinge in allen Mitgliedstaaten aufgenommen wird („Resettlement“). Hier muss die
471 EU-Kommission eine stärkere Koordinierungsrolle übernehmen, und die Mitgliedstaaten
472 müssen mehr Schutzbedürftige aufnehmen. Wir haben erfolgreich für die Einrichtung
473 eines *Joint EU Resettlement Programme* gekämpft und erreicht, dass zusätzliche Mittel
474 für humanitäre Notfallmaßnahmen, wie z.B. für syrische Flüchtlingslager, bereitgestellt
475 wurden.

476 Im Abschnitt „Internationale Verantwortung“ machen wir Vorschläge zu einer fairen
477 Grenzpolitik.

478 **C.4.4 Für eine humane Asylpolitik**

479 Flüchtlinge können zurzeit nur dort einen Antrag auf Asyl stellen, wo sie zum ersten Mal
480 europäischen Boden betreten haben (Dublin III-Abkommen). Dies führt dazu, dass EU-
481 Länder, insbesondere an den Außengrenzen, vor allem auf Flüchtlingsabwehr anstatt
482 auf Flüchtlingsschutz setzen. Sie werden mit der Verantwortung für Schutzsuchende
483 allein gelassen. Auch die jüngste Reform der Dublin-Verordnung hält an diesem System
484 fest. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge und Verbindungen zu Angehörigen in anderen
485 Mitgliedstaaten bleiben zudem unberücksichtigt. Wir wollen daher die Dublin-III-
486 Verordnung abschaffen. Damit es nicht zu ungleichmäßigen Belastungen unter den
487 Mitgliedstaaten kommt, muss die Aufnahme von Flüchtlingen besser verteilt werden,
488 und es soll einen finanziellen Ausgleich für die aufnehmenden Mitgliedstaaten geben.

489 In der Eurodac-Datenbank sind die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU
490 gespeichert. Sie ist der Schandfleck des neuen europäischen Asylsystems. Sie stellt
491 Asylsuchende künftig in eine Ecke mit Kriminellen. Bisher dürfen darauf nur
492 Asylbehörden zugreifen, um Flüchtlinge eindeutig zu identifizieren. In Zukunft bekommt
493 auch die Polizei Zugriff auf die Datenbank – aber für einen ganz anderen Zweck: Zur
494 Verbrechensbekämpfung, um Fingerabdruckspuren von Tatorten mit den
495 Fingerabdrücken von Asylsuchenden abzugleichen. Wir GRÜNE haben Eurodac nie
496 unterstützt. Aber der Polizeizugriff auf die Datenbank ist für uns ein rotes Tuch. Wir
497 lehnen ihn mit aller Entschiedenheit ab.

EWP-D-01 Europawahlprogramm Verantwortung für eine solidarische Welt

Gliederung: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 05.11.2013

1 **D. VERANTWORTUNG FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT**

2 Wir wollen eine Europäische Union, die sich für Frieden und globale Gerechtigkeit
3 einsetzt. Zusammen kann es gelingen dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, Abrüstung
4 voranzubringen, die Menschenrechte zu stärken und Hunger und Armut zu bekämpfen.
5 Die EU wird in einer durch neue Herausforderungen und neue Kraftzentren geprägten
6 Welt besser gehört, wenn sie gemeinsam handelt und auf andere Staaten zugeht.

7 Die EU bekennt sich in ihren Verträgen zu einer wertegebundenen internationalen
8 Politik. Doch der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist eklatant. Die EU
9 will Frieden fördern und gehört doch zu den größten Waffenlieferanten. Ihre
10 Entwicklungszusammenarbeit bekämpft Hunger und Armut, doch zugleich zerstört ihre
11 Agrarpolitik die Lebensgrundlage vieler Menschen außerhalb der EU. Europa bekennt
12 sich zu den Menschenrechten, doch an den Außengrenzen sterben unzählige
13 Flüchtlinge. Die Mitgliedstaaten der EU sind bei vielen außen- und
14 sicherheitspolitischen Themen gespalten und finden zu keiner gemeinsamen Politik. Wir
15 möchten dazu beitragen, diese Widersprüche zu überwinden.

16 Wir wollen die EU als Zivilmacht, die sich für Abrüstung einsetzt und deren
17 Mitgliedstaaten keine Waffen an Diktaturen liefern. Wir treten ein für das
18 Gewaltmonopol der Vereinten Nationen (VN). Unsere friedenspolitischen
19 Grundüberzeugungen gründen sich auf der Stärkung des Rechts statt auf dem Recht
20 der Stärkeren. Unser Kompass sind Frieden, Demokratie und der Schutz der
21 Menschenrechte. Diesen Zielen zu folgen, bedeutet der Europäischen Verantwortung
22 für eine solidarische Welt gerecht zu werden.

23 Die Klima-, Hunger- und Finanzkrise machen deutlich, welche fatalen Auswirkungen
24 Märkte ohne Leitplanken und ein allein am Profit ausgerichtetes Wirtschaftssystem
25 haben. Wir brauchen Regeln für die Wirtschaft und eine EU, die sich für eine Stärkung
26 der Menschenrechte und eine ambitionierte Entwicklungszusammenarbeit einsetzt. Es
27 ist eine Frage von Solidarität und Gerechtigkeit, international für Klima- und
28 Umweltschutz zu streiten. Die Verschmutzung und Zerstörung unserer Umwelt bedeutet
29 die Vernichtung von Lebensgrundlagen und Gesundheit. Dies trifft arme Menschen und
30 Länder am härtesten. Wir wollen die EU **erneuern**, so dass es uns vor den
31 Fehlentwicklungen der Globalisierung bewahrt. Die EU ist unsere Antwort auf die Frage
32 nach einer gerechten Gestaltung der Globalisierung.

33 Die Europäische Union war und ist als Friedensprojekt nach innen erfolgreich. Nach
34 den blutigen Kriegen im ehemaligen Jugoslawien bietet sie heute den Menschen dort
35 eine Perspektive, in Frieden und Freiheit zu leben. Daher ist die EU gefordert, an einer
36 Erweiterungsperspektive für die Kandidatenstaaten festzuhalten, wenn sie die
37 Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und guten ökologischen und sozialen
38 Standards in ihrer Nachbarschaft voranbringen möchte. Die Erweiterung ist ein Beitrag

39 dazu, **Europa zusammenzuhalten**.

40 Entscheidungen in der Handelspolitik haben weitreichende Auswirkungen in Europa und
41 in der Welt. Wir wollen die Handelspolitik aus ihrem Hinterzimmer holen, damit die
42 Parlamente und die Bürgerinnen und Bürger **mitentscheiden** können, ob Genfood oder
43 Chlorhühner wirklich ohne Einschränkungen importiert werden sollen.

44 Wir sind in Europa zu Hause, und wir wollen gute Nachbarn sein. Das betrifft sowohl die
45 Länder im Osten Europas als auch die Staaten des südlichen Mittelmeeres. Doch
46 gegenüber vielen Menschen tritt die EU nicht als guter Nachbar,
47 sondern als schwerbewaffneter Grenzpolizist auf. Die Leidtragenden
48 sind Menschen, die Schutz vor Verfolgung suchen. Es bedarf gefahrenfreier und
49 legaler Einreisemöglichkeiten, damit Menschen nicht auf lebensgefährliche Fluchtwege
50 gedrängt werden. Ebenso wollen wir die Situation der Menschen vor Ort verbessern
51 und so Ursachen für Flucht bekämpfen.

52 GRÜN macht den Unterschied: Wir haben in der Handels- und Entwicklungspolitik
53 wichtige Erfolge erreicht. Das Europäische Parlament fordert auf unsere Initiative hin
54 endlich verbindliche Sozial- und Mindeststandards in Handelsabkommen sowie
55 überprüfbare Menschenrechtsklauseln. Im Europäischen Auswärtigen Dienst haben wir
56 eine Menschenrechtsbeauftragte durchgesetzt und die zivile Konfliktbearbeitung
57 gestärkt.

58 D.1. GEMEINSAM FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

59 **D.1.1 Europäische Entwicklungszusammenarbeit voranbringen**

60 Die grüne Zielsetzung ist klar: Wir kämpfen gegen Strukturen, die zu globaler
61 Ungleichheit, Hunger, Armut und verantwortungsloser Umweltzerstörung führen. Auf
62 dem Weg dahin brauchen wir eine bessere Entwicklungszusammenarbeit.

63 Gegenwärtige Weichenstellungen in der europäischen Agrar-, Handels-, Migrations-
64 und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer globalen nachhaltigen Entwicklung
65 zuwider. Um zu verhindern, dass europäisches Milchpulver den Markt für Milchprodukte
66 auf Jamaika zerstört und europäischer Durst nach Agrosprit zu Landvertreibung in
67 Kenia führt, brauchen wir ein kohärentes Handeln der EU. Wir fordern dazu mehr
68 entwicklungspolitische Folgenabschätzungen und eine EU-Beschwerdestelle für
69 Entwicklungsländer, wenn europäische Politiken vor Ort Schaden anrichten. Eine
70 gerechtere Welt erfordert auch durchgreifende Reformen in den Entwicklungsländern.
71 Viele dieser Reformen müssen diese Länder selber angehen, aber sie dürfen nicht
72 durch eine fehlgeleitete deutsche oder europäische Politik unterminiert werden.

73 Wir wollen die europäische Entwicklungszusammenarbeit zu einem
74 Kooperationsinstrument für die Verbesserung der sozialen und ökologischen
75 Lebensbedingungen entwickeln. Verantwortliches Handeln innerhalb der EU muss
76 einhergehen mit einem nachhaltigen Entwicklungspfad für alle Länder. Nur so erreichen
77 wir eine weltweite angemessene Angleichung von Lebensstandards und
78 Ressourcenverbrauch. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit im
79 Zentrum der zukünftigen Entwicklungsziele der VN stehen wird. Erfolgreiche
80 Entwicklungszusammenarbeit verlangt stärkere Mitbestimmung.
81 Entwicklungszusammenarbeit gelingt nur, wenn auch die Frauen aktiv in die
82 Entwicklung und Gestaltung des Landes einbezogen werden. Das setzt die
83 Durchsetzung von Frauenrechten und das aktive Empowerment von Frauen voraus.
84 Projekte der Entwicklungszusammenarbeit müssen nach den Prinzipien des Gender
85 Mainstreaming entwickelt und realisiert werden.

86 Wir begrüßen den großen Anteil von Budgethilfe an der EU-
87 Entwicklungszusammenarbeit; sie muss aber mit einer Stärkung der Rechnungshöfe
88 und Parlamente in den Empfängerländern einhergehen. Die EU-Mitgliedstaaten haben
89 sich zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 Prozent des
90 Bruttonationalprodukts bis 2015 verpflichtet. Doch die Umsetzung hinkt den
91 Versprechen weit hinterher. Einzelne Mitgliedstaaten kürzen sogar die Gelder, und im
92 Finanzplan der EU bis 2020 ist keine Erhöhung vorgesehen. Statt beschönigender
93 Worte brauchen wir einen verbindlichen EU-Aufholplan. Internationale Zusagen müssen
94 eingehalten werden.

95 Wir unterstützen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit der EU, die Erfahrungen
96 der Mitgliedstaaten zu bündeln, die Abstimmung untereinander zu erhöhen und
97 Dopplungen zu verhindern. Hier ist aber noch viel Raum für Verbesserung. Die EU
98 muss viel stärker koordinieren. Eine Chance bietet die gemeinschaftliche Gestaltung
99 einer neuen Agenda für global nachhaltige Entwicklung, die nach 2015 die
100 Millenniumsentwicklungsziele und Ziele für nachhaltige Entwicklung in einem
101 kohärenten Politikrahmen zusammenführen soll. Mittelfristig wollen wir eine
102 Vergemeinschaftung der Entwicklungszusammenarbeit.

103 Schon seit Jahrzehnten leiden etliche Länder des globalen Südens unter einer nicht
104 tragfähigen Schuldenlast, die durch die globale Finanzkrise noch verschärft wurde.
105 Trotz zahlreicher Entschuldungsinitiativen sind viele Entwicklungsländer nach wie vor
106 von Schuldenkrisen bedroht. Dabei spielen auch neue staatliche und private Gläubiger
107 eine zunehmende Rolle. Wir setzen uns für die Schaffung von innovativen,
108 verbindlichen internationalen Regelwerken zur Bekämpfung der Überschuldung ein.
109 Dazu zählt vor allem ein Insolvenzmechanismus für Staaten.

110 **D.1.2 Menschenrecht auf Ernährung garantieren**

111 Jeder siebte Mensch hungert, und das, obwohl weltweit ausreichend Nahrung
112 vorhanden ist. Wir haben die Verantwortung, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen
113 und das Menschenrecht auf Ernährung zu garantieren.

114 Landwirtschaft muss in der Entwicklungszusammenarbeit eine größere Rolle spielen.
115 Viele Länder wurden zur Liberalisierung ihrer Agrarpolitik gezwungen, mit verheerenden
116 Folgen. BäuerInnen finden kein Auskommen mehr. Sie können nicht mit den Weltmarkt-
117 Preisen konkurrieren, und die Länder bleiben von Nahrungsmittelimporten abhängig.
118 Die EU-Politik zementiert Strukturen, die unsere Agrarmärkte vor Konkurrenz
119 abschotten und gleichzeitig europäische, hoch subventionierte Überschüsse auf den
120 Weltmarkt werfen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auch die
121 Entwicklungsländer im Blick hat. Dazu gehört eine konsequente Absenkung ökologisch
122 und sozial schädlicher Subventionen. Für den Export bestimmte Lebensmittel dürfen
123 nicht unterhalb des Weltmarktpreises verkauft werden. Subventionen, die zu einem
124 Absinken der Weltmarktpreise unter die Produktionskosten führen, gehören
125 unverzüglich abgeschafft. Bei Handelsabkommen muss es für Entwicklungsländer
126 Schutzklauseln für Agrarprodukte geben; das Menschenrecht auf Ernährung muss ein
127 Grundsatz in Handelsabkommen sein. Es geht nicht darum, dass die EU die Welt
128 ernährt, sondern dass sich die Bevölkerung in armen Staaten selbst ernähren kann.
129 Agrosprit verdrängt die Produktion von Nahrungsmitteln, etabliert Monokulturen und
130 beschleunigt die Abholzung von Regenwald. Die EU muss ihre Agrospritziele stark
131 revidieren. In Ländern wie Kambodscha ist bereits die Hälfte des fruchtbaren Landes an
132 ausländische Investoren vergeben. Dieser Ausverkauf geht einher mit einer Vertreibung
133 der Bevölkerung. Wir wollen europäische Unternehmen bei der Umsetzung der

134 freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Landnutzungsrechten
135 der VN stärker in die Pflicht nehmen. Der Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir
136 mit strengen Regeln entgegentreten.

137 85 Prozent der weltweiten Fischbestände sind überfischt, dabei trägt Fisch in vielen
138 Ländern in hohem Maß zur Ernährungssicherheit bei. Mit Hilfe der EU-
139 Fischereiabkommen haben europäische Fangschiffe Zugang zu Fischgründen in
140 anderen Ländern. Die Achtung der Menschenrechte sowie ökologischer Kriterien muss
141 in den Abkommen verankert werden. Vor Abschluss eines Abkommens muss
142 nachgewiesen werden, dass keine Überfischung verursacht wird.

143 **D. 1.3 Mit Energie für Klima- und Umweltschutz**

144 Wir wollen eine Welt mit sauberen Flüssen und Meeren und gesunden Wäldern. Wir
145 wollen eine Zukunft, in der die Klimakatastrophe ausbleibt. Wir wollen eine Welt, in der
146 kein Mensch Angst haben muss vor Atomunfällen oder Kohlestaub, der die Gesundheit
147 ruiniert. Dies ist auch eine Frage von Solidarität und Gerechtigkeit, denn die
148 Umweltzerstörung trifft arme Menschen und Länder am stärksten.

149 Die Energieversorgung der Zukunft baut auf Sonne, Wind und Wasserkraft und auf
150 Effizienz. Hierfür muss sich die EU international starkmachen und als Vorreiterin zum
151 Mitmachen bewegen.

152 Aber nur wer glaubwürdig handelt kann überzeugen. Deshalb muss die EU selbst mit
153 dem Klimaschutz Ernst machen und alle Zusagen aus den internationalen
154 Klimaverhandlungen erfüllen. Umso wirkungsvoller kann die EU dann 2015 auf ein
155 verbindliches und gerechtes VN-Klimaschutzabkommen drängen. Wir wollen Klima-
156 Clubs mit Pionieren, die durch ambitionierte Ziele und Politiken aufzeigen, wie man
157 klimafreundlich wirtschaftet. So können wir neue Dynamik in die internationalen
158 Klimaverhandlungen bringen. Wir kämpfen dafür, die globale Erwärmung auf unter zwei
159 Grad Celsius zu begrenzen. Umwelt- und Klimaflüchtlinge wollen wir schützen und die
160 Ursachen für Flucht bekämpfen.

161 Wir streben international eine gerechtere Verteilung von Klimaschutzaufgaben und
162 langfristig gleiche Emissionsrechte pro Kopf an. Finanzausgaben der EU-Mitgliedstaaten
163 sind im Interesse der gesamteuropäischen Glaubwürdigkeit transparent und ohne
164 Hintertür-Rechentricks zu erfüllen.

165 Wir kämpfen für den Zugang aller Menschen zu erneuerbaren Energien. Die EU soll
166 sich verstärkt bei der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien engagieren und
167 Kooperationen zum nachhaltigen Ausbau solcher Energien vorantreiben.
168 Umweltschädliche Subventionen sind in der EU und global schrittweise abzubauen.
169 Durch Abbau der Subventionen für Kohle, Öl und Gas könnten fast 6 Prozent der
170 globalen CO₂-Emissionen eingespart werden. Nicht zuletzt die Katastrophe von
171 Fukushima hat gezeigt, dass die Gefahren der Atomenergie grenzüberschreitend sind
172 und darauf hingewirkt werden muss, aus dieser Technologie zügig weltweit
173 auszusteigen.

174 Wir fordern ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten, um die biologische
175 Vielfalt der Ozeane und die Schätze der Tiefsee zu schützen. Wir unterstützen das Ziel,
176 im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt bis 2020 mindestens
177 zehn Prozent der Ozeane als Meeresschutzgebiete auszuweisen. Wir setzen uns
178 gegen den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee, in der Arktis und an
179 Land ein, um einmalige und weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten.

180 Der Plünderung von Urwäldern und Wildtierbeständen muss Einhalt geboten werden.
181 Wälder, insbesondere Regenwälder, müssen geschützt werden. Sie sind Lebensraum
182 für Menschen, einzigartige Tiere und Pflanzen und entscheidend für den Klimaschutz.
183 Schwellen- und Entwicklungsländer müssen wir hierbei besser unterstützen.
184 Internationale Finanzierungsmechanismen benötigen starke ökologische und soziale
185 Leitplanken, auch um die Menschenrechte und die Rechte indigener Völker zu stärken.
186 Wegen der Bedeutung und der mangelnden Umsetzung des globalen Umweltschutzes
187 muss das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer eigenständigen
188 Organisation fortentwickelt werden.

189 **D.1.4 Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

190 Wir setzen uns für eine Weltwirtschaftsordnung ein, die wirtschaftliches Handeln mit
191 ökologischen Notwendigkeiten versöhnt. Ohne eine Stärkung der VN sind die globalen
192 Herausforderungen nicht zu bewältigen. Bestrebungen durch Staatenclubs wie die G20,
193 die Weltgemeinschaft zu umgehen, erteilen wir eine Absage. Entscheidungen von
194 globaler Tragweite gehören unter das Dach der VN. In einer echten globalen
195 Partnerschaft sollten nicht nur die wirtschaftlich stärksten Staaten entscheiden. Die
196 Schwellen- und Entwicklungsländer brauchen auch in der Weltbank und im
197 Internationalen Währungsfonds mehr Mitsprachemöglichkeiten.

198 Die Welthandelsorganisation (WTO) ist blockiert. Die EU-Kommission treibt jedoch ihre
199 Liberalisierungsagenda außerhalb internationaler Foren voran. Bilaterale
200 Freihandelsabkommen sprießen wie Wildwuchs aus dem Boden. Diese Entwicklung
201 schwächt die Verhandlungsposition der ärmeren Länder und läuft einer gerechten
202 Weltwirtschaftsordnung zuwider. Wir stehen für eine weitreichende Reform der WTO
203 und der internationalen Welthandelsordnung. Das beinhaltet eine konsequente
204 Ausrichtung an Menschenrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung sowie
205 mehr Transparenz und Beteiligung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft bei den
206 Verhandlungen. Es muss ein Moratorium für neue Themen geben, die auf die
207 Liberalisierungsagenda der WTO gesetzt werden; das betrifft z.B. öffentliche
208 Beschaffung und öffentliche Dienstleistungen. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit
209 den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks dürfen nicht durch falsche
210 Liberalisierungsvorstellungen der EU geprägt werden.

211 Die EU-Handelspolitik wird geleitet von einem überholten Wachstumsbegriff und
212 kurzfristigen Wirtschaftsinteressen. Wir fordern verbindliche Nachhaltigkeitsklauseln in
213 den Abkommen und eine menschenrechtliche Folgenabschätzung vor Aufnahme von
214 Verhandlungen. Faire Abkommen wahren die Menschenrechte und fördern nachhaltige
215 Entwicklung, nehmen Entwicklungsländern nicht die Macht zur Regulierung und
216 erkennen legitime Schutzinteressen an.

217 Wir GRÜNE fordern mehr Transparenz und mehr parlamentarische Mitbestimmung in
218 der EU-Handelspolitik, die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet und bei
219 der die Parlamente nur Zaungäste sind.

220 Das derzeitige System von Investor-Staats-Klagen ermächtigt Unternehmen, unter
221 Umgehung der nationalen Rechtssysteme Staaten zu verklagen, wenn diese
222 demokratisch legitimierte Entscheidungen treffen. So wurde Argentinien von einem
223 Unternehmen verklagt, weil der Staat nach der Krise die Preise für Wasser senkte, oder
224 Deutschland von Vattenfall, weil es den Atomausstieg beschlossen hat. Wir sprechen
225 uns gegen die Aufnahme solcher Investor-Staats-Klagen in Handelsabkommen aus.

226 Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) birgt

227 Chancen und Risiken. Chancen, weil das Abkommen hohe sozial-ökologische
228 Standards auf beiden Seiten des Atlantiks setzen könnte und vereinfachte
229 Marktzugänge auch „grünen“ Branchen wie Erneuerbaren Energien und
230 Umwelttechnologien zugutekommen könnten. Risiken, weil eine solch weitgehende
231 Liberalisierung auch die Gefahr einer Absenkung dieser Standards mit sich bringen
232 kann, wenn wie bisher der politische Wille zu hohen Standards bei den
233 VerhandlungsführerInnen fehlt. Zusammen mit Verbraucherschutzorganisationen und
234 NGOs warnen wir deshalb vor einer Aushöhlung von Öko- und Sozialstandards.
235 Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Chlorhühner oder Hormonrindfleisch haben auf
236 dem EU-Markt nichts verloren. Datenschutzstandards wollen wir aus- statt abbauen.
237 Finanzdienstleistungen dürfen nicht dereguliert werden. Eine Monopolisierung von
238 Rechten geistigen Eigentums wollen wir nicht. Stattdessen sprechen wir uns für
239 Verhandlungen aus, die europäische Errungenschaften hoher Standards –
240 insbesondere das Vorsorgeprinzip – wahren und ausweiten. Die Verhandlungen
241 müssen transparent und unter Einbeziehung der Parlamente und der Zivilgesellschaft
242 ablaufen. Das von den nationalen MinisterInnen im Rat beschlossene
243 Verhandlungsmandat der EU-Kommission beachtet diese Bedenken nicht. Wir GRÜNE
244 haben deshalb gegen die Parlamentsresolution zum Verhandlungsmandat gestimmt.
245 Wir werden die nun anstehenden Verhandlungen sehr kritisch begleiten und im
246 Europäischen Parlament für unsere Forderungen kämpfen. Das Europäische Parlament
247 muss gegenüber der Kommission klarstellen, dass es kein Ergebnis akzeptieren wird,
248 das die europäischen Standards untergräbt.

249 Zu oft begehen international tätige Unternehmen Menschenrechtsverletzungen und
250 halten sich nicht an Arbeits- und Sozialstandards. Die EU-Kommission setzt allein auf
251 freiwillige Selbst- oder Scheinverpflichtungen; das reicht nicht. Notwendig sind
252 verbindliche Standards, neue Haftungsregelungen und bessere Klagemöglichkeiten,
253 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen
254 Unternehmen verursacht wurden. Wir wollen Unternehmen verpflichten, Transparenz
255 über ihre Lieferketten zu schaffen. Wir wollen den Zugang von Fair-Trade-Produkten
256 zum EU-Markt fördern und einer fairen und ökologischen Beschaffung den Vorrang
257 geben.

258 Die bisherige EU-Rohstoffstrategie setzt vor allem auf billigen Rohstoffimport.
259 Rohstoffabbau geht oft mit Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und
260 Umweltverschmutzung einher. Wir treten ein für faire Rohstoffpartnerschaften und eine
261 effiziente und nachhaltige Rohstoffnutzung bei uns in Europa. Darüber hinaus setzen
262 wir uns für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei
263 Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen ein und fordern transparente
264 Verfahren, die auch gegen Korruption und Steuerflucht wirken. Die in der EU
265 maßgeblich von uns GRÜNEN auf den Weg gebrachten Offenlegungspflichten für
266 Unternehmen im Rohstoffbereich müssen auf alle Geschäftsbereiche ausgedehnt und
267 um Kriterien für den Nachweis von Konfliktmineralien ergänzt werden. Wir wollen die
268 EU zur Vorreiterin für nachhaltiges Ressourcenmanagement auf internationaler Ebene
269 machen. Statt Entwicklungsländer als billige Rohstofflieferanten zu betrachten, gilt es
270 deren schonende Nutzung ihres Rohstoffreichtums zu unterstützen.

271 D.2. EINE UNION FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

272 **D.2.1 EU-Erweiterungspolitik fortentwickeln**

273 Der zehnte Jahrestag der Ost-Erweiterung ist ein Grund zu feiern und erinnert an eine
274 Erfolgsgeschichte des europäischen Friedensprojekts. Doch die Erweiterung ist nicht

275 abgeschlossen. Wir GRÜNE stehen zur Erweiterungsagenda, die die Zukunft des
276 Westbalkans eindeutig in der EU verortet. Mit den Staaten Montenegro, Serbien,
277 Mazedonien, Albanien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina steht die EU gemeinsam vor
278 der Herausforderung, Frieden und Wohlstand auf dem Balkan voranzubringen. Dafür ist
279 der Fortgang des Erweiterungsprozesses entscheidend. Gleichzeitig hat die EU aus
280 den vergangenen Erweiterungen gelernt, in denen Länder zu schnell aufgenommen
281 wurden. Die noch immer bestehenden Probleme in Rumänien und Bulgarien dienen
282 hierfür als warnendes Beispiel.

283 Das Beispiel Kroatien zeigt: Nie zuvor lag die Messlatte für den Beitritt zur EU so hoch.
284 Es ist richtig, dass die EU Fortschritte bei wirtschaftlichen Reformen, der Einhaltung
285 rechtsstaatlicher Prinzipien und dem Schutz der Menschenrechte sowie alle weiteren
286 Kopenhagener Kriterien vor Beitritt genau prüft. Alle Länder des westlichen Balkans
287 sollen die Möglichkeit haben Mitglieder zu werden; dies muss aber nicht gleichzeitig
288 geschehen. Ein Schwerpunkt auf dem Balkan sollte die regionale Kooperation und
289 Aussöhnung sowie die Lösung aller offenen Grenzfragen sein. Dies gilt auch für den
290 Beitritt der Türkei. Wir GRÜNE sprechen uns für faire und transparente
291 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts aus. Derzeit erfüllt die
292 Türkei die Voraussetzungen für einen Beitritt nicht, wie die unangemessene
293 Polizeigewalt gegen die DemonstrantInnen im Istanbuler Gezi-Park und anderen Teilen
294 des Landes erneut deutlich machte. Doch eine glaubwürdige Beitrittsperspektive kann
295 Dynamik in die demokratischen und rechtsstaatlichen Veränderungen bringen und die
296 Reformkräfte im Land stärken.

297 Die EU muss auch anderen potentiellen Beitrittskandidaten auf Grundlage
298 überprüfbarer Fortschritte enge, über die bisherigen Assoziierungsabkommen
299 hinausgehende Kooperation anbieten.

300 **D.2.2 Europa als guter Nachbar**

301 Für eine gute Nachbarschaftspolitik brauchen wir einen anderen Kurs. Oftmals wurden
302 wirtschaftliche Interessen und vermeintliche Stabilität vor die Förderung von Demokratie
303 und Menschenrechten gestellt. Das war insbesondere bei dem Konzept der
304 Mittelmeerunion der Fall. Die EU braucht einen grundsätzlichen Neuansatz für den
305 gesamten Mittelmeerraum. Die EU sollte Anreize für demokratische Reformen setzen,
306 die einen Mehrwert bieten, und nicht bevormunden. Daher setzen wir uns für
307 großzügige finanzielle Hilfen, Erleichterungen bei der Visavergabe, Marktzugang und
308 Arbeitsmigration ein. Dazu gehört auch, Kulturaustausch zu fördern und jungen
309 Menschen umfassende Möglichkeiten zu Ausbildung und Studium in der EU zu bieten.
310 Diese Angebote brauchen klare Kriterien und Mechanismen der Überprüfung, damit
311 nicht erneut autoritäre Regierungen gestützt werden. Wir unterstützen demokratische
312 Reformbemühungen in Nordafrika und der arabischen Welt. Das Beispiel Ägypten zeigt,
313 dass nach einem hoffnungsvollen Start die Wiedererrichtung einer Militärherrschaft
314 droht.

315 Die Östliche Partnerschaft mit den Ländern Moldawien, Ukraine, Belarus, Georgien,
316 Armenien und Aserbaidschan ist einer der Schwerpunkte europäischer Außen- und
317 Nachbarschaftspolitik. Die Europäische Union sollte diese Länder und Russland in den
318 Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, grenzüberschreitende Kooperation,
319 wirtschaftliche Modernisierung, gemeinsame europäische Sicherheit und Reisefreiheit
320 unterstützen. Daher fordern wir die Aufhebung der Visumpflicht für die Länder der
321 Östlichen Partnerschaft und Russland. Wir wollen die vielfältigen Beziehungen
322 zwischen der EU und Russland für die Unterstützung von Modernisierung und

323 Demokratisierung nutzen. Die europäische Politik gegenüber allen ehemaligen
324 Sowjetrepubliken muss Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den
325 Mittelpunkt stellen und sich deutlich gegen autoritäre Tendenzen positionieren, wie sie
326 beispielsweise auch in Russland zunehmen.

327 Die EU kann eine unterstützende Rolle für eine Friedenslösung zwischen Israel und
328 Palästina einnehmen. Dabei sind die Rechte und die Sicherheit Israels und Palästinas
329 gleichermaßen zu berücksichtigen. Die unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für
330 die Existenz und die Sicherheit Israels auf Grundlage der Grenzen von 1967 ist
331 Eckpfeiler europäischer und deutscher Außenpolitik. Die Entscheidung der EU mit
332 Zustimmung der Bundesregierung, die israelischen Siedlungen in besetzten Gebieten
333 von einer Förderung auszuschließen, war richtig. Dauerhaften Frieden wird es erst
334 durch ein Ende der Besatzung und der Gewalt und durch eine Zwei-Staaten-Regelung
335 samt einer Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen geben.

336 Europa sollte sich mit mehr Engagement um gute und verlässliche Beziehungen zu den
337 Staaten Afrikas bemühen. Die Staaten beider Kontinente haben 2007 mit der EU-Afrika-
338 Strategie den Aufbau einer Partnerschaft vereinbart. Von Partnerschaft reden reicht
339 nicht. Europa sollte sich stärker bemühen, positive Entwicklungen auf seinem südlichen
340 Nachbarkontinent zu unterstützen und sicherheitspolitischen Risiken entgegenzuwirken.

341 **D.2.3 Flüchtlinge schützen – Menschenrechte verteidigen**

342 Zu den größten europäischen Tragödien der Gegenwart gehört die Grenzpolitik der EU.
343 Durch die bisherige Politik sterben jedes Jahr Tausende Flüchtlinge. Das
344 Menschenrecht auf Asyl fällt vermeintlichen Sicherheitsinteressen und populistischer
345 Stimmungsmache zum Opfer. Die Militarisierung der Grenzen wird durch Programme
346 wie das europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR vorangetrieben.

347 Wir wollen einen Neuanfang in der europäischen Grenzpolitik. Anstelle von mehr
348 Überwachung und Abschottung wollen wir ein faires Asylsystem schaffen und legale
349 Zuwanderung ermöglichen. Statt der einseitig auf Flüchtlingsabwehr spezialisierten EU-
350 Grenzschutzagentur FRONTEX wollen wir eine Behörde, die den Grenzverkehr fair,
351 sicher und menschenrechtskonform regelt. Sie soll eingebettet sein in eine neue
352 europäische Gesamtstrategie für eine liberale und menschenrechtsbasierte
353 Grenzpolitik. Flüchtlinge müssen geschützt und aus Seenot gerettet statt abgewehrt
354 werden. Wir brauchen eine starke europäische Kooperation bei der Rettung von
355 Schiffbrüchigen. Die Mitgliedstaaten müssen ihrer internationalen Pflicht zur
356 Seenotrettung endlich nachkommen. Auf dem Meer aufgegriffene Flüchtlinge haben das
357 Recht auf Schutz vor Zurückweisung. Das muss überall ohne Abstriche gelten. Die
358 europäische Politik darf nicht darauf ausgerichtet sein Flüchtlingsboote zur Rückkehr zu
359 zwingen.

360 Wir wollen, dass Asylsuchende in den EU-Delegationen und Botschaften der EU-
361 Mitgliedstaaten ein Flüchtlingsvisum beantragen können. Wenn Asylgründe
362 nachgewiesen werden, kann so eine sichere Einreise in die EU ermöglicht werden, um
363 dort einen Asylantrag stellen zu können.

364 Gegenüber anderen Ländern erwarten wir von der EU einen konsequenten Einsatz
365 gegen Todesstrafe und Folter. Wir setzen uns ein für Menschen, die wegen ihrer
366 sexuellen Identität, ihres Geschlechts, ihrer Religion, Ethnie oder politischen Ansichten
367 diskriminiert und verfolgt werden. Die EU muss den Druck auf Staaten erhöhen, die den
368 Einsatz von KindersoldatInnen, Sklaverei und Gewalt gegen Frauen nicht ächten.

369 Wir wollen die Bekämpfung des Menschenhandels vorantreiben. Dies kann gelingen,

370 wenn auch auf internationaler Ebene in den Bereichen Strafverfolgung und Opferschutz
371 eng zusammengearbeitet wird. Wir unterstützen die EU-Richtlinie zur Verhütung und
372 Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer. Sie muss endlich in
373 allen Ländern umgesetzt werden. Die Frist dazu hat die Bundesregierung verstreichen
374 lassen. Gerade um Opfern von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung
375 helfen zu können, muss neben präventiven Schutzmaßnahmen auch ein
376 uneingeschränkter Zugang der Opfer zu Unterstützung und Betreuung sichergestellt
377 werden. Zudem muss den Opfern mit einer sicheren Unterkunft, materieller
378 Unterstützung, medizinischer Versorgung und einer Aufenthaltserlaubnis zumindest für
379 eine angemessene Zeit nach Abschluss des Gerichtsverfahrens geholfen werden. Das
380 würde die Aussagebereitschaft der Opfer erhöhen und die Strafverfolgung der
381 TäterInnen erleichtern.

382 Wir haben uns erfolgreich für eine EU-Menschenrechtsstrategie und einen
383 Menschenrechtsbeauftragten stark gemacht. Den Menschenrechtsschutz wollen wir
384 auch durch eine verstärkte Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs und des
385 Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voranbringen.

386 **D.2.4 Vereinte Nationen stärken**

387 Die EU soll ihren Einfluss in den Dienst der VN stellen. Kein Akteur besitzt mehr
388 Legitimation als die VN, doch sie sind immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedstaaten
389 sie machen. Die VN müssen reformiert werden. Deutschland kann dabei vorangehen
390 und statt auf einem deutschen Sitz zu beharren auf eine wirklich europäische Vertretung
391 im Sicherheitsrat drängen. Wir schlagen dafür vor, unter Einbeziehung Frankreichs und
392 Großbritanniens eine permanente europäische Vertretung aufzubauen. Zugleich kann
393 so ein Zeichen für eine umfassende Sicherheitsratsreform gesetzt werden. Diese sollte
394 durch mehr Beteiligung von Ländern aus dem globalen Süden zu einer
395 ausgewogeneren Zusammensetzung führen. Die Vetomöglichkeit im Sicherheitsrat
396 wollen wir langfristig abschaffen und kurzfristig mit einem Begründungszwang belegen.
397 Die Generalversammlung wollen wir aufwerten.

398 Die Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention in den VN, in der EU und in der OSZE
399 wollen wir stärken. Sie sind eine besondere Stärke der EU, die wir ausbauen wollen.
400 Daher setzen wir uns für ein Europäisches Friedensinstitut ein.

401 Die EU sollte sich engagiert an der Vorbeugung humanitärer Krisen und der
402 Friedensförderung beteiligen. Von besonderer Bedeutung ist dabei das internationale
403 Konzept der Schutzverantwortung, der „Responsibility to Protect“. Sie hat als wichtige
404 Säulen die Krisenvorbeugung, die zivile Unterstützung bei Krisen, die Reaktion und die
405 nachsorgende Verantwortung für die Friedenskonsolidierung. Es geht dabei auch darum
406 konfliktfördernde Maßnahmen zu unterlassen, wie zum Beispiel Waffenexporte in
407 Konfliktregionen. Von besonderer Wichtigkeit für eine wirksame Umsetzung der
408 Schutzverantwortung ist es, die Beteiligung von Frauen zu stärken. Generell muss das
409 Handeln der EU die Stärkung von Frauenrechten und die aktive Verhinderung von
410 Gewalt an Frauen zum Ziel haben. Wir wollen, dass die EU aktiv zur Umsetzung der
411 VN-Sicherheitsratsresolutionen 1325 und 1820 beiträgt.

412 Sanktionen können ein zielführendes Instrument sein, um massive
413 Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Mit der Einrichtung eines VN-
414 Sanktionshilfefonds wollen wir die Wirksamkeit solcher Sanktionen erhöhen. Der Fonds
415 soll die Folgen von Sanktionen humanitär verträglich machen und die negativen
416 Auswirkungen auf Drittstaaten minimieren.

417 Der Einsatz militärischer Gewalt ist immer ein großes Übel. Es kann aber Situationen
418 geben, in denen Militär Frieden absichern kann oder ein militärisches Eingreifen
419 notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu
420 verhindern oder zu stoppen, um so der internationalen Schutzverantwortung gerecht zu
421 werden. Jedes gewaltsame militärische Eingreifen muss an ein Mandat der VN
422 gebunden sein. Es kann nur eine *ultima ratio* sein, wenn alle anderen Mittel allein keine
423 Aussicht auf Erfolg haben, und es muss in einen aussichtsreichen politischen
424 Gesamtansatz eingebunden sein. Die Risiken müssen verantwortbar sein, und das
425 Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ausnahmslos an das Grundgesetz und die
426 Menschenrechte gebunden.

427 **D.2.5 Keine Waffen an Diktaturen**

428 Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten verkaufen nach US-amerikanischen Firmen die
429 zweitmeisten Rüstungsgüter. Deutschland hat daran den größten Anteil. Viele dieser
430 Waffen gehen in Krisengebiete, an autoritäre Regierungen und werden zur
431 Unterdrückung von Oppositionellen eingesetzt. Vor allem Kleinwaffen landen häufig in
432 den Händen von Warlords, Terrorgruppen oder der Mafia. Die EU muss von diesem
433 Spitzenplatz runter, und Waffenlieferungen an Diktaturen gehören beendet.

434 Durch den Rückgang von militärischer Beschaffung und stagnierende Ausgaben für
435 Verteidigungshaushalte befinden sich große Teile der europäischen Rüstungsindustrie
436 in einer Krise und drängen verstärkt auf Export. Das ist für uns nicht akzeptabel. Wir
437 wollen die ökonomischen Probleme durch Konversion zu ziviler Produktion und nicht
438 durch Export lösen. Es ist notwendig die europäischen Rüstungsindustrien zu
439 verkleinern – insbesondere durch bessere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten.
440 Leider hat sich eine Mehrheit im Europäischen Parlament gegen unsere Vorschläge zur
441 stärkeren Kontrolle von Rüstungsexporten gewandt. Wir werden hierfür in der nächsten
442 Legislaturperiode einen neuen Anlauf unternehmen.

443 Europäische Rüstungsexporte müssen für die Öffentlichkeit und das Europäische
444 Parlament transparent und überprüfbar gemacht werden. Nur so lässt sich feststellen,
445 ob die Mitgliedstaaten sich an die Bestimmungen der EU und des globalen Arms Trade
446 Treaty halten. Bisher haben Konservative und Liberale restriktive Regeln für Güter mit
447 doppeltem Verwendungszweck im Europäischen Parlament verhindert. Wir werden uns
448 weiter dafür einsetzen, dass Überwachungstechnologie nicht mehr an undemokratische
449 Staaten exportiert wird.

450 **D.2.6 Abrüstungspolitik und Sicherheitskooperation voranbringen**

451 Durch Aufrüstung, neue Waffentechnologien und Verbreitung von
452 Massenvernichtungswaffen entstehen neue Gefahren. Wir setzen uns ein für ein
453 atomwaffenfreies Europa und den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Im
454 Europäischen Parlament kämpfen wir für eine Nuklearwaffenkonvention, um
455 Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen. Mithilfe der NATO treiben die USA die Pläne
456 zum Aufbau eines Raketenabwehrschirms voran. Selbst wenn dieser Schirm eines
457 Tages funktionieren sollte, so wird er Europa in Zonen unterschiedlicher Sicherheit
458 einteilen. Er wird den Druck senken, diplomatische Lösungen für Konflikte zu suchen,
459 und Rüstungswettläufe provozieren. Wir wehren uns gegen diese finanzielle und
460 strategische Fehlinvestition.

461 Die dramatischen Ereignisse in Syrien zeigen, dass auch gegen andere
462 Massenvernichtungswaffen mehr getan werden muss. Noch sind nicht alle Staaten der
463 Chemiewaffenkonvention beigetreten. Auch gilt es, inhumane Waffen wie weißen

464 Phosphor und Uranmunition endlich zu bannen. Im Europäischen Parlament haben wir
465 hierfür eine Mehrheit finden können, doch die Mitgliedstaaten verweigern sich.

466 Wir unterstützen die von den VN vorgeschlagene Konferenz zu einem Nahen Osten frei
467 von Massenvernichtungswaffen. Die EU sollte insbesondere in den Verhandlungen mit
468 dem Iran eine aktive Rolle einnehmen und so zu einer friedlichen Lösung des Konflikts
469 um das iranische Atomprogramm beitragen.

470 Auch im Bereich der konventionellen Abrüstung stagnieren die Prozesse. Es ist
471 überfällig den KSE-Vertrag wiederzubeleben, der Russland und die NATO-Staaten zu
472 Einschnitten in der konventionellen Rüstung zwingen würde.

473 Rentenfonds und Versicherungsprodukte spielen eine einflussreiche Rolle im
474 Rüstungsmarkt. Durch Banken und Versicherungen bekommen Rüstungshersteller
475 finanzielle Mittel, um international geächtete Waffen wie Streumunition oder Landminen
476 herzustellen. Deswegen ist auf europäischer Ebene eine Gesetzgebung notwendig, die
477 den Unternehmen diese Mittel entzieht.

478 Wir erleben zurzeit einen Rüstungswettlauf im Bereich von Drohnen, deren Einsatz oft
479 mit völkerrechtlichen Verstößen einhergeht. Im Europäischen Parlament werden wir uns
480 für ein internationales Verbot von vollständig autonomen Waffen einsetzen.

481 Auch Cyber-Sicherheit und Weltraumpolitik spielen auf europäischer Ebene eine immer
482 größere Rolle. Grüne Politik will durch völkerrechtliche Verträge die zunehmende
483 Militarisierung des Weltraums und des Internets begrenzen. Wir wenden uns gegen
484 Pläne, Mittel aus dem EU-Forschungshaushalt für militärische Forschung auszugeben.

485 Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in eine multilaterale
486 Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Mitentscheidend für die Zukunft der
487 NATO wird sein, dass sich die europäischen NATO-Partner und die USA darin auf
488 Augenhöhe begegnen. Grüne Friedenspolitik zielt auch auf eine Stärkung der OSZE,
489 denn eine Politik für Frieden in Europa darf sich nicht allein auf die EU beschränken.
490 Die OSZE ist die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die den gesamten
491 euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt.

492 **D.2.7 Europäische Friedenspolitik stärken**

493 Heute ist die Außen- und Sicherheitspolitik der EU durch ein chaotisches
494 Nebeneinander von nationalem und zeitlich verspätetem europäischem Agieren
495 dominiert. Wir wollen, dass die Außenpolitik der EU stärker in der Welt gemeinsam
496 agiert, auch weil viele unserer Ziele ohne das Instrument einer echten EU-Außenpolitik
497 nur schwer oder gar nicht zu erreichen sind. Damit sich die Außen- und
498 Sicherheitspolitik der EU nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert, setzen
499 wir uns auch in diesem Bereich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat
500 ein.

501 Die EU kann ihre Rolle in der Welt als eine Zivilmacht ausfüllen, die sich besonders für
502 die Stärkung der Vereinten Nationen engagiert. Wir begrüßen, dass die EU zunehmend
503 Aufgaben übernimmt und vorrangig zivile VN-Friedensmissionen unterstützt. Für uns
504 haben direkt geführte VN-Missionen Vorrang vor eigenen EU- oder NATO-Einsätzen.
505 Daher sollte die EU ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten direkt im Rahmen der
506 Friedenssicherung der VN einbringen. Wir halten am langfristigen Ziel fest, den VN
507 eigene ständige Truppen zu unterstellen, anstatt nationale Militärkontingente
508 abzuordnen. Im Falle von militärischen EU-Einsätzen treten wir für Kontrollrechte des
509 Europäischen Parlaments ein, die es bisher nicht gibt. Alle Bestrebungen, die

510 Kontrollrechte des Bundestages einzuschränken, lehnen wir ab. Auch künftig muss der
511 Bundestag über jede deutsche Beteiligung an EU-Einsätzen abstimmen. Wir wollen,
512 dass nationale Streitkräfte in der EU weitgehend aufeinander abgestimmt werden. Denn
513 eine möglichst weitgehende Spezialisierung der nationalen Streitkräfte und
514 gemeinsame Beschaffung und Nutzung schaffen Synergien und können
515 gesamteuropäisch militärische Ausgaben senken.